

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: Prämienanhang: Vierteljährlich 2,50 RM, monatlich 1,10 RM, wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich, Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonntag, den 14. Mai 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Wahl in Stuttgart.

Das Ergebnis der Oberbürgermeisterwahl wird in der bürgerlichen Presse lebhaft kommentiert. Die konservative, liberale und nationalliberale Presse freut sich der „Ernennung“ des Bürgertums, das der Wahl eines Sozialdemokraten so entschlossenen Widerstand entgegengesetzt hat und neue Sammlungshoffnungen für die Reichstagswahlen werden laut.

Die linksliberale Presse ist weniger zufrieden. Ist doch die Volkspartei die eigentlich Unterlegene. Einer ihrer Führer hatte kurz vor der Schlacht die Truppen zum Gegner abkommandiert und ein gutes Teil seiner Parteigenossen hat der Sammelparole Folge geleistet — ein nicht sehr erhebendes Bild, von dem die Aufmerksamkeit abzulenken die freisinnige Presse allen Grund hat. Und diese Ablenkung sucht sie natürlich durch Angriffe auf die Sozialdemokratie zu erzielen. Zu diesem Auskunftsmitglied greift sie um so lieber, da sie sich auch um die Hoffnung auf einen Streit innerhalb der Sozialdemokratie betrogen sieht.

Wenn man gezwungen ist, die liberale Presse fortlaufend zu verfolgen, dann ist man auch an die merkwürdige Erscheinung längst gewöhnt, daß in ihren Redaktionen die hervorragendsten politischen Taktiker und Strategen sitzen. Raum daß ein Tag vergeht, an dem nicht die konservative, liberale, nationalliberale und besonders die sozialdemokratische Partei darüber belehrt würde, welche Prinzipien sie zu befolgen, welche Taktik sie einzuschlagen habe, um ihrer Sache zum Siege zu verhelfen. Und diese Selbstlosigkeit ist um so höher einzuschätzen, als dabei das eigene Parteinteresse so ganz zurückgestellt wird. Denn gerade freisinnige Strategen und Taktiker scheinen ganz in diesen Redaktionen zu fehlen; stets bilden die Angelegenheiten der anderen Parteien ihre Hauptpflege und in keinem dieser politischen Köpfe scheint je die Frage entstanden zu sein, welches Vertrauen dem Ratsschläger verdienen, die von einer Partei ausgehen, die im großen und ganzen stets rückwärts gegangen ist, während die Sozialdemokratie z. B. trotz ihrer von der liberalen Presse so unermüdlich konstatierten politischen Ahnungslosigkeit von Erfolg zu Erfolg schreitet und sich zur größten politischen Organisation der Welt entwickelt hat.

Aber solche Zweifelsfragen liegen liberalen Zeitungs-schreibern offenbar sehr fern; sie ziehen vor, alle Welt belehren zu wollen und wenn sie dies Ziel zu erreichen auch nicht imstande sind, so liefern sie immerhin einige Belehrungen über die Natur des deutschen Liberalismus, die nicht ohne jeden Wert sind. Zuvor müssen jedoch einige Mißverständnisse zerstreut werden.

Das „Berliner Tageblatt“ behauptet, wir hätten die Kandidatur des Genossen Lindemann als bedenklich bezeichnet. Das ist ein Irrtum. Bedenklich erschienen uns und erscheinen uns auch heute die Vorgänge, die der Aufstellung der Kandidatur vorausgegangen sind, die Ablehnung der Resolution der Stuttgarter Parteileitung, die die Selbstverständlichkeit enthielt, daß jeder Parteigenosse, in welcher Stellung immer, den Beschlüssen der Parteinstanzen unterliegt. Daß dies der Fall ist und bleiben muß, hat ja ausdrücklich auch die Erklärung des Parteivorstandes bestätigt. Und das ist — wir wiederholen es und glauben, daß wir damit nirgends in der Partei auf nennenswerten Widerspruch stoßen werden — eine selbstverständliche Forderung. Wenn Sozialdemokraten einen Genossen in irgend ein öffentliches Amt berufen, so tun sie es, damit er in dieser Stellung die Interessen der Partei nach besten Kräften wahrnehme und soweit es die Natur des Amtes gestatte, die sozialdemokratischen Forderungen durchsetzen helfe. Und das ist wirklich keine Besonderheit der sozialdemokratischen Partei. Vielmehr gehört dies zu den selbstverständlichen Forderungen jeder lebensfähigen Partei. Worauf anders beruht denn das doch liberale Ideal einer parlamentarischen Regierung als daß die Parteiführer, also Angehörige einer Partei und als solche ihren Beschlüssen unterworfen, die obersten Ämter übernehmen. Oder soll es wirklich liberaler Grundsatz sein — daß es Praxis ist, fühlen zu bestreiten wir uns nicht berufen — daß jeder liberale Parteimann im Amt zum Renegaten und Verleugner seiner Partei werden muß? In Wirklichkeit ist es ein von der halbabsolutistischen deutschen Bureaucratie für ihre Herrschaftszwecke erfundenes Dogma, daß Amt und Parteizugehörigkeit unvereinbar seien. Nur der liberalen Einsicht kann es vorbehalten bleiben, daß gerade dieses Dogma von der „unparteiischen Verwaltung“ und „unparteiischen Regierung“ eine der Stützen des konservativen Parteiregiments ist. Und gerade die Liberalen hätten allen Grund, die Frage der Parteidisziplin etwas ernster zu behandeln. Oder haben sie die traurigen Erfahrungen mit Miquel, der so rasch aus dem nationalliberalen Führer zu einem agrarisch-konservativen Werkzeug wurde, schon vergessen?

Aber freilich, wenn auch nicht aus liberalen Grundsätzen, so erklärt sich aus dem bürgerlichen Klasseninteresse um so leichter der inbrünstige Schrei nach den proletarischen Renegaten, nach den deutschen Millerands und Briands, die ihre Klasse verraten und Verwirrung in die geschlossenen Schicksaltreihen des Proletariats tragen sollen. Vergebliche Hoffnung! Selbst die liberale Presse sollte doch endlich wissen, daß es in den Reihen der französischen Sozialdemokratie und den Gewerkschaften keinen verachteteren Raum

gibt als Briand, daß die Zeiten des Millerandismus für Frankreich endgültig vorüber sind. In Deutschland aber empfindet jeder Parteigenosse es als Beleidigung, wenn ihm solche Rollen zugemutet werden, und sollte sich einer finden, der auf dem Rücken der Partei zu einer Machtstellung hinaufklimmt, um dann die Partei zu verraten, die deutschen Arbeiter würden wahrhaftig verstehen, mit einem solchen kurzen Prozeß zu machen.

Wenn wir also die Kandidatur Dr. Lindemann nicht als bedenklich bezeichnet haben, so wollen wir doch heute nach der Wahl ohne weiteres zugeben, daß wir solche Bedenken natürlich gehabt haben. Und nicht wir allein; wir vermuten, daß auch in Stuttgart ohne Unterschied der „Richtung“ solche Bedenken vorhanden gewesen sind. Nur daß die bürgerliche Presse wieder auf dem Holzweg ist, wenn sie meint, daß es die Frage der Repräsentationspflichten gewesen sei, die diese Bedenken wachgerufen habe. Wir Sozialdemokraten sind eine republikanische Partei und wir verurteilen alle überflüssigen und freiwilligen Loyalitäts-fundgebungen, jede Teilnahme an monarchischen Demonstrationen. Aber das hat uns nie gehindert, mit der Monarchie als einer bestehenden, wenn auch unserer Meinung nach überlebten, Institution zu rechnen. Wo aus einem Amte bestimmte Repräsentationspflichten fließen, die also der Freiwilligkeit entbehren, kann das die Sozialdemokratie ebenso wenig hindern, als etwa die von uns ebenso als überflüssig angesehenen Treueidee den Eintritt unserer Abgeordneten in die Landtage. Hier nehmen wir uns eben die nötige Freiheit — „Massenfreiheit“ nennt es die „Kreuz-Zeitung“. Wenn wir es also nicht gerade als erhebendste Einleitung eines sozialdemokratischen Wahlkampfes ansehen können, die Kampagne mit einer Diskussion über die unvermeidlichen höchsten Repräsentationspflichten zu beginnen, so entspringen unsere Bedenken doch ganz anderen Gründen.

Es war einfach der Zweifel, ob es für einen sozialdemokratischen Bürgermeister möglich sei, erprießliche Arbeit zu leisten, so lange die Sozialdemokratie in den städtischen Vertretungskörpern noch nicht über die Majorität verfügt, die viele Genossen — wir wiederholen ohne Unterschied der „Richtungen“ — zur Eileis voranbrachte. Wenn die Stuttgarter Genossen trotzdem die Kandidatur ausstellten, so bewog sie wohl in erster Linie die Abneigung dazu, ihre Stimmen einem bürgerlichen Kandidaten zuzuwenden, um so mehr, da sie in Dr. Lindemann über einen Kandidaten verfügten, dessen sachmännliche Eignung nicht bestritten werden konnte. Wie immer man über diesen Beschluß aber auch denken mag, als Regel wird man wohl die Verfügung über eine sozialdemokratische Majorität in den Vertretungskörpern als Vorbedingung einer gedeihlichen Tätigkeit eines sozialdemokratischen Oberhauptes betrachten müssen.

So sehr also die liberale Presse irrt, wenn sie meint, daß die Repräsentationspflichten, die unseres Erachtens von einem charakterfesten und proletarisch fühlenden Republikaner auf ein Minimum reduziert werden können, für uns im Vordergrund stehen, so charakteristisch sind sie doch für den Verfall des deutschen Liberalismus, für den politische Charakterlosigkeit bereits zu den Selbstverständlichkeiten gehört. Man lese nur, was die „Voss. Zig.“ schreibt:

Jedes Ding hat zwei Seiten, fogar die Aufregung über die Möglichkeit des sozialdemokratischen Oberbürgermeisters. Auf der einen Seite die Ewigkeit der Litanei von der Sammlung wiederholenden Angstmeier und Umsturzschreier; auf der andern die in ihren heiligsten Empfindungen verletzten Zionstücker des alleinseligmachenden Zukunftsstaates, die Träger des roten Vanners mit dem bammelnden Endziel, die unschätzbaren Verfallener des Dogmas von der „sieggekrönten revolutionären Taktik“. Dieser Genosse hatte erklärt, daß er sich die Hofgängererei nicht verbieten lasse; man konnte sich zu ihm versehen, daß er genau wie früher gut bürgerliche Oberbürgermeister, so oft sich der Anlaß bietet, auf Kaiser und König ein Hoch anbrächte. Wenn Stuttgart fürstlichen Besuch erhielt, wäre der Oberbürgermeister Lindemann zum Empfang auf dem Bahnhof, zum Essen im Schloß gewesen. Er hätte sein Rückgrat so geküßt, daß es mit den Bedalen den vom Oberzeremonienmeister vorgeschriebenen rechten oder gar spitzen Winkel bildete. Was wunder, daß bei solchen Vorstellungen „Vorwärts“ und „Leipziger Volkszeitung“, Karl Rauterkj und Rosa Luxemburg in ganz ähnlichen Gemütszustand gerieten wie bei dem Gedanken an die Möglichkeit der Bestätigung eines roten Stadtoberrhauptes der Janusdauer oder der „ungekrönte König“, oder die berufsmäßigen Staatsretter vom „Reichsverband“. Und doch werden sich die „Arreboldenäre“ mit der Tatsache abfinden müssen, daß die Beschlüsse der Parteitage gegen die Hofgängererei und die Budgetbewilligung in die Kumpelkammer wandern, wo schon viele frühere Parteibeschlüsse lagern, und daß eines Tages der Wunsch, den Fürst Wilow als Kanzler äußerte, erfüllt wird: Ein Millerand tut uns not. In Frankreich hat es Millerand, Briand, Viviani gegeben, und sie werden wiederkehren. In Italien hätte Visiolati schon Minister werden können; die Sozialdemokratie wird dort vom König und vom leitenden Staatsmann als regierungsfähig anerkannt. Wer glaubt, daß Dr. Lindemann radikaler ist als Millerand oder Visiolati? Niemand glaubt es, der seine Schriften und seine öffentliche Tätigkeit kennt.

Genossen Lindemann gegen die Identifizierung mit Millerand in Schutz nehmen, wäre eine Beleidigung. Aber prächtig ist doch diese liberale Unontwegtheit, deren höchstes politisches Ideal der Renegat ist. Das ist

der große Schmerz unserer Fortschrittler: daß ihnen kein Oberzeremonienmeister Belegenheit gibt, ihr Rückgrat auf den vorgeschriebenen rechten oder spitzen Winkel einzuüben! Das ist ja heute der letzte Grund ihrer Opposition, daß sie, obwohl wahrhaftig loyal und knecht-selig bis zur Knochenweichung, ihre Bindlinge nicht vor den gekrönten Mann bringen können. Welche Erbärmlichkeit, die Befinnungsverleugnung zu verlangen, welche größere Erbärmlichkeit noch, diese Erbärmlichkeit gar nicht zu fühlen! Nein, wirklich, wenn irgend etwas zeigen könnte, wie gefährlich jede Hofgängererei eines Sozialdemokraten ist, so wäre es die Auslegung solcher „staatsmännischer“ Abirrungen durch die liberale Presse. Und wenn uns etwas stolz machen kann auf unsere republikanische Befinnung, so ist es die Zümmlichkeit dieser Monarchisten.

Wenn im übrigen die Stuttgarter Wahl etwas bewiesen hat, so ist es die scharfe Zuspitzung, die die Klassen-gesegense in Deutschland erfahren haben. Daß diesem Moment, wo die Realität des Klassenkampfes sich in ihrer ganzen Härte gezeigt hat, die liberale Presse uns rät, den Klassenkampf aufzugeben, als ob dieses Bewegungsgesetz der Klassengesellschaft eine sozialdemokratische Erfindung und nicht eine historische Notwendigkeit wäre, verrät so recht die hoffnungslose Unbelehrbarkeit oder die pfiffige Hochschauernatur des Freisinns. Wir Sozialdemokraten haben vielmehr allen Grund, recht aufmerksam auf solche Erscheinungen zu achten. Was sich in Stuttgart ereignet hat, der Erfolg der Sammel-parole, kann sich auch im Reich wiederholen. Die nächsten Wahlen werden uns eine erstarrte Sozialdemokratie — stark aus eigener Kraft — zeigen. Es wird gut sein, schon heute auf den Rückstoß aus dem bürgerlichen Lager gefaßt zu sein.

Die Entrechtung der Landarbeiter.

Die Entrechtung der Industriearbeiter war das Werk der Reichstagsmehrheit an den beiden vorausgegangenen Tagen. Den Landarbeitern ging es heute an den Krügen. Und bei diesen geplagtesten und ausgebeuteten Proletariern wurde die Entrechtungsarbeit natürlich gleich noch gründlicher besorgt. Was hier von Regierung und Reichstagsmehrheit ausgeliefert ist, um die Landarbeiter zu ent-rechten, übertrifft an Schamlosigkeit weit ihre sonstigen Leistungen. Den Landarbeitern und den mit ihnen in den nämlichen Klassen zusammengepackten Diensthöfen, Hausierern und Heimarbeitern wird zwar die Pflicht der Beitragszahlung auferlegt wie den Industriearbeitern, aber das Recht, die Gelder zu ver-walten oder auch nur bei der Verwaltung mitzuwirken, wird ihnen vorenthalten. Den Vorstand der Kasse und die Vertretung der Kassenmitglieder wählt die Ver-tretung des Gemeindeverbandes, in Preußen also eigentlich der Landrat. Gegen diese schier unglückliche Bestimmung haben unsere Genossen in der Kommission vergeblich angelämpft, sie wiederholten ihre Anträge im Plenum, aber auch die Frei-sinnigen und die Polen leisteten dem Attentat auf die Landarbeiter entschiedenen Widerstand.

Als der freisinnige Abgeordnete Fejter die Diskussion mit einer scharfen Rede gegen die Agrarier eröffnete, suchten Rechte und Zentrum ihre Gleichgültigkeit gegen die unbedeutenen Ausführungen dieses ostfriesischen Bauern durch lautes Schwätzen zu dokumentieren. Er warnte den Entrechtungsblock, sich nicht der Illusion hinzugeben, daß er durch solche Drangsalierung der Landarbeiter der Sozialdemokratie das Wasser abgraben könne. Das Gegenteil werde der Fall sein.

Genosse Stäcken zeigte, welcher Hohn nicht nur in den geplante Einrichtungen, sondern auch in der Begründung liege, mit der die Regierung ihren Entrechtungsplan begründet habe. Weil die Landarbeiter bisher keine Erfahrung in der Selbstverwaltung gesammelt haben, darf man sie nicht zur Selbstverwaltung berufen. Nach diesem Grundsatz darf ein Mann nicht eher ins Wasser gehen, als bis er schwimmen kann und Stein und Hardenberg hätten nach dem Jena-Kraus ihre Selbstverwaltungseinrichtungen nicht in Preußen einführen dürfen. Als Stäcken in seinem Schlusswort dann die ganzen fadenscheinigen Begründungsversuche als ein Stück politischer Heuchelei brandmarkte, erklärte Graf Schwerin, daß das Wort „Heuchelei“ einem Antragsteller gegenüber unzulässig sei. Einem anderen Abgeordneten gegenüber entspricht es also offenbar dem parlamentarischen Brauch.

Sowohl der Pole Kulerski wie nach ihm sein Landsmann Korzantj redeten sichtlich dem Zentrum ins Gewissen, daß es den Polen doch nicht den Tort antun möchte, ein solches die pol-nischen Landarbeiter wehrlos den Holatisten auslieferndes Gesetz zu machen. Sie predigten tauben Ohren! Aus dem Zentrum tat kein Mann den Mund auf. Hatte es doch vorher schon seine Zustimmung zu dieser tödlichen Bestimmung der Regierung verkauft und war vorsichtig genug, sich nicht durch einen Verteidigungsversuch noch mehr zu kompromittieren.

Wohl aber erklärte namens der Regierung der Direktor Caspar ausdrücklich, daß die Annahme der strittigen Bestimmungen über die Landkassensassen eine Bedingung für die Zustimmung der Regierung zu dem ganzen Gesetz sei. Mit eiserner Stirn bestritt dieser Bureaucrat dann, daß man die Nichterteilung des Wahlrechts an die Landarbeiter eine „Entrechtung“ nennen könne. Nach ihm war der freikonservative „Freigutbesitzer“ Arnstadt aus Mühl-hausen in Thüringen so unvorsichtig, sich mit einem Rechtfertigungs-versuch abzugeben. Er legte unversehens das Verzeichnis ab, daß er und seine Freunde den Landarbeitern das Wahlrecht nicht er-teilen wollten, weil sie ja sonst „Umstürzler“ in die Klassen-verwaltungen wählen könnten. Mit wachsender Geisterlichkeit begleiteten

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolon-nelle ober deren Raum 50 Pf. für fünfzig und gerundete Zeilen und Veranlassungszweigen 30 Pf. Kleine Anzeigen, das ist gedruckt Wort 20 Pf. (zweifache 2-fache Zeile), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenange-nahmen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buch-staben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

die Sozialdemokraten seine widersprüchlichen Offenherzigkeiten. Als er abtreten wollte, wurde er von sozialdemokratischer Seite dringend ersucht, seine interessanten Ausführungen fortzusetzen. Geschmeichelt machte er leidet, um die Rednertribüne wieder zu erklimmen, wurde aber leider von seinen entsetzten Freunden an den Hochstufen zurückgehalten.

In scharfer Weise wandte sich dann Genosse Hoch gegen die täglichen Verschönigungsversuche der Herren Caspar und Arnstadt, deren Ausführungen jeder Logik und jeder Gerechtigkeit ins Gesicht geschlagen hätten. An der Geschichte unserer Wirtschaftspolitik wies Hoch nach, wie die Agrarier für die Landarbeiter immer nur Worte und keine Taten gehabt hätten, leere Versprechungen und täuschenden Rechtsbruch; wie ferner die Handlanger des Agrarierturns in der Regierung jederzeit bereit seien, ihren arbeiterfeindlichen Plänen zur Durchführung zu verhelfen. Genosse Nollendörfer ergänzte diese Darlegungen noch durch den Hinweis darauf, daß die Ausschaltung der Arbeiter aus den Wahlen bei den Landfrankenlassen auch den Einfluß der gesamten Arbeiter auf die Zusammenfassung der höheren Versicherungsinstanzen schwer beeinträchtigt. Genosse Lehmann-Wiesbaden nagelte dann das Zentrum auf seine Krappistenpolitik fest. Ebenso schwiegen aber auch die Nationalliberalen und die Antikemiten, alles Parteien, die sich als Freunde der Landarbeiter aufspielen. Die wohlverdienten Strafen werden bei den kommenden Wahlen diesem Verrat der Arbeitermassen nachfolgen.

Bei der Abstimmung wurden dann alle die Entrechtungsparagraphen durch den Bloß von Westarp bis Wassermann wiederum angenommen.

Gegen andere Bestimmungen der Rassenorganisation wandten sich wiederum vergeblich die Genossen Busold, Bäßner, Sasse. Schließlich trat Genosse Sed auch für einen Antrag der Sozialdemokraten ein, die Ausbeutung der Krankenkassen durch die Apotheken zu hindern, wobei er an Einzelfällen nachwies, welchen enormen Nutzen die Apotheken beim Verkauf von Arzneimitteln jetzt nachweisen. Bei der Abstimmung über diesen Antrag blieb die Sozialdemokratie allein in der Minderheit.

Um 4 1/2 Uhr wurde die Sitzung dann auf Montag vertagt.

Aus dem albanischen Aufstandsgebiet.

Uesküb, 10. Mai 1911. (Eig. Ber.)

Uesküb ist in fieberhafter Aufregung. So könnte man es im deutschen Reporterstil bezeichnen, wenn überhaupt der Orientale jemals der fieberhaften Aufregung fähig wäre. Wegen Ende Mai soll der Sultan auf seiner längst geplanten Reise in die europäische Türkei hier anlangen und nun werden überall mit großer Regierlust Potemkinsche Dörfer hervorgezaubert. Die alte Römerbrücke über den Wardar ziert ein eisernes Geländer, eine Hauptstraße ist für den großherzlichen Besuch eigens geschaffen worden und wird fleißig beschottert und überall wachsen Triumphbögen aus dem Boden.

Aber im Grunde genommen weiß eigentlich kein Mensch, ob diese Herrlichkeit an den Mann gebracht werden kann. Denn drei, vier Tagereisen weiter nach Nordwesten brodelt es lebhafter, als sich die Jungtürken noch vor ganz kurzem träumen ließen. „Ein neuer Aufstand“, hatte vor acht Wochen der Kriegsminister Mehmed Schewket Pascha in der Kammer stolz erklärt, „ist vollständig ausgeschlossen“, und drei Tage darauf stammte es um Skutari auf. Heute müssen die Dinge schlecht stehen, denn man erfährt über ihren Verlauf hier weniger als etwa in Wien und Berlin, denn die etwas wissen könnten, die Offiziere, schweigen sich gründlich aus und den Zeitungen schleicht die Zensur für unangenehme Dinge vielleicht noch energischer den Mund als in den Tagen des würdigen Abdul Hamid. So ist man lediglich auf den „Küstenklatsch“ angewiesen, der im Orient besonders üppig ins Kraut schießt, und der weit allerdings zu berichten, daß die Aufstandsbewegung sich mit jedem Tage weiter ausbreitet und bald aus dem Wilajet Skutari in das Wilajet Kossowo übergetreten sein wird.

Was diese Auffassung zum mindesten sehr stark unterstützt und nicht in den Bereich des „Küstenklatsches“ gehört, sind die Militärzüge, die, was von Truppen in Saloniki gelandet wird, nach Albanien werfen. Für den Güterverkehr war Tage lang die Straße Saloniki-Mitrowiza gesperrt und lediglich Truppen, Munition und Geschütze, Geschütze, Munition und Truppen rollten in endloser Reihenfolge vorbei. Freilich geben die Jungtürken als Zweck der Uebung die große Parade an, die bei der Anwesenheit des Sultans in Preishtina auf dem Amfelselde, dem Schauplatz der berühmten Schlacht, stattfinden soll. In dieser harmlosen Tätigkeit sind bis jetzt siebzigttausend Mann in diesen Teil Albanien geworfen worden, und rechnet man die Truppen hinzu, die sich nördlich von Skutari mit den Rebellen herumschlagen, so kommt man bald auf die Zahl von hunderttausend Mann, die im Sommer des Vorjahres die Türkei in Albanien konzentriert hatte. Ueberlegt man, welche Summen die Unterhaltung solcher Massen in diesem unwirtlichen Lande verschlingt, so bekommt man dadurch allein schon einen Begriff davon, wie sehr Albanien zu den saulen Punkten der jungen Türkei gehört, die übrigens ihren reaktionären Charakter von Tag zu Tag mehr hervorkehrt. Und eigentlich ist man sich in den intelligenten Kreisen Mazedoniens darüber einig, daß der albanische Aufstand nur eines von den Anzeichen für die kommende Loslösung der europäischen Türkei von dem ottomanischen Reich ist. Ohne Eisenbahnen ist Albanien selbst nicht zu halten, und jeder Versuch Eisenbahnen zu bauen, treibt die Arnauten von neuem in Aufstände hinein, ganz abgesehen davon, daß die türkische Regierung angesichts der ungeheuren Schwierigkeiten und bei ihrem notorischen Mangel an flüssigem Gelde diesen Versuch sobald nicht machen wird.

Inzwischen wird an den Triumphbögen weiter gebaut und Waggon um Waggon mit scharfer Munition rollt nach Norden — zu Paradeszwecken!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 13. Mai 1911.

Zweckverband und Wohnungsgesend.

Am Sonntagabend hat im Dreiklassenhaus die zweite Lesung des Groß-Berliner Zweckverbandes begonnen. Wir haben das Gesetz nach Beendigung der so umfangreichen Kommissionsberatung ausführlich gewürdigt und können seinen Inhalt im allgemeinen wie seine bürokratisch-reaktionären Instanzen im besonderen als unseren Lesern bekannt voraussetzen. Genosse Dr. Lieberich läßt nochmals gründliche, aber bei dieser Mehrheit natürlich vergebliche Kritik, in der er auch die Erwähnung kommunalkreisförmiger Kurzfristigkeit nicht vergaß.

Sehr interessant war die Ausführlichkeit, mit der sich die Redner und den bürgerlichen Fraktionen gegen den großzügigen Antrag der

Sozialdemokraten auf Ausdehnung der Zweckverbände auf das Volksschulwesen, die Armen-, Kranken- und Waisenpflege und die Regelung des Steuerwesens wendeten. Sogar der Polizeiminister v. Dallwitz bequeme sich zu eingehender Erwiderung auf den Antrag der „Herren Sozialdemokraten“ und ein Rip van Winkle der die neudeutsche Entwicklung des Parlamentarismus und ministeriellen Veredamkeit verschlafen und erst zur Zweckverbandsdebatte wieder aufgewacht wäre, hätte nimmermehr annehmen können, daß dieser sachliche Debatter es in schönen Moabitern Tagen auch verstanden hat, Gerichtsstellen vorzugreifen und Gerichtsurteile auf den Kopf zu stellen. Nur des Oberpräsidenten v. Jellig und Reiskirch Erzählung braucht sich nicht erst lange mit dem Antrag der Sozialdemokraten abzugeben, denn, wie er anerkennend meinte, Freund Cassel hatte ihn schon völlig totgeschlagen!

Sehr interessant war die Blamage der Konservativen mit fremden Herren v. Brandenstein und Dr. v. Kries eingebrachten Antrag, dem Zweckverband den Bau von Kleinwohnungen nicht zu überlassen. Als Berichterstatter der Kommission, die diesen volkfreundlichen Antrag abgelehnt hat, hätte Herr v. Kries seinen Antrag bekämpfen müssen, woran ihn auch der Zentrumsabgeordnete Wärmeling zart mahnte. Dieser Redner machte übrigens eine sehr treffende Bemerkung über das Wohnungswesen und die Unfähigkeit unsolider Gemeindeverwaltungen, sie wirksam zu bekämpfen. Aber er vergaß hinzuzufügen, daß das unsolide Gebaren gewisser Groß-Berliner Gemeinden durch das Hausbesitzerprivileg bedingt ist und daß die löbliche Zentrumsparthei durch ihr unentwegtes Eintreten für uferlose Wüstungen, für Buderzölle und indirekte Steuern konsequent den Anteil des Volkseinkommens schmälert, der für Wohnung ausgegeben werden kann.

Ein Vortrag über die Wohnungsfrage, den Universitätsprofessor Oberstadi in den Dreiklassenmännern Freitagabend gehalten hatte, scheint nicht ohne Wirkung gewesen zu sein, denn der für die Konservativen äußerst kennzeichnende Antrag wurde abgelehnt.

Die Beratung gedieh bis zum 7. Montag wird sie fortgesetzt.

Konservative Lügen.

Die „Nationalliberale Korresp.“ hat gestern den gemeinen, niederträchtigen Ton gerügt, in dem der konservative Abgeordnete Graf v. Westarp im Reichstage seine aus den Lügen und Fälschungen der konservativen Presse zusammengeholten Reden vorzutragen pflegt, und den Herrn Grafen beschuldigt, durch seine provozierenden Reden jüngst die „Tumultiszenen“ im Reichstage hervorgerufen zu haben.

Diese durchaus richtige Ansicht hat den Zorn der „Konserv. Korrespondenz“ herausgefordert. In einer „Die fehlende Distanz“ überschriebenen Notiz erklärt sie:

Die unerquicklichen Szenen, die sich bei der Beratung des die Rassenorgane und Rassenangelegenheiten betreffenden Abschnittes der Reichsverfassungsordnung während der Rede des konservativen Abg. v. Westarp im Reichstage abgespielt haben, sind ein Beweis dafür, wie sehr die Sozialdemokratie um ihren Einfluß in den Rassenklassen besorgt ist. Daß ein Abgeordneter mutwillig und furchtlos den Finger auf eine schwere Wunde in unserem öffentlichen Leben legt, daß er dem Gebrüll, den Schimpf- und Wutanbrüllen der Sozialdemokraten tapfer standhält, sollte ihm von allen bürgerlichen Parteien gedankt werden; ein Vergnügen, solche Dinge vorzubringen und sie beim rechten Namen zu nennen, ist es wahrlich nicht. Die „Nationalliberale Korrespondenz“, das parteiunabhängige Organ der nationalliberalen Partei, sieht sich nicht berufen, das Verhalten des Grafen Westarp irgendwie anzuerkennen. Sie läßt vielmehr an der Rede eine abfällige Kritik, in der sie ihren „provokatorischen Charakter“ besonders kennzeichnen zu müssen glaubt. Die „Korrespondenz“ schreibt weiter: Graf Westarp führte die jedermann geläufigen Redeweisen der sozialdemokratischen Rassenmischwirtschaft an, wußte in diese Aufzählung aber derart aufreizende Anmerkungen einzuflechten, daß man ihn zum mindesten von der Richtigkeit an den späteren Standbildern nicht freisprechen kann. . . . Diese Art der Polemik mußte notwendig zu den Tumultiszenen führen, die sich dann aus dem Folgenden entwickelten.

Wir können uns nicht helfen, wir vermissen wieder an dieser Auslassung des offiziellen Organs der angeblich herufenen Mittelpartei die nötige Distanz zu der Sozialdemokratie, was uns unbegreiflicher ist, als jeherzeit die „Nationalliberale Korrespondenz“ selbst Material zur Rassenmischwirtschaft in den sozialdemokratischen Rassenklassen beigetragen hat.

„Die „Konservative Korrespondenz“ erblickt also in den provokatorischen Redeleistungen des Grafen v. Westarp ein hoch einschneidendes politisches Verbrechen. Wir sind in diesem Fall mit dem journalistischen Kommiss des Herrn von Heydebrand gänzlich einverstanden — wenn auch aus anderen Gründen, als die ehrsame „Konservative Korrespondenz“. Die Reden des Herrn Grafen rufen nicht nur in der Volksmasse die schärfste Erbitterung hervor und wirken dadurch für uns agitatorisch, sondern sie bieten auch unserer Presse eine günstige Gelegenheit an einzelnen Ausprüchen nachzuweisen, in welcher schamlosen Weise auf konservativer Seite gefälscht, gelogen und entstellt wird. Die ohnehin in weiteren Volkskreisen verbreitete Ueberzeugung, daß in den konservativen Reihen vielfach das innerlich verlogendste Gesindel zu finden ist, wird dadurch wesentlich gestärkt — und das ist ganz nützlich. Wir haben erst in gestriger Nummer gezeigt, wie strupplos der die hehre konservative Moral vertretende Graf v. Westarp die Verbreitung konservativer Fälschungen besorgt.

Universität und Kriminalpolizei.

Wie wir gestern mitgeteilt haben, hat die Fortschrittspartei des Abgeordnetenhauses ihre Unterschriften für die Einbringung einer Interpellation über den Fall Dubrowsky verweigert; offenbar war ihr der Wortlaut der Interpellation zu radikal. Immerhin hat sie sich entschlossen, selbst zu interpellieren. Die Anfrage hat folgenden Wortlaut:

„Ist der kaiserlichen Staatsregierung bekannt, daß dem russischen Studenten Demetrius Dubrowsky das Studium an der hiesigen Universität verweigert worden ist?“

Durch welche Organe und nach welchen Grundsätzen wurden in diesem Falle und werden im allgemeinen die politische Unverlässigkeit und der Besitz der erforderlichen Subsistenzmittel bei ausländischen, insbesondere russischen Studenten geprüft?“

Man sieht, der Erwähnung der schmällichen Beihilfe, die die Universität der Kriminalpolizei gewähren muß, ist sorgsam aus dem Wege gegangen.

Zubiläumssitzung des Deutschen Handelstages.

In der Aula des neuen Kollegiengebäudes am Ludwigplatz fand heute vormittag 11 Uhr die Festsitzung des Deutschen Handelstages aus Anlaß der Feier seines 50jährigen Bestehens statt. Eine große Zahl von Ehrenmitgliedern aus allen Teilen des Reiches waren erschienen. Ramentlich hatten die Deutschen Handelskammern vollständige Delegationen entsandt.

Präsident Kaempf begrüßte den Großherzog, den Reichskanzler, die übrigen Ehrenäste und die ganze Versammlung mit einer Eröffnungsrede. Der Großherzog von Baden und der Reichskanzler antworteten in längeren Ansprachen. Ihre Reden wurden mit rauschendem Beifall aufgenommen. Ebenso das Danktelegramm des Kaisers auf die gestrige Jubiläumswünsche. Großen Beifall fanden auch die Begrüßung des Prorektors, Geheimrats Professor Dr. v. Dahn, des bairischen Finanzministers Rheinboldt, des preussischen Handelsministers Seydow, des Eisenbahntarifkommissionspräsidenten Müllin, des Handelspräsidenten, Geheimrats Justizrats Niefer, des Ausschuhmitgliedes des deutschen Landwirtschaftsrates Saenger-Diersheim und des Vorsitzenden der Deutschen Handwerks- und Gewerbelammer, Obermeisters Plate-Hannover, sowie der Vertreter der auswärtigen Handelskammern, des Präsidenten Diefen-Kopenhagen, des Präsidenten Reynaud-Paris, des Präsidenten Tomalin-London und des Präsidenten Knoff-Rotterdam.

Die Festreden hielten der Präsident Kämpf und der Generalsekretär Dr. Soetbeer. Beide schilderten in langen Ausführungen die gewaltige Entwicklung von Industrie und Handel in dem verfloffenen halben Jahrhundert.

Zur elsass-lothringischen Verfassungsfrage.

Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ kommt in ihrem Wochenrückblick auf die Kommissionsverhandlungen über die elsass-lothringische Verfassungsreform zurück und schildert die augenblickliche Situation folgendermaßen:

Die Verhandlungen der Kommission für die elsass-lothringische Verfassungsreform sind am Donnerstag zum Stillstand gekommen. Ob sie mit Aussicht auf Erfolg wieder aufgenommen werden können, ist heute noch nicht zu übersehen. Nach den Äußerungen der Parteipresse besteht, wie es scheint, noch wie vor bei einer Mehrheit des Reichstages der Wunsch und der Wille, die Reform zustande zu bringen. Zugunsten einer optimistischen Auffassung der Lage wird angeführt, daß die Abstimmungen am Donnerstag mehr von Zufälligkeiten abhängen, als von der Absicht getragen waren, das Gesetz scheitern zu lassen. Auch hätten sie keine Kardinalpunkte der Vorlage betroffen, über alles Wesentliche sei vielmehr eine Einigung vorhanden gewesen. Diesem wird daher der Standpunkt vertreten, daß es im Plenum gelingen werde, über die strittigen Fragen, die eine Verständigung herbeizuführen. Ob diese Hoffnung berechtigt ist, muß abgewartet werden.

Vom „guten Ton“ in der Politik.

Die „Kölnische Volkszeitung“ wendet sich gegen die in deutschen Blättern vielfach erhobene Klage über die Verwilderung des Tones in der politischen Diskussion. In den Parlamenten anderer Länder gehe es im Vergleich zu Deutschland sehr erregt und heftig, unter Umständen auch handgreiflich zu, und was die Presse betreffe, so sei der Ton in Deutschland vergleichsweise immer noch höflicher und anständiger als anderswo. Außerdem könne festgestellt werden, daß in Deutschland der Ton in der Presse sich seit Begründung des Deutschen Reiches ganz bedeutend gehoben habe. Damals habe der Parteikampf oft pöbelhafte Formen angenommen. Bismarck sei der Meinung gewesen, daß nur die Kritik, die recht dorb geschrieben waren, entsprechende Wirkung hätten. Der Artikel des Zentrumsblattes schließt:

„Wirkliche Hoheiten wollen wir natürlich keineswegs beschönigen, und daß im Wahlkampfe solche auch vorkommen, ist ja unbestreitbar. Man muß aber bedenken, daß der politische Kampf wie wenig andere Ursachen geeignet ist, die menschlichen Leidenschaften zu erhitzen, und nicht jedermann hat sich so in der Gewalt, um ihrer Herr zu werden. Wer dergleichen nicht ertragen kann, wer zu ästhetisch veranlagt oder zu nervös ist, um eine ihm entgegenliegende drastische Nebenart zu ertragen, der tut am sichersten, dem politischen Kampfe fernzubleiben. Es wird ja keiner dazu gezwungen. Wir können eben die Natur der Menschen nicht ändern, und wo Holz gehauen wird, fallen Späne. Leidenschaftslose Menschen schimpfen nicht, aber erfahrungsgemäß interessieren sie sich auch selten für Politik. Die politischen Reiter sind in der Regel solche Temperamentsmenschen, die sich nicht einmal durch Anlegung eines Maulkorbes zähmen lassen, denn sie heißen ihn durch. Die sensiblen Naturen, die gerne eine politische Rolle spielen möchten, aber empfindlich sind wie ein rohes Ei, sollen sich einer anderen Beschäftigung widmen.“

Veteranenfürsorge.

In den konservativen Versammlungen wird zurzeit in allen Tonarten das Lied von der Fürsorge für die Veteranen gelungen. Besonders wird hervorgehoben, daß es gelungen sei, durch das Reichsmerktzuwachstenergesetz für die Veteranen noch 5 Millionen flüssig zu machen, so daß jetzt der Reichsregierung zu diesem Zwecke 20 Millionen zur Verfügung ständen. Wie aber die Verteilung dieser 20 Millionen unter den Kriegsinvaliden erfolge, das verschweigen die Junker. Hier wie überall wird nach Gunst verfahren. Es steht meist ganz im Belieben des Landrats, wer die Veteranenbeihilfe erhalten soll. Hierfür ein Beispiel. Der 69 Jahre alte Landarbeiter Schröder aus Bohn ist von dem Kreisarzt als Invalide erklärt worden, darauf beantragte er die Veteranenbeihilfe, erhielt aber folgenden Bescheid:

„Greifenhagen, den 22. März 1911. Ich lehne es ab, für Sie die Veteranenbeihilfe zu beantragen, weil Sie nach den angestellten Ermittlungen wegen Jagdvergehens vorbestraft sind. Der Landrat. J. A.: Schwente, Regierungsdirektor.“

Das hier angeführte Jagdvergehen bestand darin, daß Schröder vor 20 Jahren mit einem Jagdgewehr über ein Jagdrevier gegangen war und dafür 20 M. Geldstrafe bezahlt hat, außerdem ist er nie bestraft worden.

Interessant ist, daß in demselben Bohn zwei Personen wohnen, die mit 500 M. Geldstrafe wegen Jagdvergehens bestraft sind, die aber trotzdem ihre Veteranenbeihilfe erhalten, allerdings sind diese beiden stramm patriotisch.

Belgien.

Ein Schachzug der Afrikaner.

Brüssel, 12. Mai. Da die Ausschüsse der Kammer, denen das Schulgesetz der Regierung zur Beratung vorliegt, wegen der Ueberwiegens der Opposition zu keinem Resultat gelangen, haben die Mitglieder der katholischen Partei in der heutigen Sitzung der Kammer das Schulgesetz als Initiativ-antrag nochmals eingebracht. Die Durchberatung dieses Antrages ist gewährleistet, da die für den Monat Mai aufgelosten Ausschüsse eine Mehrheit für die Katholiken ergeben haben.

Spanien.

Das Attentat auf Maura.

Barcelona, 12. Mai. Manuel Posa, der am 22. Juli 1910 den früheren Ministerpräsidenten Maura auf dem Bahnhof in Barcelona durch einen Revolverbeschuss verwundet hatte, wurde heute zu drei Jahren und sieben Monaten Gefängnis verurteilt.

Rußland.

Eine neue Partei.

Petersburg, 13. Mai. Etwa zwanzig Mitglieder der Duma, darunter der Vizepräsident Wassonki, sind aus der Nationalistenpartei ausgestiegen, um eine neue Fraktion zu bilden. Diese nennt sich Partei der unabhängigen Nationalisten und stellt zwischen den Nationalisten und den Otkrobnikern. Der Hauptpunkt ihres Programms ist Stärkung der

Reichsidee, aber ohne russisch-nationalistischen Chauvinismus gegenüber den fremden Stämmen im Reich.

Marokko.

Aufstandsversuche in Fes.

Paris, 12. Mai. Die Agence Havas meldet aus Fes vom 6. Mai: Die Ernennung Zerattis zum Pascha der Stadt ist für notwendig erachtet worden zur Unterdrückung der von der Bevölkerung gemachten Versuche, sich zu empören, wie sie sich gefürchtet bei dem Angriff der Aufständigen gezeigt haben. Mehrere Bänder benutzten die Gelegenheit, um Läden zu plündern, wobei einige Personen getötet wurden. Der Nachen hat energische Maßnahmen ergriffen und namentlich die Wachen verstärkt. Die Aufständigen wiederholten durch Abgesandte ihre Bemühungen, die Abdankung Mulay Hafids durchzuführen, wobei sie das Versprechen abgaben, daß den Europäern kein Leid geschehen solle.

Beschleunigung des Marsches nach Fes.

Paris, 13. Mai. In einem unter dem Vorsitz des Präsidenten Fallières abgehaltenen Ministerrat machte Cruppi Mitteilung von Meldungen, die der französische Konsul in Fes unter dem 6. Mai abgesendet hat. Nach diesen Meldungen ist die Lage immer bedenklicher geworden. Der Angriff am 4. Mai konnte nur mit Mühe abgelenkt werden. Die Verbindungen mit dem Inneren werden alle Tage schwieriger. Lebensmittel und Munition werden knapp. Der Sultan hat noch einmal in dringender Form schriftlich um die Unterstützung der französischen Truppen gebeten. Die Nachricht von der militärischen Intervention Frankreichs ist in Fes von der eingeborenen Bevölkerung, die sich in ihren Interessen ernstlich bedroht fühlt, sowie von den europäischen Kolonien und den Mitgliedern des Nachen sehr freudig (?) aufgenommen worden.

Der Ministerrat war der Ansicht, daß es unter diesen Umständen angezeigt sei, die schon früher dem General Moirier erteilten Weisungen zu bestätigen und ihm vorzuschreiben, den Marsch der Hilfskolonnen zu beschleunigen, um Fes zu erreichen, das nur für die unbedingt notwendige Zeit besetzt gehalten werden soll.

Im weiteren Verlauf des Ministerrates teilte Kriegsminister Berthelet Depeschen des Generals Moirier vom 11. d. M. mit, wonach die fliegende Kolonne El Anitra verlassen habe und auf der Höhe von Sidi Anach in ein Gefecht mit einer Reiterabteilung der Beni Hassan verwickelt worden sei. Die Kolonne habe ihren Marsch fortgesetzt.

Amerika.

Militaristische Agitation.

Washington, 12. Mai. Generalstabchef Generalmajor Wood befürwortete in der Militärkommission des Repräsentantenhauses den Plan der Aufstellung ständiger Reservekorps aus ausgebildeten Soldaten und führte aus, die Armee müsse auf einer härteren Kriegsbasis stehen trotz der Abrüstungsbewegung; eine Abrüstung der Nationen sei ein Traum von Träumern.

Wechsel im Kriegsministerium.

Washington, 12. Mai. Der Staatssekretär des Krieges Dickinson ist zurückgetreten. In einem Brief an Präsident Taft gibt Dickinson als Grund seines Rücktritts persönliche Geschäfte an. Taft hat das Rücktrittsgesuch mit dem Ausdruck des Bedauerns angenommen. Zum Nachfolger Dickinsons ist Stimson, ein fortschrittlicher Republikaner, auserkoren, der sich vor einiger Zeit um den Gouverneurposten in New York beworben hatte.

Mexiko.

Ausbreitung des Aufstandes.

Chihuahua, 12. Mai. Der ganze Distrikt von Durango und Torreón mit den dazwischen gelegenen Orten befindet sich in einem an Anarchie grenzenden Zustande. Die Aufständischen haben Torreón, Durango, Zacatecas und Parral umzingelt. Zehntausend Aufständische rücken gegen Chihuahua vor; eine bewaffnete Menge hat einen Vorort von Rombo de Dios angegriffen der 1500 Mann starken Besatzung geplündert.

Freie Waffenzufuhr.

Washington, 12. Mai. Nach einer Sitzung des Kabinetts wurde heute Oberst Stoeber, der Kommandant von El Paso, von dem Staatssekretär des Krieges angewiesen, alle regelmäßigen Schiffs-ladungen, die das Zollhaus passieren, zur Einfuhr nach Cuernavaca zuzulassen. Dies bedeutet, daß das Militär die Zufuhr auch von Waffen, Munition oder Lebensmitteln, die im Zollhaus beschlagnahmt werden, nicht hindern wird.

Aus der Partei.

„Die Sozialdemokratie, wie sie lebt und leidet.“

Die umfangreiche Sammlung von Schmähschriften gegen die Sozialdemokratie ist um eine neue Nummer bereichert worden. Unter obigem Titel ist im Verlag von Otto Eisner, Berlin, eine Flugschrift erschienen, deren Verfasser sich „Arminius“ nennt, weil er sich vermutlich schämt, kein Nachwerk mit seinem wirklichen Namen zu deden. Nach der Reichsverbandspresse sind in der Schrift Ansprüche sozialdemokratischer Führer und Blätter zusammengestellt, also eine Art Klattensad. Die „Deutsche Zeitung“ meint selbst, daß diese Ausdrücke meist bekannt sind; weil sie aber überflüssig zusammengestellt wurden, können sie im Wahlkampf gute Dienste leisten. Die Schrift ist zur Massenverbreitung bestimmt und vermutlich werden die Wählermassen in der nächsten Zeit mit diesen aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten überschüttet werden.

Eine Erbschaft der geeinigten Partei.

Ein in Los Angeles in Kalifornien ansässiger französischer Restaurateur, Victor Dollé, der kürzlich unter Hinterlassung eines großen Vermögens gestorben ist, hat der geeinigten französischen Partei ein Legat von 75 000 Franc vermacht, das der Parteio-rganisation von Toulon zugute kommen soll. Zur Verwendung des Legats in diesem Sinne bevollmächtigte er den Genossen Vaillant.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Wieder ein Majestätsbeleidigungsprozess.

Vor der 4. Strafkammer des Essener Landgerichts hatten sich am Freitag, den 12. Mai, die Genossen Adam Wojciechowski-Dortmund und Riccius Wierziński-Essen wegen angeblicher Majestätsbeleidigung zu verantworten. Dem Verfahren gegen die Genannten lag nach der Anklage folgender Vorgang zugrunde. Am 20. März 1910 fand im Restaurant „Mauhaus“ in Essen eine Mitgliederversammlung der Essener Filiale der polnisch-sozialdemokratischen Partei statt. In

dieser referierte Genosse Wojciechowski, der Sekretär der polnisch-sozialdemokratischen Partei im rheinisch-westfälischen Industriebezirk, über „Versicherungsfragen und Dynastie“. Wojciechowski referierte in polnischer Sprache. In seinen Ausführungen soll er sich der Majestätsbeleidigung schuldig gemacht haben. Die Majestätsbeleidigung des zweiten Angeklagten wird in einem Briefchen gefunden. Das Bescheidende an dem Prozeß ist, wie die Anklage zustande kam. Vor der fraglichen Versammlung ließen sich zwei angebliche polnische Arbeiter in die Partei aufnehmen. Diese beiden angeblichen Arbeiter sind heute die Kronzeugen des Staatsanwalts und haben sich inzwischen als Bureaubeamter Student und Bureauvorsteher Rischkiewich entpuppt. Der Angeklagte Wojciechowski bestreitet aufs entschiedenste, die ihm zur Last gelegte Äußerung getan zu haben. Wierziński behauptet, überhaupt nicht an der fraglichen Versammlung teilgenommen zu haben. Mehrere Versammlungsteilnehmer hoben erklärt, daß die inkriminierten Äußerungen nicht gefallen seien. Eigenmächtig berührt die Behandlung der verschiedenen von dem Verteidiger R.-M. Frank-Dortmund gestellten Anträge. Genosse Wojciechowski hatte die Ladung von 4 Zeugen beantragt, zu denen er schon vor der fraglichen Versammlung gedankt hatte, er müsse sich in den polnischen Versammlungen in Essen sehr in acht nehmen, da sie zweifellos von Vertrauenspersonen der Polizei bespioniert würden. Aus dieser Tatsache soll geschlossen werden, daß Wojciechowski schon deshalb in seinen Ausführungen vorsichtig war und sicherlich nicht eine solche hohle Beleidigung aussprechen würde, wie sie von den Spitzeln behauptet wird. Der Antrag, die vier Zeugen zu laden, wurde abgelehnt. Ferner beantragte die Verteidigung die Ladung des Essener Polizeipräsidenten, der behaupten sollte, daß sich die beiden Spitzeln in die polnische Versammlung im Auftrage der Polizei eingeschlichen hätten und daß sie sich im gleichen Auftrage als Arbeiter in die polnisch-sozialdemokratische Partei aufnehmen ließen. Der Polizeipräsident werde die Richtigkeit dieser Behauptung bestätigen müssen. Die Ladung des Polizeipräsidenten wurde mit der Motivierung abgelehnt, daß es ohne Bedeutung für die Glaubwürdigkeit der Spitzeln sei, auf welche Weise sie in die fragliche Versammlung hineingekommen seien.

Die Verhandlung fand unter völliger Ausschließung der Öffentlichkeit statt. Aus der Beweisaufnahme verdient hervorgehoben zu werden, daß im Gegenjahre zu den beiden Spitzeln zwei Teilnehmer der fraglichen Versammlung ebenfalls behaupteten, die inkriminierten Äußerungen seien nicht gefallen. Bei Feststellung der Kenntnisse der polnischen Sprache der beiden Kronzeugen erklärte der gerichtliche Dolmetscher, daß die beiden Spitzeln die polnische Sprache nur mangelhaft beherrschten und daß ein Verstum dieser Zeugen bei der Uebersetzung nicht ausgeschlossen erscheine. Es wurde ferner festgestellt, daß beide Spitzeln wegen Körperverletzung, der eine einmal, der andere viermal verurteilt sind. Für die Bespionierung der fraglichen Versammlung haben die beiden Herren je 150 M. von einem königlichen Kriminalkommissar in Essen erhalten. Die Spitzeln haben sich auch im Auftrage desselben Kommissars in die Versammlung eingeschlichen. Der Staatsanwalt weist, daß gegen die Tätigkeit der Spitzeln nichts einzuwenden sei. Auch seien diese unbedingt glaubwürdig, insbesondere bei den Entlastungszeugen berücksichtigt werden müsse, daß diese sämtlich zur Partei der Angeklagten gehören. Der Staatsanwalt beantragte gegen Wojciechowski 7 Monate und gegen Wierziński 4 Monate Gefängnis. Nach siebenstündiger Beratungsbauer verkündete der Vorsitzende folgendes Urteil: Das Gericht hat die Anwesenheit des Angeklagten Wierziński in der Versammlung nicht für erwiesen erachtet; auch bezüglich des Angeklagten Wojciechowski hat das Gericht nicht für erwiesen erachtet, daß die inkriminierten Worte gefallen sind. Trotzdem glaube das Gericht, daß die Belastungszeugen ihre Aussagen nach bestem Wissen getan haben. Bei den dialektischen Verschiedenheiten nimmt das Gericht an, daß die Belastungszeugen in dem Dialekt der Angeklagten nicht genügend bewandert waren. Unter den gegebenen Umständen hat das Gericht jedoch auf Freisprechung der Angeklagten erkannt und die Kosten der Staatskasse auferlegt.

Der gerichtete Polizeibericht.

Als Wilhelm II. zur Zeit der Königsberger Volksknechtproklamation im August 1910 auch nach Danzig kam, antworteten unsere Genossen auf das byzantinische Delirium der bürgerlichen Kurapresse mit einer Volksversammlung, in der Genosse Crispian über „Millionen für den König, Fuhrtritte für das Volk“ sprach. Der Verlag der freisinnigen „Danziger Zeitung“ lehnte als Väter der Plakatsäulen in üblicher Praxis den Anschlag von Plakaten mit der Begründung ab, daß auf dem Polizeipräsidium nicht gewünscht werde, daß S. M. das Thema zufällig zu lesen bekomme. Nach verhältnismäßig langer Zeit wurde wegen des Referats auf Grund des § 110 des Strafgesetzbuches Anklage mit der Beschuldigung erhoben, daß Crispian die Soldaten zum Ungehorsam und zum Bruch des Fahnenbundes aufgefordert habe. Er sollte außerdem die Genossen aufgefordert haben, die ihnen in Quartier gegebenen Soldaten mit dem sozialdemokratischen Gift zu infizieren, so daß sie unzuverlässig würden. Besonders schwer rechnete ihm die Anklage das Schlusssatz des bekannten Herweghschen Gedichtes „Die Arbeiter an ihre Gräber“ an, das mit den Worten „Wann stellt ihr Soldaten die Arbeit endlich ein?“ schließt.

Die Verhandlung erfolgte am 12. Mai vor der Danziger Strafkammer. Der Polizeikommissar Flöhe erklärte, er habe sich nur die Stichworte notiert, die ihm besonders auffällig schienen. Am nächsten Tage schrieb er dann seinen Bericht im Zusammenhang aus dem Gedächtnis. Bei der Verlesung dieses Berichtes machte der Vorsitzende sofort auf eine Anzahl schwerer logischer Irrtümer aufmerksam. Besonders ungünstig für den Angeklagten war darin die häufige Verwechslung des Begriffes Militarismus mit Militär. Der Verteidiger, Genosse Haase-Königsberg, bestritt die Unmöglichkeit, in der Weise, wie es der Kommissar getan habe, mit einigen Schlagworten den Inhalt einer mehr als einhundertseitigen Rede fingenmäßig wiederzugeben. Das Gericht kam zur Freisprechung. Das Gericht konnte zu keiner Verurteilung kommen auf Grund eines Berichtes, der in zusammengebrängelter Kürze sich nur auf besondere Stichworte stütze. Es müsse in solchen Fällen die stenographische Niederschreibung der gesamten Rede verlangen.

Im Interesse einer größeren Rechtssicherheit kann nur dringend gewünscht werden, daß alle Gerichte sich auf den von der Danziger Strafkammer vertretenen Standpunkt stellen. Öffentlich befolgt die Polizei ebenso den ihr gegebenen Rat, wenn sie schon Berichte aufnehmen will, diese stenographisch herbeizuführen zu lassen. Für die Staatsbürger würden damit eine Unmenge Scherereien sowie Zeit- und Geldverlust vermieden werden.

Jugendbewegung.

Die Flucht ins Ausland.

Überall regnen jetzt Strafmandate, Protokolle, Hausdurchsuchungen, Verhaftungen, Ausweisungen usw. auf unsere Jugendbewegung, die trotzallem rüstig weiter marschiert. Daß es bei diesem Polizeikampf auch manchmal recht humoristisch zugeht, und die jungen Arbeiter oft schlauer sind wie die Polizei, zeigt wieder ein heiteres Vorkommnis in W a u r b u r g a n d e r S a a l e, das ja bekanntlich auch im Bereich der preussischen Polizei liegt.

Auch hier hat die heilige Hermandad schon alles versucht, um die freie Jugendbewegung niederzuzwingen und zu vernichten, und wie fast überall, hat man auch hier den Jugendbildungsverein „aufgelöst“. Aber mit dieser Auflösung ist die Polizei schwer herein-gefallen, denn zählte die „Arbeiter-Jugend“ in der Auflösung nur 34 Abonnenten, so waren es kurz nach ihr schon 127, und diese Zahl steigt beständig.

Vergangenen Sonntag nun wollten unsere jungen Raumburger Freunde eine Werksbesichtigung abhalten, in der Jugendgenosse Siedler-Kohn über das Thema „Jünglings-

Bereine oder Freie Jugend“ sprechen sollte. In der auf besuchten Versammlung erschienen kurz vor Beginn neun Polizeibeamte, darunter ein Kriminalbeamter, wovon zwei im Lokale blieben, während sich die andern sieben vor dem Eingange postierten. Ein Polizeikommissar verlangte die Entfernung aller Jugendlichen unter 18 Jahren, wibrigens er die Versammlung auflösen würde. Grund dazu hätte die Polizei „in ihrer Anschauung über die Jugendorganisation“. Obwohl nun der Referent ausdrücklich erklärte, daß er nicht beabsichtige, auch nur im entferntesten auf das Gebiet der Politik einzugehen, blieb der Beamte bei seinem gefehrdigen Verhalten und löste, als der Vorsitzende schließlich einfach dem Redner das Wort erteilte, die Versammlung unter allgemeinem Protest auf. Alle anwesenden Jugendlichen unter 18 Jahren wurden nun von den neun Polizeibeamten angehalten, um ihre Personalien festzustellen.

Wenn aber die Polizei herausgelassen hätte, sie hätte ihren Zweck erreicht, so war sie ordentlich beglückwünscht, denn nun veranstalteten unsere jungen Freunde flugs einen Ausflug ins „Ausland“, nach Sachsen-Meinigen, wo dann die Versammlung ungestört stattfinden sollte. Schnell marschierte die junge Schar unter Begleitung von drei Polizeibeamten bis an die Grenze, die man in etwa einer Stunde erreichte. Hier mußten die Polizeibeamten wohl oder übel umkehren, denn in Sachsen-Meinigen hat die preussische Polizei bekanntlich „nix zu seggen“.

Hochfreut über den wohlgeplanten Plan ging man in eine schön und idyllisch gelegene Schlucht, wo dann im „Ausland“, mitten in der freien Natur die Versammlung abgehalten wurde, die im „Waterlande“ durch die Polizei unmöglich gemacht worden war. Selbstverständlich fand hierbei Genosse Stoedcker, der nicht nur die Polizeiunterdrückung, sondern auch das verätherische Treiben der Jünglingsvereine auf das schärfste brandmarkte, fürstlichen Beifall, und begeistert beschloffen alle Jugendgenossen und -genossinnen, nun erst recht mit allen Kräften für die freie Jugendbewegung einzutreten.

Abends ging dann lustig wieder heim ins Vaterland, wo die liebe Polizei hoffentlich bald einsehen wird, daß der proletarischen Jugendbewegung mit Polizeifäusten nicht beizukommen ist.

Soziales.

Von der Sauberkeit in manchen Bädereien.

Als am Donnerstag, den 4. dieses Monats, der Bädermeister Nieberg sich im Reichstage bitter darüber beklagte, daß die deutschen Bädermeister trotz ihrer peinlichen Sauberkeit durch die Maßnahmen der Bäderverordnung in ihren Betrieben unnötig drangsalieren würden und durch diese Bäderverordnung nur „ein Vernichtungsriegel gegen das Sanitäre“ geführt werde, da hatte das am Tage vorher am 3. Mai erschienene Heft 18 des 35. Jahrganges der „Veröffentlichungen des kaiserlichen Gesundheitsamtes“ eine Reihe gerichtlicher Urteile gebracht, durch die festgestellt worden war, daß die Sauberkeit und Gewissenhaftigkeit mancher Bädermeister noch recht sehr zu wünschen läßt. Wir führen im folgenden nur drei dieser gerichtlichen Urteile an.

Urteil des Landgerichts Magd. vom 11. März 1908: Der Bädermeister B. hat, wie er auch einräumt, wiederholt beim Baden von Pfannkuchen die Hitze des zum Baden verwendeten Fettes dadurch geprüft, daß er zwischen den Fingern einen kleinen Tropfen Speichel hervorzieht und auf das Fett fallen ließ, um zu hören, ob es zischen werde. Die mit diesem Fett gebadenen Genuß- bezw. Nahrungsmittel müssen als verdorben bezeichnet werden, denn das Hineinspeuchen in das Pfannkuchenfett ist zweifellos ekel-erregend, und die mit solchem Fett gebadenen Pfannkuchen sind geeignet, Ekelvorstellungen bei den Konsumenten zu erwecken. Die Pfannkuchen sind unter Verweisung der Art, wie das zum Baden benutzte Fett auf den Grad seiner Hitze geprüft worden war, mit Wissen und Willen des Angeklagten verkauft worden. Das Verwaltungsgericht erachtete die vom Schöffengericht verhängte Geldstrafe nach Art und Höhe für ungenügend und erkannte auf eine Woche Gefängnis, obwiewohl auch auf Grund des § 16 des Nahrungsmittelgesetzes die Bekanntmachung der Verurteilung an (Veröffentlichungen des kaiserl. Gesundheitsamtes, 35. Jahrg. Nr. 18 u. 3. S. 11.)

Urteil des Landgerichts Köln vom 10. 1. 07 wider den Bädermeister B. — Beim Baden der Berliner Pfannkuchen und Rahes-mandeln werden die Zeigflöhe in einen Topf mit geschmolzenem Fett gelegt. Dieses Fett muß die Siebelöhe erreicht haben. Um festzustellen, ob die nötige Hitze erreicht ist, wird Wasser in das Fett gespreiht. Wenn der Angeklagte die Kuchen und Mandeln auf-stand gewöhnlich ein Wasserbehälter neben dem Fetttopf auf dem Fische, um Wasser zum Spritzen zu haben. Nun sagt B. mit aller Bestimmtheit, er habe öfter gesehen, daß der Angeklagte, statt Wasser aus dem Eimer in den Fetttopf zu spritzen, in diesen geschüttelt habe. Diese Angabe ist durch das glaubhafte Zeugnis eines Schülers, welcher hieselben in die B.-sche Kadstube kam, bestätigt und danach als festgestellt angesehen worden. Es braucht nicht erörtert zu werden, ob etwas von dem Speichel in die Badewaren gelangte. Niemand wird Badewaren essen, die in Fett gebaden sind, in das jemand anders geschüttelt hat. Jedermann wird solche Badewaren als ekelerregend von sich weisen. Damit ist der Begriff des Verderbens im Sinne des § 10 des Nahrungsmittelgesetzes festgestellt. Der Angeklagte hat diese verdorbenen Badewaren später in seinem Laden verkauft. Er handelte aus Bequemlichkeit in einer schlechten Angewohnung. Es wurde deshalb auf die Berufung der Staatsanwaltschaft das freisprechende Urteil des Schöffengerichts aufgehoben und B. wegen Vergehens gegen § 10 des Nahrungs-mittelgesetzes zu 200 M. Geldstrafe verurteilt.

Urteil des Landgerichts Magdeburg vom 3. 9. 06 wider den Bädermeister B. — Im Oktober 1905 heulte B. ein geschlossenes Holz-Margarine unter eine Schabbaste, den Regen nicht völlig abhaltende Ueberdachung des Hofes, kroch darauf Ende 1906 die mit einer großen Anzahl grüner Schimmelpilze bedeckte Oberflache der Margarine ab und tat die abgefrachtete Margarine in die zum Baden von Pfannkuchen bestimmte Pfanne, in der sich schon anderes Fett befand. Nach dem Gutachten des Dr. B. und des Dr. A. läßt sich nicht feststellen, daß die schimmelige Margarine teilsweise ranzig waren, also Witterssäure enthielten, und wären nur in diesem Falle die mit jener Margarine gebadenen Pfannkuchen durch ihren Genuß die menschliche Gesundheit zu schädigen geeignet gewesen. Eine Feststellung aus § 12 des Nahrungsmittel-gesetzes ließ sich deshalb gegen den Angeklagten nicht treffen. Wohl aber waren die mit der verdorbenen Margarine von An-geklagten bereitgestellten und verkauften Pfannkuchen als verdorben anzusprechen; denn wenn, wie die Sachverständigen begutachtet haben, die Schimmelpilze auch durch den Wadprozeß abgetötet werden, so werden sie doch dadurch nicht entfernt. Margarine mit Schimmelpilzen ist nach dem unbedenklichen Gutachten der Sach-verständigen widerlich verunreinigt und infolgedessen zum Ge-nusse für Menschen ungeeignetes Fett, und das entspricht auch der allgemein herrschenden Ansicht. Ab aber die Margarine verdorben, so sind es auch die mit ihr hergestellten Pfannkuchen; denn auch diese weisen infolge der in sie übergegangenenen verdorbenen Margarine eine Veränderung des normalen Zustandes auf, die sie nach allgemeiner Ansicht zum Genuße für Menschen ungeeignet macht. Mit Rücksicht auf diese allgemein herrschende Ansicht war das Wissen des Angeklagten von der verdorbenen Beschaffenheit der schimmelige Margarine und der damit hergestellten Pfannkuchen unbedenklich festzustellen. Ebenso unbedenklich war nach Lage der Sache festzustellen, daß der Angeklagte die Pfannkuchen verkauft hat, ohne den Käufern mitzuteilen, daß zu ihrer Herstellung ver-dorbene Margarine verwendet war, trotzdem dies äußerlich nicht erkennbar war. Der Angeklagte hat also die verdorbenen Beschaffen-heit verschwiegen und wurde deshalb wegen Vergehens gegen § 10 des Nahrungsmittelgesetzes zu 50 M. Geldstrafe verurteilt.

Gewerkschaftliches.

Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter im Jahre 1910.

Der vorliegende Jahresabschluss des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter zeigt in allen Details ein recht erfreuliches Bild. 170 Filialen mit 39 262 Mitgliedern stehen dem am Jahresabschluss 1909 vorhandenen 132 Zahlstellen mit 32 488 Mitgliedern gegenüber, was einen Zuwachs von 6774 Mitgliedern bedeutet.

Lohnbewegungen ohne Arbeitsbeeinträchtigungen fanden im Berichtsjahre an 124 Orten und für 731 Betriebe mit 71 218 Beteiligten statt. Die Erfolge dieser Bewegungen ergaben eine Verkürzung der Arbeitszeit für 5374 Personen pro Woche um 24 402 Stunden oder pro Kopf 4,54 Stunden. Die erwartete Lohnsteigerung beschränkte sich auf 27 851,88 M. pro Woche für 20 204 Personen; mithin pro Kopf und pro Woche auf 1,38 M. Daneben wurde noch ein Lohnaufschlag bei Ueberstunden für 5105 Personen und ein solcher bei Sonn- und Feiertagsarbeit für 5152 Beteiligte erzielt. Erhöhte Bezahlung der Nachtarbeit trat für 4680 Beschäftigte ein. Außerdem wurden noch sonstige Erfolge, wie Gewährung von Sommerurlaub, Zahlung der Differenz zwischen Lohn und Krankengeld, Pensionsberechtigung usw. für 12 789 Personen erzielt. Angriffstreiks fanden im Jahre 1910 vier statt mit 177 Beteiligten. Erfolglos endeten 2 Streiks mit 85 Beteiligten, während ein Streik mit vollem Erfolg und einer mit teilweisem Erfolg abgeschlossen wurde. Abwehrstreiks waren 2 zu verzeichnen, wovon einer teilweise erfolgreich war, die zweite Aktion war am Jahresabschluss noch nicht erledigt. In dem ersten Fall war das Resultat eine Verkürzung der Arbeitszeit für 308 Beschäftigte um 154 Stunden pro Woche und eine Lohnsteigerung von 594 M. pro Woche, an welcher 330 Personen partizipierten. Zwei der Angriffstreiks zogen noch eine Ausdehnung nach sich, wovon 29 Personen betroffen wurden. Der Abschluss von Tarifverträgen wurde in 6 Fällen für 369 Personen erzielt. Die Gesamtaufwendungen für alle Lohnbewegungen betragen 50 973 M. Die Gesamteinnahmen des Verbandes betragen 514 796 M., die Ausgaben 674 318 M. Von letzteren entfielen auf Streikunterstützung 88 485 M., Gemahregelunterstützung und Rechtsschutz 9405 M., Sterbeunterstützung 29 568 M., Erwerbslosenunterstützung (Arbeitslosen- und Krankenunterstützung) aus der Hauptkasse 114 772 M., während die Filialen 30 279 M. zahlten, insgesamt mithin 145 051 M. Das Gesamtvermögen beschränkte sich am Schlusse des Rechnungsjahres 1910 auf 467 196 M.

Berlin und Umgegend.

Die streikenden Gasmesstischler hielten gestern vormittag wiederum eine Versammlung ab. Die Lage ist, wie der Verbandsvertreter Dietrich berichtet, unverändert und durchaus günstig für die Streikenden. Von Verhandlungen verlautet bisher nichts und die Streikenden haben keine Veranlassung, an die Unternehmer heranzutreten. Die Wirkungen des Streiks zeigen sich auch darin, daß in verschiedenen Betrieben für die Hilfsarbeiter und die Radierer keine Arbeit mehr vorhanden ist. Die Unternehmer wären schon weit mehr in Verlegenheit geraten, wenn nicht die Stadt auf ihr Ergehen die Lieferungsfrist verlängert hätte. So bedauerlich es ist, daß die Stadt in diesem Kampf Partei für die Unternehmer ergreift, so kann doch auch das die Streikenden in keiner Weise wankelmütig machen. Die Firma Vessin droht durch ihren Rechtsanwalt ihren älteren streikenden Gasmesstischlern, die einen besonderen Arbeitsvertrag abgeschlossen hatten, mit Schadenersatzklagen, wenn sie binnen 24 Stunden die Arbeit nicht wieder aufnehmen wollten. Es ist klar, daß es der Firma weit weniger um etwaigen Schadenersatz, als vielmehr darum zu tun ist, daß die Arbeit wieder aufgenommen wird. Die Streikenden, die die Schreiben des Rechtsanwalts erhielten, haben es jedoch einmütig abgelehnt, auf die Zumutung einzugehen. Sie sehen der Klage in aller Ruhe entgegen. Der Kampf wird auf der ganzen Linie mit aller Kraft fortgesetzt.

Achtung, Silberbranche! Wir machen darauf aufmerksam, daß die Firma Polenz G. m. b. H., Schönhauser Allee 34, immer noch als gesperrt zu betrachten ist. Daß es der Firma an eingereichten Leuten mangelt, beweist, daß sie den Annahmestricharbeit zumute, indem dieselben bei Gastwirten, welche Anschriften benötigen, Anstreicherarbeiten verrichten. Oder mangelt es an Arbeitern zum Anmachen? Nun, auch das ist der Beweis, daß der Betrieb ins Stocken geraten ist. Die Sperre hat also bereits ihre Wirkung getan, trotz Schämierung der Streikposten. Wir ersuchen, die Sperre nach wie vor streng zu beachten!

Verband der Porzellanarbeiter, Zahlstelle Berlin.

Der Jahresbericht des Gauvereins Berlin vom Verband der Deutschen Buchdrucker gelangt soeben zur Ausgabe. In Hinblick auf die bevorstehende Tarifrevision bringt der Bericht viel statistisches Material über Ueberstundenwesen, Arbeitslosigkeit, Arbeitslosenunterstützung, Erhebungen betreffend die Lage der Wohnungen beim Wohnort und der Arbeitsstätten der Berliner Gehilfenschaft, über Belegungsstatistik und Ferienbewilligungen — eine fleißige Arbeit, die für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Berliner Buchdrucker klare Auskunft gibt. Der Mitgliederstand im Gau war am Schlusse des Berichtsjahres 11 221. Im Jahresdurchschnitt waren arbeitslos 6 1/2 Proz., krank 4 1/2 Proz. der Mitglieder. Für die Arbeitslosenunterstützung wandte der Gau in den letzten Jahren durchschnittlich die Hälfte seiner gesamten Einnahmen auf (1910: 117 682,50 M.), unter Hinzurechnung der Krankenunterstützung 89 Proz., im Jahre 1901 sogar 95 Proz. Diese Zahlen bilden eine treffliche Illustration zu dem schwarz-machetischen Gesandten von der Verchristenung der Arbeitergewerkschaft. Der Ueberstunden- und Sonntagsarbeit sind fünf erläuternde Tabellen gewidmet, worin die Beteiligung der einzelnen Sparten (Handfeger, Maschinenfeger, Korrektoren, Drucker, Stereotypsetzer, Sieher) sowie der Lehrlinge nachgewiesen ist. Die Ueberstundenzahl ist gegenüber einer Statistik vom Jahre 1903 bei den Hand- und Maschinenfegern gestiegen, bei den Druckern etwas verringert, ebenso bei den Lehrlingen. Betreffs der Sonntagsarbeit ist allerdings zu beachten, daß diese in der Hauptsache auf die Herstellung der Montagmorgensblätter zurückzuführen ist. Die Belegungsstatistik weist nach, daß 370 Druckereien mit 8314 Gehilfen 1451 Lehrlinge hatten, im Durchschnitt auf eine Druckerei 3,9 Lehrlinge und auf 6,4 Gehilfen ein Lehrling. 72 Druckereien mit 1132 Gehilfen beschäftigten überhaupt keine Lehrlinge. Aus der Ferienstatistik wollen wir noch erwähnen, daß in 146 Druckereien mit 5841 Gehilfen 3500 derselben Ferien erhalten haben. Das örtliche Tarifschiedsgericht erledigte 215 Klagen; 16 Fälle wurden an das Gewerbegericht, 2 Fälle an das Tarifamt der Buchdrucker verwiesen. Schließlich wollen wir noch eine Stelle aus dem Bericht wiedergeben, die sich mit dem Verhältnis der Prinzipale zur Gehilfenschaft befaßt. Es heißt da: „Ueber was wir in dem Berichtsjahre sehr oft Klage führen mußten, war die behauerliche Tatsache, daß namentlich Großbetriebe bestehende bessere Arbeitsbedingungen zum Schaden der Gehilfen aufgehoben haben. Hier handelte es sich namentlich um Vergünstigungen bei den Pausen und bei der Ueberarbeit, Rückzahlung der Löhne, namentlich bei Spezialmaschinen, sowie Entziehung von Vorteilen, die früher den Berechnern anstandslos gegeben wurden. Auch die Anrufung der Instanzen konnte hierbei nichts ändern. Derartige kleinliche Mittel, die die Gehilfenschaft hart erbitterten, geugten von wenig gewerblicher Klugheit der Prinzipale.“

An die organisierte Arbeiterschaft Groß-Berlins.

Hiermit machen wir auf wiederholte Anregungen darauf aufmerksam, daß die im Deutschen Transportarbeiterverband organisierten Kutscher, Müsler und Kellerarbeiter aus den Mineralwasserfabriken zwecks Ausweisung über ihre Zugehörigkeit zur Organisation im Besitz einer Legitimationskarte sind, deren Farbe in diesem Jahre

rosa ist. Diese Karte, welche die Aufschrift des Verbandes sowie den Namen des Mitgliedes und Nummer sowie Eintrittsdatum enthält, wird allmonatlich abgefordert. Nur wer im Besitz einer solchen Legitimationskarte ist, kann als Mitglied des genannten Verbandes angesehen werden. Diejenigen, welche sich über die Organisationszugehörigkeit nicht ausweisen können, sind in geeigneter Form auf ihre Pflicht hinzuweisen.

Die in den Lager-, Malz-, Weib- und Jungbierbrauereien Beschäftigten stehen sämtlich in einem Tarifvertragsverhältnis, während die Kutscher und Müsler usw. in den Mineralwasser- und Bierverlag-Betrieben nur zum Teil geregelte Lohn- und Arbeitsverhältnisse haben. In dieser Branche sind die Kleinbetriebe noch vorherrschend, deren Einrichtungen in hygienischer Beziehung sehr zu wünschen übrig lassen, auch den berechtigten Forderungen der Arbeiter oftmals feindselig gegenüber stehen.

Ein Vergleichsbesuch derjenigen Betriebe, in denen die Lohn- und Arbeitsbedingungen der in Frage kommenden geregelt sind, wird auf Verlangen an die beteiligten Kreise der Konsumenten, Saal- und Lokalbesitzer sowie Kantinen- und Konsumvereine kostenlos abgegeben. Die Mitglieder des genannten Verbandes wollen besonders auf die Legitimationskarte und die Firmen achten, die bewilligt haben. Die Brandenteile der Mineralwasserarbeiter und Kutscher des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Achtung, Lederarbeiter! In der Feinleder-Fabrik von Friz, Köpenicker Straße 21, ist der Vertrauensmann gemahregelt worden. Sämtliche Kollegen erklärten sich mit demselben solidarisches. Daraufhin wurden sie entlassen. Zugung ist fernzuhalten.

Verband der Lederarbeiter.

Deutsches Reich.

Der Streik der Transportarbeiter in Barmen und Elberfeld ist nach zehntägiger Dauer durch Einigungsverhandlungen vor dem Barmen Einigungsamt beigelegt worden. In allen vom Streik betroffenen Betrieben ist die Arbeit am 12. Mai wieder aufgenommen worden. Es ist eine Vereinbarung auf drei Jahre abgeschlossen worden. Der Mindestlohn für Transportarbeiter beträgt vom 12. Mai ab 26 M. für die Woche und steigt am 12. Mai 1912 auf 26,75 M. und am 12. Mai 1913 auf 27,50 M. Die Arbeitszeit ist für das Sommerhalbjahr auf 12 Stunden und für das Winterhalbjahr auf 11 Stunden täglich festgelegt worden. Auch wurden Vereinbarungen getroffen über die Bezahlung der Ueberarbeit, Sonntagsarbeit, Mittagsarbeit und der Feiertage, die auf einen Wochentag fallen, und der Kündigungsfrist.

Bisher betrug die tägliche Arbeitszeit im Durchschnitt vierzehn Stunden und der Wochenlohn 24 M. Die Ueberarbeit wurde in den seltensten Fällen und die Sonntagsarbeit unzureichend bezahlt.

Erreicht wurde durch die Bewegung eine Verkürzung der Arbeitszeit von 2 1/2 Stunden täglich oder 15 Stunden wöchentlich und eine sofortige Lohnzulage von durchschnittlich 2 M. pro Woche, dazu die Lohnsteigerungen im Jahre 1912 und 1913 und eine bessere Bezahlung der Ueber-, Sonntags- und Mittagsarbeit.

Durch diesen Vertrag sind geregelte Lohn- und Arbeitsverhältnisse für das Transportgewerbe der beiden Wupperstädte geschaffen worden. Früher legten die Unternehmer willkürlich die Löhne und die Arbeitszeit fest. Diese Willkürherrschaft ist durch den Vertragsabschluss radikal beseitigt worden. Die streikenden Mitglieder des Transportarbeiterverbandes haben durch ihren Lohnkampf einen schönen Erfolg erzielt.

Vorsicht! Streikbrecheragenten. Nach viertägigem Streik hat sich die Firma Herbrand u. Cie., Waggonfabrik in Köln-Ehrenfeld, entschlossen, die Tore ihrer Fabrik am Montag, den 15. Mai, für Arbeitswillige zu öffnen. Da aus den Reihen der Streikenden keine Arbeitswilligen zu erwarten sind, so hat sich die Firma an die verschiedensten Streikbrecherbureaus Deutschlands gewandt. Gleichzeitig hat sie aber auch selbst noch einige Agenten losgeschickt, die Arbeitswillige anwerben sollen. Wir ersuchen deshalb alle Arbeiter, Zugung streng fernzuhalten. In Betracht kommen gelehrte und ungelehrte Metallarbeiter, Holzarbeiter, Maler und Sattler.

Alle Meldungen über Streikbrecherinzerate oder Agenten sind zu richten an August Haas, Köln a. Rh., Severinstr. 197-99.

Die Streikleitung.

Zur Aussperrung der Steinseher im Regierungsbezirk Merseburg.

Seit neun Wochen sind 340 Steinseher ausgesperrt, weil sie eine Lohnsteigerung verlangten und sich dann weigerten, aus dem Verbandsausgängen und Streikbrecherarbeit zu leisten. Die Unternehmer lehnten, nachdem die Verhandlungen am 18. April gescheitert waren, jede weitere Verhandlung ab, auch eine solche vor dem Gewerbegericht in Halle. Ebenso wollten sie von einem aus Berufspersonen der angrenzenden Bezirke zusammengesetzten Schiedsgericht nichts wissen; sicher nur deshalb, weil in den angrenzenden Bezirken um 3-12 Pf. höhere Stundenlöhne bezahlt werden als im Aussperrungsgebiet. Die Unternehmer sagen: die Aussperrung könne ruhig einige Jahre dauern. Diese Forderungen können sie sich nur leisten, weil sie die ausgedehnteste Berücksichtigung durch die Behörden haben. Seit Wochen lassen sie die Dürrenburger Chaussee halb fertig liegen. Ein Chausseeaufseher wollte durch Androhung der Arbeitsentziehung einen Unternehmer zwingen, einige organisierte Steinseher zu entlassen. Auch in Duerfurt und in Halle haben die Behörden das größte Nachsehen bei nicht fertigen Pflasterarbeiten. In Hettstedt betrieben Bürgermeister und Wegebaumeister die Streikposten nicht nur von Poststellen, sondern auch von ungesperrten Straßen.

Die Aussperrten lehnten das Angebot der Unternehmer, zu den alten Bedingungen die Arbeit aufzunehmen, in einer Bezirkskonferenz und in den Zahlstellenverhandlungen in geheimer Abstimmung einstimmig ab. Der Zentralvorstand des Steinseherverbandes hat den Aussperrten jetzt für die kommenden Mietzinszahlungen erhebliche Unterstützungen zugesichert. Die Unternehmer haben bisher im ganzen 51 Streikbrecher zusammengebracht. Zugung muß auf strengste ferngehalten werden.

Die Dresdener Droschkenaufseher sind am 12. Mai einmütig in den Streik eingetreten. Der Betrieb ruht vollständig. Die Gesellschaft verurteilt, auf alle mögliche Weise Streikbrecher heranzuziehen und hat zu diesem Zweck einen Werkmeister auf die Arbeitswilligenjagd geschickt. Die Direktion will nur mit einer Kommission verhandeln. Die Streikenden lehnen dies ab. Sie sind der Meinung, daß nur ein Tarifvertrag mit dem Verbandsamt endlich Ordnung in ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse bringen kann. Die Situation liegt für die Streikenden günstig und wird dringend erlucht, Zugung nach Dresden fernzuhalten. — Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck erlucht.

Beendeter Straßenbahnerstreik in Bremen.

Eine am Freitagmorgen abgehaltene Versammlung der Streikenden, die von Rahnmann geleitet wurde, beschloß, wie schon telegraphisch gemeldet, den Streik abzubrechen und die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen. Der Streik hat also nur drei Tage gedauert. Die Ursachen für das Scheitern der Verständigung sind zum großen Teil in der Laune der Angestellten selbst zu suchen. Bereits am ersten Tage gingen Leute, die den Streik gelohnt hatten, wieder in den Betrieb. Mit jedem weiteren Tage wiederholte sich dieses Schauspiel. Am Donnerstag beschloß eine von 270 Streikenden besuchte Versammlung, die Bewegung fortzuführen. Trotzdem ging gleich darauf ein großer Teil wieder in den Dienst. Aber diese Urtat des Mißverhaltens war schließlich nur die Folge einer Unterlassungsfünde der Ortsverwaltung. Sie hätte es nicht zum Streik kommen lassen dürfen. Sie hat allerdings in ihrer entscheidenden Versammlung erklärt, daß die Situation ungünstig sei und der Hauptvorstand die Genehmigung verleihe; aber wenn sie das wußte

und die Einsicht hatte, daß ein Erfolg nicht zu erwarten stand, wäre es doch besser gewesen, gegen den Willen der Mitglieder einen Streikabschluss zu verhindern. Es wurde jetzt den Mitgliedern empfohlen, möglichst zuzubeden, daß alle wieder in den Betrieb kommen. Es sieht aber zu befürchten, daß circa 70-100 Mann auf der Strecke bleiben. Die Straßenbahn, welche seit Dienstag nur bis abends 8 Uhr fuhr, wird spätestens Sonnabend den Betrieb in vollem Umfang wieder aufnehmen.

Ausland.

Eine internationale Kartellkommission der Bauunternehmer tagte dieser Tage in Wien. Vertreten waren die „Arbeitgeber“-verbände Oesterreichs, Deutschlands, Ungarns und der Schweiz. Die Einigkeit zur Abwehr unberechtigter Ansprüche der Arbeiterorganisationen war vollständig. Im Oktober ist internationale Bauarbeiterkongress in Rom, die Kartellkommission sitzt im März 1912 in Zürich.

Der Tarifkampf der Lithographen, Steindrucker und deren Hilfsarbeiter in Böhmen dauert bereits seit Anfang Dezember. Die tschechische separatistische Gehilfenorganisation „Lithografická Beseda“, Sig Prag, die dem internationalen Bund der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe nicht angehört, hat zwar mit den Unternehmern für das tschechische Gebiet einen Tarif abgeschlossen, aber bei den deutsch-böhmischen Gehilfen, die im Oesterreichischen Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe (Senefelderbund) organisiert sind, dauert der Streik fort. Ein großer Teil der Druckereibetriebe ist dadurch vollständig brotgelegt worden und ein sehr großer Teil laufender Aufträge sind für immer verloren, die Arbeiten werden teils in Buchdruck, teils im Ausland hergestellt.

Jetzt hat die Leitung des Oesterreichischen Gehilfenverbandes beschlossen, eine tariflose Zeit eintreten zu lassen und ihren Mitgliedern freigestellt, die Arbeit auf Grundlage der Arbeitsbedingungen des Prager Tarifes aufzunehmen, ohne aber daß dieser Tarif für sie Rechtskraft haben soll. Bei Eintritt der Arbeit soll aber jeder Gehilfe sowie auch das Hilfspersonal eine Erhöhung des Wochenlohnes vereinbaren; bei den gelehrten Gehilfen soll die Zulage mindestens 2 Kronen wöchentlich betragen. Ferner soll die Zeit der Aussperrung in die frühere Konditionsdauer eingerechnet werden, damit die Gehilfen des Urlaubs nicht verlustig gehen. Streikarbeit für andere Betriebe sollen aber die wieder in Arbeit tretenden Gehilfen unter keinen Umständen machen.

Auf Grund dieser Bestimmungen wurde bereits in einigen Betrieben die Arbeit aufgenommen, während in jenen Firmen, die diese Bestimmungen nicht anerkennen wollen, der Kampf mit aller Schärfe weitergeführt werden soll.

Das veranlaßte den Verein der Steindruckerbesitzer von Böhmen, Mähren und Schlesien zu folgendem Beschluß, der an sämtliche Druckereibesitzer verandt wurde:

„Nachdem wir im Interesse der Solidarität nicht zulassen können, daß einzelne Betriebe von der Wiederaufnahme der Arbeit durch die Zentrale, bezw. Ortsgruppenleitung des „Senefelderbundes“ ausgeschlossen werden, hat die Kartellkommission einmütig nachstehenden Beschluß gefaßt: Wenn nicht bis längstens zum 15. Mai d. J. in sämtlichen dem Vereine der Steindruckerbesitzer in Böhmen, Mähren und Schlesien angehörenden Betrieben die Arbeit zum Beseda-Tarif angetreten wird, mühen jene Mitglieder des „Senefelderbundes“, welchen seitens desselben freigestellt wurde, unverbündelt auf Grund des mit der „Lithografická Beseda“ abgeschlossenen Tarifes die Arbeit aufzunehmen, wiederum gekündigt werden.“

Hierauf bezugnehmend fordert die Leitung des Gehilfenverbandes „Oesterreichischer Senefelderbund“ die Gehilfen auf, sich durch diese Drohung nicht irre machen zu lassen, sondern nur genau ihren Bedingungen zu folgen. Nur unter den oben skizzierten Bedingungen dürfe die Arbeit aufgenommen werden, und wenn die Steindruckerbesitzer ihre Drohung zur Tat werden lassen und eine abermalige Aussperrung versuchen würden, so würde der Oesterreichische Senefelderbund die Antwort nicht schuldig bleiben.

Der Maurerstreik in Madrid.

Aus Madrid wird uns vom 10. d. Mts. geschrieben: Bis jetzt haben nur drei Unternehmer die neuen Bedingungen der Maurer angenommen. Die Unternehmer suchen Arbeitswillige in den Provinzen und weigern sich, das Maurerhandwerk anzuerkennen. Sie wollen nur mit den Arbeitern persönlich verhandeln. Die Regierung hat erlaubt, daß der Untersekretär des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten als Rechtsbeistand die Sache der Unternehmer vertritt. Unter diesen Umständen hat das Maurerhandwerk einstimmig mit den anderen Gewerkschaften des Bauwesens beschlossen, in den Generalstreik einzutreten, sobald Zeit und Umstände hierfür günstig erscheinen. Alle anderen Gewerkschaften sollen verpflichtet sein, in der Weise zu helfen, die sie für geeignet erachten. Von allen spanischen Maurern wird wöchentlich ein außergewöhnlicher Beitrag von 1 Peseta erhoben.

Letzte Nachrichten.

Maderos Armee meutert.

Juarez, 13. Mai. (W. T. W.) Eine Empörung in Maderos Armee brach bei den Streitkräften Orozco aus. Orozco übernahm selbst die Führung. Madero wurde für verhaftet erklärt. Die Forderung der Reuterer, daß das provisorische Kabinett zurücktrete, wurde angenommen. Zwei Stunden lang drohte eine völlige Auflösung der Armee in Juarez und heute vormittag war große Aufregung im Hauptquartier Maderos bemerkbar. General Orozco und andere verhandelten lebhaft mit Madero. Es wird gemeldet, die Rebellen verlangten das Leben Navarro, welcher bei vielen Auffständigen wegen angeblicher Grausamkeiten in früheren Schlachten verhaßt ist. Außerdem wurde Madero um Geld und Nahrungsmittel für die völlig verhungerten Soldaten angegangen. Madero war nicht imstande, die Forderungen sofort zu erfüllen. Die Sache wurde aber später beigelegt, da Madero versprach, den dringendsten Bedürfnissen der Soldaten abzuhelfen.

Von der Höhe unserer Kultur.

Wahreuth, 13. Mai 1911. Das oberfränkische Schwurgericht verurteilte den Schmiedehauer Dremel aus Lauf wegen Raubmordes, den er am 31. Mai 1910 an den Mühlenbesitzer Neubauer in Rodenkirchen verübte hatte, zum Tode.

12 Bergarbeiter verunglückt.

Monst (Belgien), 13. Mai. (W. T. W.) Auf einer Grube in Henu bei St. Ghislain sind 12 Bergleute mit einem Förderkorb verunglückt und zum Teil schwer verletzt worden.

Straßenbahnerstreik in Südwesafrika.

Johannesburg, 13. Mai. (W. T. W.) Infolge des Straßenbahnerstreikes sind große Vorsichtsmaßregeln getroffen worden, insbesondere mit Rücksicht auf die Bergarbeiter, die Sonnabend nachmittags von den Goldfeldern hereinströmen und von denen die Ausständigen Unterstützung erwarten. Die Ausständigen versuchten, die Kraftstation heute vormittag zu stürmen, wurden aber von einem Polizeikordon abgehalten, bis Verstärkungen eintrafen. Die Polizei geriet hierauf die Ausständigen und nahm einige Verhaftungen vor.

Eine weitere Meldung derselben Quelle besagt: Die Ausständigen machten am Nachmittag einen zweiten Versuch, die Kraftstation zu überfallen, wurden aber von der Polizei, die von ihnen mit Steinen und anderen Gegenständen beworfen wurde, zerstreut. Es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Das Stadtgefängnis ist überfüllt. Eine Anzahl Gefangene wurde nach dem Fort gebracht. Die Behörden haben eine Belanntmachung erlassen, in welcher Versammlungen unter freiem Himmel bei Strafe verboten werden.

Reichstag.

174. Sitzung, Sonnabend, den 13. Mai, vormittags 10 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Delbrück.

Die zweite Beratung der

Reichsversicherungsordnung

wird fortgesetzt bei § 343, der bestimmt, daß bei den Landkranken-

lassen die Vertretung des Gemeindeverbandes des Vor-

sitzenden und die anderen Mitglieder des Vorstandes wählt; die

oberste Verwaltungsbehörde kann bestimmen, daß der Vorsitzende

und die anderen Mitglieder des Vorstandes gewählt werden wie die

Vertreter im Ausschuss (§ 340, Abs. 1 und 2).

Verbunden wird die Diskussion mit der über § 349, worin be-

stimmt wird, daß die Vertreter der beteiligten Arbeitgeber und der

bei der Klasse Versicherten je aus deren Mitte zu wählen sind; die

Landesregierung kann, wo keine selbständigen Gutsbezirke und

Gemarkungen oder auswärtsliche Bezirke vorhanden sind, das Wahl-

recht den Vertretungen der einzelnen Gemeinden an Stelle der des

Gemeindeverbandes übertragen; durch Landesgesetz kann angeordnet

werden, daß zum Vorstand und Ausschuss bei der Ortskrankenkasse

gewählt wird.

Seitens der Sozialdemokraten, der Volkspartei

und der Polen liegen die Anträge vor, beide Paragraphen zu

streichen; im Falle der Ablehnung der Streichung des § 343 be-

antragen die Polen, dem Ausschuss an Stelle der Vertretung des Ge-

meindeverbandes die Wahl des Vorsitzenden und der anderen Mit-

glieder des Vorstandes zu übertragen.

Abg. Hegger (Sp.) wendet sich gegen die in den §§ 343 und 349

politisch ausgeschaltet werden. Natürlich muß man den Leuten bei

den Wahlen sagen, um was es sich handelt, dann könnten auch

Leute gewählt werden, die eine unabhängige Meinung haben, und

da fürchten Sie den Ausbau der Klassen und deshalb wollen Sie

den Arbeitern das Wahlrecht nicht geben. (Sehr wahr! bei den

Sozialdemokraten.) Die Landkrankenassen haben auch Vertreter

zum Versicherungsamt und zum Oberversicherungsamt zu wählen

und deshalb stellt der § 343 einen

nackten Wahlrechtsraub

dar. Das mag dem Interesse der Konservativen entsprechen, aber

das Zentrum und die Nationalliberalen sollten sich doch überlegen,

ob sie den Konservativen hierbei Helfershelferdienste leisten. (Sehr

wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sollten Sie den § 343 nicht

streichen, so wäre das nichts weiter, als ein Verleumdungsurteil

gegen die Volksvertretung, die Sie so vielfach schon geäußert haben,

es wäre nichts, als ein neuer Akt politischer Heuchelei.

(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Graf Schwerin: Der Ausdruck politische Heuchelei,

den Antragstellern gegenüber, ist unzulässig.

Geheimrat Spielhagen: Gegenüber Herrn Hegger bemerke ich,

daß mit der Vertretung des Gemeindeverbandes nicht die

repräsentative, sondern die verwaltende gemeint ist; es handelt sich

also nicht um den Kreisauschuss, sondern um den Kreisrat.

Die Landarbeiter sollen kein Wahlrecht haben, weil man Angst

vor der Sozialdemokratie hat.

Darum stellt sich Herr Arnstadt hier hin und sagt: wir wissen

besser, was den Landarbeitern frommt, als sie selbst (Große Heiter-

keit bei den Sozialdemokraten), darum wollen wir für sie wählen.

Das sagt derselbe Herr Arnstadt, der seine Rede mit der Erklärung

anfang, er sehe die Landarbeiter nicht als Staatsbürger zweiter

Klasse an. O, wir kennen die Sorge der Konservativen für die

Landarbeiter! Die Schulzälle wurden mit der Notwendigkeit

begründet, die Landarbeiterlöhne zu erhöhen; statt zu steigen, sind

aber die Landarbeiterlöhne gesunken, wie Herr

v. Camp in der Kommission selbst zugestanden hat! (Lebhaftes

Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und jetzt fertigt man die

Landarbeiter mit ein paar Wetzelfenigen ab und verbündet

sie daran, ihre eigenen Angelegenheiten zu verwalten. Diese Para-

graphen sind wieder einmal bezeichnend für den

Geist der Unchristlichkeit,

der das ganze Gesetz durchzieht. Die Arbeitervertreter in den Land-

krankenassen werden von den Unternehmern gewählt — denn nur

solche sitzen in den Kreisräten und Kreisauschüssen — und diese

von Arbeitgebern gewählten Arbeiter wählen dann die Arbeiter-

vertreter in den Versicherungs- und Oberversicherungsämtern und

im Reichsversicherungsamt. Und diese Leute, deren Wahl

im letzter Instanz auf Arbeitgeberwahl zurückgeht, sollen

Abg. Stücken (Soz.):

Die Landkrankenassen in der beschlossenen Form sind an sich

schon ein

Sohn auf eine Krankenversicherung.

Sie stellen sich als eine Art schlechter Armenpflege dar.

Man will den Landarbeitern eine Wohltat bieten, aber keinen Ein-

fluß einräumen; der § 343 ist ein Ausnahmegesetz gegen

die Landarbeiter in des Wortes allerbesten Bedeutung; drei

Millionen deutscher Staatsbürger wollen sie die Möglichkeit

nehmen zu einer Institution zu wählen, an der sie wesentlich beteiligt

sind. Es kommen Landarbeiter, Dienstboten und auch

Heimarbeiter in Frage. In der Begründung findet sich der

Satz: „die ländlichen Arbeiter sind vielfach mit der Aus-

übung der Selbstverwaltung nicht vertraut.“

Wisher hatten die Landarbeiter keine Gelegenheit zur Selbstverwaltung, wie kann

man da diese Behauptung aufstellen. Wenn es aber auch so wäre,

Abg. Arnstadt (L.): Die eben gehörte Erklärung des Regierungs-

vertreters erlirigt längere Ausführungen. Aus rein praktischen

Gründen ist es unmöglich, den ländlichen Versicherten das Wahlrecht

zu geben. Sie würden es nur in einer beschränkten Anzahl von

Fällen ausüben können. Es liegt in der Natur des land-

wirtschaftlichen Betriebes, daß die Dienstboten und Ar-

beiter zu diesen Wahlen nicht abkommen können. (Lachen

links.) Die landwirtschaftlichen Arbeiter legen auch wenig

Wert auf dieses Wahlrecht. (Widerpruch links.) Ich kann

nicht anerkennen, Herr Hegger, daß Sie der richtige Vertreter der

landwirtschaftlichen Interessen sind. Wir vertreten sie mindestens

ebenbürtig. (Widerpruch rechts.) Die Landwirtschaft muß für die soziale

Verticherung erhebliche Opfer bringen und sie vermag die Kosten

nicht, wie die Industrie, auf die Konsumenten abzuwälzen. Sie hat

kein Mitbestimmungsrecht bei der Kreisbildung. (Sehr richtig!

Abg. Lehmann-Wiesbaden (Soz.):

Das Zentrum, die stärkste Partei, schweigt sich aus, obwohl die

Abgg. Rulerst und Korfanz das Zentrum geradezu mit auf-

gehobenen Händen gebeten haben, diese Entziehung der Land-

arbeiter nicht mitzumachen.

Das Zentrum schweigt,

weil es eben durch Reden seine Lage nur verschlechtern kann, denn

Gründe für diese Ausnahmestimmungen kann es nicht angeben.

Ebenso schweigen die Nationalliberalen und die Wirt-

schaftliche Vereinigung. Daß es Gründe nicht

gibt, sah man an Herrn Arnstadt, der ja ein Bild

vollkommener Hilflosigkeit bot. Sie tun sich auf die

Witwen- und Waisenversicherung so viel zu gute; aber Sie sind

bereit, sie vollständig fallen und das Gesetz scheitern zu lassen,

wenn die Landarbeiter das Wahlrecht erhalten. (Hört! hört! bei

den Sozialdemokraten.) Die Landarbeiter würden nämlich sehr bald

lernen, von dem Wahlrecht Gebrauch zu machen, und dann würden

die Krankenassen ausgebaut werden; das aber wollen Sie nicht.

Sie wollen den Landarbeiter auf möglichst niedriger Stufe halten.

Und dann beklagen Sie sich über die Landflucht! Wie können Sie

sich über die Landflucht wundern, da die Landarbeiter

Statistik

sein, die nie den Mut haben werden, gegen die Vertreter der

Arbeitgeber aufzutreten. (Sehr wahr! bei den Sozial-

demokraten.) Nach dem Vorschlage des Landrats werden die

Vertreter einfach ernannt werden. Welches Verständnis

kann man bei vorwiegend agrarischen Körperlichkeiten wohl

für die Lage der Arbeiter voraussetzen. In einigen Teilen Deutsch-

Abg. Hoch (Soz.):

Ganz abgesehen von der prinzipiellen Bedeutung der ganzen

Frage muß ich darauf hinweisen, daß aus der Fassung nicht un-

zweifelhaft hervorgeht, ob Kreisauschuss oder Kreisrat als Ver-

tretung des Gemeindeverbandes im Sinne des Gesetzes auf-

zufassen sind. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Bausold (Soz.):

Diese Bestimmung ist eine schwache Entziehung

der Kleinrentenbetreibenden.

Vizepräsident Dr. Spahn: Wegen dieser Äußerung rufe ich Sie

zur Ordnung.

Abg. Bausold (fortfahrend):

Die Bestimmung gibt den Großindustriellen das Uebergewicht

über die kleinen Handwerksmeister. Was haben denn die Groß-

vertreten in den Knappschaftskassen an der Tagesordnung, ein Terrorismus herrscht dort, gegen den alles, was etwa wirklich bei Krankenlosen vorgekommen sein könnte, das reine Kinderpiel ist. Auch christliche Arbeiter sind von solchen Maßregelungen betroffen. Deshalb sollte Herr Becker mit uns dafür sorgen, daß durch Streichung des § 338 diesem Terrorismus vorgebeugt wird. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt. § 334 bestimmt, daß bei Junngskrankenkassen die Junng der Vorsitzenden bestimmt.

Abg. Schmidt-Berlin (Soz.):

Auch in der Junngskrankenkasse müssen die Versicherten zwei Drittel der Beiträge zahlen, und doch soll der Vorsitzende gewählt werden, ohne daß sie auch nur gefragt werden. Man sieht hier wieder, wie einseitig dieses Gesetz die Interessen der Unternehmer wahrnimmt und die der Arbeiter beiseite stellt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir beantragen, den § 334 zu streichen.

§ 334 wird angenommen. Ein Antrag Albrecht (Soz.) will einen § 354a einschließen: „Einem Arbeitervertreter im Ausschuss oder Vorstand einer Betriebskrankenkasse kann zu einem früheren Zeitpunkt als zum Ablauf seiner Wahlperiode das Arbeitsverhältnis durch den Arbeitgeber nur aus einem wichtigen Grunde gelündigt werden.“

Abg. Fimmel (Soz.):

Ich habe schon früher eine ganze Zahl von Fällen angeführt, in denen Arbeitervertreter entlassen wurden, weil sie in der Betriebskrankenkasse mit dem Vorsitzenden kollidierten. Dem Versuch, dagegen die Arbeiter zu schützen, mißte der Reichstag ohne weiteres zustimmen, der für seine eigenen Mitglieder sogar die Immunität für notwendig hält. Als wir in der Kommission denselben Antrag stellten, antwortete ein Vertreter der Regierung, die Versicherten brauchen ja eine Wahl nicht anzunehmen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es können also nur

Kreaturen des Unternehmers

es wagen, die Wahl anzunehmen. Das aber ist keine Vertretung der Arbeiter. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Man sagt zwar, an einer anderen Stelle des Gesetzes steht, kein Arbeiter dürfe wegen seiner ehrenamtlichen Tätigkeit geschädigt werden. Aber das reicht nicht aus, es wird natürlich kein Unternehmer den wirklichen Grund der Entlassung angeben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Posthoff (Sp.) tritt ebenfalls für den Antrag ein und weist darauf hin, daß sogar das preussische Berggesetz eine ähnliche Bestimmung zum Schutz der Sicherheitsmänner vorsehe.

Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt. Ein weiterer Antrag Albrecht und Genossen (Soz.) will einen § 335a einfügen: „Der Vorstand ist verpflichtet, den Gewerbeaufsichtsbeamten auf Verlangen Auskunft über Zahl und Art der Erkrankungen zu erteilen.“

Hierzu beantragen die Abgg. Schulz und Genossen, hinzuzufügen: „Die oberste Verwaltungsbehörde kann hierüber näheres bestimmen.“

Abg. Severing (Soz.):

Wer Krankheiten verüben will, muß vor allem für eine gute Statistik der Krankheiten sorgen, namentlich der Berufskrankheiten. An keiner Stelle der Reichsversicherungsordnung ist aber über die Statistik etwas enthalten. Unser Antrag stellt einen beschließenden Versuch dazu dar. Seine Annahme ist umso notwendiger, als im § 414 den Krankenvorständen das Recht gegeben ist, für einzelne besonders gefährdete Berufsarten die Beitragsstelle des Arbeitgebers zu erhöhen. Auch dem Eventualantrag des Abg. Schulz werden wir zustimmen.

Abg. Schickert (L.) erklärt sich ebenfalls für den Antrag. Der Antrag Albrecht mit dem Antrag Schulz wird angenommen.

§ 338 gibt dem Ausschuss das Recht, über alles zu beschließen, was nicht dem Vorstand besonders zugewiesen ist; unter dem dem Ausschuss vorbehaltenen Dingen wird unter anderen genannt: die Satzung zu ändern und die Kasse aufzulösen oder mit anderen Krankenkassen zu vereinigen. Die Beschlüsse zu diesen beiden Punkten bedürfen der Mehrheit sowohl der Arbeitgeber wie der Versicherten.

Abg. Kunze (Soz.):

Den letzten Satz beantragen wir zu streichen. Gegen die Verfügung des Ausschusses an sich haben wir nichts einzusetzen. Aber durch die getrennte Abstimmung soll der Einfluß der Arbeiter wieder herabgedrückt werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt.

§ 372 erklärt es „nach Bestimmung der obersten Verwaltungsbehörde“ für zulässig, Kassemittel für den Besuch von Versammlungen zu verwenden, die den gesetzlichen Zwecken der Krankenversicherung dienen sollen.

Abg. Böhner (Soz.):

Wir beantragen, die Worte „nach Bestimmung der obersten Verwaltungsbehörde“ zu streichen. Wir meinen, es braucht nicht erst die oberste Verwaltungsbehörde zuzustimmen, wenn zum Beispiel Flugblätter oder Broschüren von Ärzten, die im Interesse der Versicherten liegen, in einer Versammlung verteilt werden. Der Vorstand wird durch diese Bestimmung zu einem Spielball der obersten Verwaltungsbehörde herabgedrückt, wir wollen ihn aber nicht unter Kuratel stellen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wenn Kongresse stattfinden, die von allen Krankenkassen besucht werden, auch von den Betriebs- und Junngskrankenkassen, Kongresse, auf denen auch ärztliche und verwaltungsmäßige Referate gehalten werden, hat die Verwaltungsbehörde zuweilen die Bezahlung der Delegationskosten aus Kassemitteln verweigert. In anderen Fällen hat die Verwaltungsbürokratie unseren Wünschen zugestimmt. Wir wollen aber nicht mit zweierlei Maß gemessen werden und verlangen daher die Streichung jener Worte. Die Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben sich gemeinsam an diesen Kongressen beteiligt; einnehmer waren sie von der deutschen Zentrale des Krankenkassenwesens, von meinen Freunden Simanowski und Fräyhof, die Bedeutendes für die Invaliden- und Krankenversicherung geschaffen haben. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Jenen Leuten haben wir es zu verdanken, daß die Lungenheilstätten geschaffen wurden, sie waren die treibende Kraft. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auf dem letzten Kongress im Jahre 1909 hatte ein Arbeitervertreter ein Referat übernommen, Herr Giesberts, und allem, was er dort gesagt hat, kann jeder meiner Parteifreunde zustimmen. Er führte aus: „Wir müssen mit aller Entschiedenheit versuchen, den Arbeitereinfluß in der Verwaltung dieser Versicherungsanstalten zu verstärken. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Man sagt, es liege die Gefahr vor, die Beamten werden ihre Stellungen zu politischen Zwecken mißbrauchen. Wer das behauptet, hat die Verpflichtung, es zu beweisen.“ (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das sagt der Herr Giesberts, aber niemand hat hier einen Beweis auch nur versucht. Was Graf Westarp vorgebracht hat, hat keine geflierte Leichtigkeit als nicht der Wahrheit entsprechend gerückt. Weiter sagte Giesberts: „Ich habe bereits offen im Reichstag erklärt, wenn man beschließt, daß die Krankenkassen zu politischen Zwecken benutzt werden, so lege man das Material im Reichstag nieder.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wo ist das Material? Hier hat Herr Giesberts geschwiegen und ebenso das Zentrum, bis auf Herrn Becker, dessen Material ebenfalls nichts wert war. Ich habe bis zu meinem 40. Lebensjahre am Schraubstock gestanden, ich habe mich 20 Jahre lang um die Krankenkassen gekümmert; wir haben versucht, im Interesse der Versicherten als Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen zu arbeiten und waren und sind es einig. Meinungsverschiedenheiten traten natürlich zuweilen auf und mußten beseitigt werden, aber Meinungsverschiedenheiten aus politischen Gründen gab es nie. Seit 1884 hatten wir einen Vorsitzenden in der Krankenkasse,

der politisch Herrn Heinze nahe stand. Aber diesen Raub der Selbstverwaltung hätte er nie mitgemacht. Als der Erlaß des Reg.-Rats Hoffmann erlief, sagte unser Vorsitzender: „Sie können sich darauf verlassen, daß ich bis zu meiner letzten Stunde kämpfen werde, um das Selbstverwaltungsrecht zu erhalten.“ Wir haben diesen Mann, unseren politischen Gegner, bis zu seinem Tode als ersten Vorsitzenden belassen. Einen schlimmeren Verrat als mit der Vernichtung der Selbstverwaltung konnten die Arbeitervertreter im Zentrum nicht begehen.

Vizepräsident Schulz rügt den Ausdruck „Verrat“.

Abg. Böhner (fortfahrend):

Was Sie hier beschließen haben, wird weit hinaus getragen werden ins Land, und jene Landarbeiter, die Sie in so schöner Weise entrechteten, werden auch zur Erkenntnis ihrer Klassenlage kommen.

Vizepräsident Schulz: Der Ausdruck „in schöner Weise“ ist gegenüber den Beschlüssen des Reichstages nicht zu gebrauchen.

Abg. Böhner:

Aus allen diesen Gründen fordern wir die Annahme unseres Antrages, wir wünschen nicht, daß die Beschlüsse solcher Versammlungen nach Willkür und Laune einer Verwaltungsbehörde verboten werden kann. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt.

Beim Abschnitt „Verhältnis zu den Ärzten, Zahnärzten, Krankenhäusern und Apothekern“ wird eine Diskussion über die Paragraphen, die das Verhältnis zu den Ärzten betreffen, eröffnet.

Abg. Koch (Soz.):

Die wichtigste Bestimmung der Regierungsvorlage in Bezug auf die Ärzte war, daß ein förmliches Schiedsverfahren eingerichtet werden sollte. Das besondere Vorrecht der ärztlichen Organisation muß in Wegfall kommen; aber die Vorschläge des Entwurfs waren durchaus ungenügend. Aus den verschiedenen Debatten, die über diese Frage hier im Hause stattgefunden haben, ging hervor, daß Sie alle, wie sehr auch die Meinungen im einzelnen auseinandergingen, doch darin einig waren, daß der jetzige Zustand unhaltbar ist. Es handelt sich darum, gewisse Vorrechte der ärztlichen Organisationen zu beseitigen. Die Kassenvorstände sagten, wir können den ärztlichen Vereinen gegenüber nicht aufkommen, weil ihre Organisationen staatliche Machtfugnisse haben. Unsere Freunde haben stets scharf betont, daß wir die Koalitionsfreiheit der Ärzte voll anerkennen und nicht einschränken wollen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber staatliche Machtfugnisse dürfen die Vereine nicht haben. Die Herren haben nun durch ihre Regelung die Schwierigkeit von den Kassenvorstellungen genommen und auf die Schultern der Versicherten geladen. Wenn die Ärzte erklären, wir behandeln euch nicht (Zuruf aus der Volkspartei) ... Nun wohl, Herr Kollege, wenn Sie erklären: wir behandeln euch, wo haben wir denn dann die Garantie, daß die Arbeiter zur Bezahlung dieser ärztlichen Behandlung mit ihrem Krankengeld auskommen? Ein gewöhnlicher Arzt wird bei einem schwer erkrankten Kassemittglied doch so viele Besuche machen, als er für nötig hält, ohne Rücksicht darauf, ob das Krankengeld ausreicht. Wie die Ärzte über die neuen Bestimmungen denken, wonach das Oberversicherungsamt bestimmen soll, wie im Falle der Verweigerung ärztlicher Hilfe für die Kassen der Beweis der Arbeitsunfähigkeit anders als durch ärztliche Zeugnis zu erbringen ist, zeigt ein Artikel im ärztlichen Vereinsblatt. Darin schreibt ein Arzt: „Ich würde nicht, was mich als Arzt veranlassen könnte, solche Krankheitsbescheinigung gegen gute, gleich bare Bezahlung nicht auszustellen. Mit Vergnügen werden die Ärzte dazu bereit sein. Wir werden die Krankenkassennutzer, die mit der Verlesung versehen zu uns kommen, besonders freundlich und sorgfältig behandeln, denn bei ihnen ist der Zustand der Privatpraxis wieder hergestellt, wie er vor dem Erlaß des Krankenversicherungsgesetzes gewesen ist und von allen als Ideal vorsteht. Dann drängt sich keine Kasse mehr zwischen Arzt und Patienten. Man soll ja nicht prophezeien; aber das glaube ich voraussetzen zu dürfen: wenn eine Krankenkasse sich vom Oberversicherungsamt das Recht der Vereinfachung verschaffen zu lassen den lächerlichen Mut hat, dann wird sie einen Denkartel erhalten, den sie lobend nicht vergißt. (Hört! hört!) Ob sie später, wenn ihr vor lauter Vereinfachung — die Ärzte haben dann gar kein Interesse mehr an der Kasse — (Hört! hört!) der Atem ausgegangen ist, den Ärzten gegenüber in einer besonders angenehmen Lage sein wird, ist sehr zu bezweifeln. Ob dann, wenn sie wieder einen Vertrag mit Krankenkassen haben muß, die Ärzte noch einmal so gutmütig sind, sich darauf einzulassen, ist nicht anzunehmen. Die ganze Bestimmung wird nicht nur ein Schlag ins Wasser sein, sie wird auch die Position der Ärzte stärken. Die Ärzte werden schon dafür zu sorgen wissen, daß die Beiträge nicht in die un-rechte Recke kommen.“ (Hört! hört! bei den Soz.) Wir betrachten diese Bestimmung für völlig nutzlos als vereinzelte Bestimmung. Jedenfalls wird durch sie die Stellung der Krankenkassen zu den Ärzten nicht erleichtert. Vor allem zeigt sich wieder der

Zug zur ungläubigen Bevormundung der Krankenkassen,

der durch die ganzen Kommissionsverhandlungen gegangen ist. Den Krankenkassen wird die Möglichkeit, sich durch ein höheres Gericht abzulösen, nicht bedingungslos gegeben, sondern sie werden darin von der Genehmigung des Oberversicherungsamts abhängig gemacht. Dieses Amt entscheidet, was als angemessen zu betrachten ist. Dabei haben wir bis jetzt doch nur die traurigsten Erfahrungen mit den Eingriffen der Behörden in das Verhältnis zwischen Krankenkassen und Ärzten gemacht. Auf welchem Standpunkt man auch in der Arztfrage stehen mag, auf jeden Fall steht fest, daß die Behörden sich als unfähig erwiesen haben, etwas zu leisten. Entweder griffen sie zu früh oder zu spät ein, nie aber hatten sie eine glückliche Hand. Auf die Frage der freien Arztwahl gehe ich hier nicht ein. Wir haben immer betont, daß es für uns keine Prioritätfrage ist. Die Frage, wie der ärztliche Dienst organisiert werden soll, muß von Fall zu Fall und für jede Kasse entschieden werden. Jedenfalls hängt die Frage aber sehr eng zusammen mit der Frage der Selbstverwaltung. Wird die Selbstverwaltung der Versicherten so beschränkt, wie es jetzt geschieht, dann ist die freie Arztwahl nach meiner Auffassung unentbehrlich. Sowie Sie das Selbstverwaltungsrecht kürzen, zwingen Sie die Arbeiter, den Kampf für die freie Arztwahl aufzunehmen. Auf der einen Seite führen Sie die Kassen zum Bankrott, auf der anderen Seite treiben Sie die Versicherten mit den Ärzten zusammen zu dem Kampf für die freie Arztwahl. Sie werden sehen, welche Früchte das trägt. In dem System der Entrechtung der Arbeiterschaft und der Vernichtung der Krankenfürsorge passen die Bestimmungen über die Ärzte, die Sie getroffen haben. Wo es galt, die Arbeiter zu entrechteten, da waren Sie am Platze, aber den Konflikt mit den Ärzten auszuweichen, hatten Sie nicht den Mut. Uns soll es gleich sein, wie beschränkt und deshalb mit unseren Anträgen nur darauf, unnötige Unvollkommenheiten zu beseitigen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Kostantj (Pole): Die Zwangsorganisation der Versicherung hat es diesen Ärzten unmöglich gemacht, ihr Brot zu verdienen. In bestimmten Landesteilen werden aus nationalen Rücksichten eine Anzahl Ärzte zum Schaden der Versicherten von der Behandlung ausgeschlossen. So sind in Oberschlesien die polnischen Ärzte von einer Tätigkeit in den Krankenkassen vollständig ausgeschlossen. Kranke, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, werden gezwungen, zu Ärzten zu gehen, die kein Polnisch verstehen. Das Eintreten der Sozialdemokratie gegen die freie Arztwahl ist arbeitserföndlich. Sie nehmen nur Rücksicht auf die Kassen, für die Arbeiter paßt nur das System der freien Arztwahl. Das Kassemittelverhältnis läßt sich nicht verteidigen; die Arbeiter sollen nur zu dem Arzt gehen, zu dem sie Vertrauen haben. Sie aber wollen, daß sie zu bestimmten Ärzten gehen, die im Interesse der Kasse billig arbeiten.

Die Diskussion schließt.

Die §§ 378 bis 380 werden unter Ablehnung aller Änderungsanträge in der Kommissionsfassung angenommen. Als 381a beantragen die Sozialdemokraten einzufügen: „Die Krankenhäuser dürfen die Aufnahme von Kassepazienten nur aus einem wichtigen Grunde ablehnen. Ein Streit der Kasse mit Ärzten wegen Regelung des ärztlichen Dienstes gilt nicht als wichtiger Grund.“

Abg. Binder (Soz.):

Daß die Aufnahme in die Krankenhäuser nicht aus unwichtigen oder gar aus wichtigen Gründen verweigert werden darf, ist nicht bloß ein Gebot der Menschlichkeit, sondern liegt auch im finanziellen Interesse, und zwar nicht bloß der Krankenkassen, sondern auch der Unfall- und Invalidenversicherung. Durch die Zurückweisung werden oftmals leichte Krankheiten verschlimmert und führen zu dauerndem Siechtum. Selbst im Kriege fragt man nicht nach Freund und Feind, und da kann doch wohl verlangt werden, daß im Frieden nicht leichtfertige Zurückweisungen von Patienten vorkommen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt. § 385 lautet in der Kommissionsfassung: „Die Satzung kann den Vorstand der Kasse ermächtigen, wegen Lieferung der Arznei mit einzelnen Apothekern oder -verwaltern oder, soweit es sich um die freigegebenen Arzneimittel handelt, auch mit einzelnen anderen Arzneimittelhändlern Vorzugsbedingungen zu vereinbaren. Alle Apothekenbesitzer oder -verwalter im Bereiche der Kasse können solchen Vereinbarungen beitreten. Der Vorstand kann dann, von besonderen Fällen abgesehen, die Bezahlung der von anderer Seite gelieferten Arznei ablehnen.“

Ein Antrag der Kompromißpartei beantragt eine andere Fassung, dahingehend, daß die Vereinbarungen nur mit Apotheken innerhalb des Kassembereichs zu treffen sind, darüber hinaus nur mit Genehmigung des Versicherungsamts.

Abg. Schickert (konf.) begründet diesen Antrag.

Abg. West (Soz.):

Wir beantragen, aus dem § 385 den Satz zu streichen, der bestimmt, daß alle Apothekenbesitzer im Bereiche der Kasse den Vereinbarungen beitreten können. Wir haben gar keine Veranlassung, die

Neigung zur Ring- und Trustbildung

zu verstärken, die in Apothekerkreisen sowieso schon stark genug ist. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wenn gesagt worden ist, es gebe auch arme Apotheker, so mag das in Ausnahmefällen zutreffen, aber im allgemeinen hat der Apothekerberuf nicht gerade unter der Ungunst der Zeiten zu leiden. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Im Gegenteil. Durch die Versicherungsgesetzgebung ist das Einkommen der Apotheker gesteigert und namentlich gesichert worden. Die Landarbeiterversicherung bedeutet eine neue Einnahmequelle. Da liegt kein Grund vor, den Apothekern neue Zugeständnisse zu machen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Solche Zugeständnisse liegen aber im § 385, wie die Kommission ihn gefaßt hat, und mehr noch im letzten Absatz des § 389, der von der Preisermäßigung handelt, die die Apotheker den Kassen zu gewähren haben. Diesen dritten und letzten Absatz des § 389, den wir dringend zu streichen bitten, lautet in der Kommissionsfassung: „Beziehen die Berechtigten die Arzneimittel zu einem Preise, der die (von der höheren Verwaltungsbehörde getroffene) Festsetzung nicht übersteigt, aus einer Apotheke, so kann die höhere Verwaltungsbehörde anordnen, daß die Kasse die Bezahlung nicht deshalb ablehnen kann, weil sie mit Arzneimittelhändlern anderer Art niedrigere Preise vereinbart hat.“ Die Tendenz dieses Paragraphen ist die Vereinerung der Apotheker von unebeneren Konkurrenten. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Wir wissen, daß die Apotheker unter sich Verträge abgeschlossen haben, die durch immens hohe Konventionstrafen die Durchbrechung ihrer Monopolpreise verhindern sollen? O ja, man sollte diese Verträge und ihren Inhalt kennen. Wir haben in der Kommission darauf aufmerksam gemacht, wir haben die Verträge vorgelegt und wir haben uns auf nachdrücklich doch nicht sozialdemokratischer Bestimmung verdächtige Vertreter von Betriebskassen berufen können, die mit allem Nachdruck erklären: diese Monopolverträge schädigen (wider die Kassen, (Hört! hört! b. d. Soz.) Nicht alles nicht. Regierung und Mehrheit kümmern sich nur um die Beiträge der Krankenkassen. — Wir bitten um Annahme unserer Anträge. (Bravo! b. d. Soz.)

Die §§ 385 und 389 werden in der Fassung des Kompromißantrages angenommen, wonach das Haus die Weiterberatung auf Montag, 19 Uhr vertagt.

Schluß: 4 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

74. Sitzung, Sonnabend, den 13. Mai 1911, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Dallwitz.

Der Gesehentwurf, betr. die Erweiterung des Stadtkreises Oberfeld wird auf Antrag des Abg. v. Brandenkeim der verstärkten Gemeindef Kommission überwiesen.

Es folgt die zweite Lesung des Zweverbandsgesetzes für Groß-Berlin.

Berichterstatter Abg. Dr. v. Kries (L.) betont, der Regierungsentwurf sei mannigfach verändert worden, aber nicht in seinen wesentlichen Grundgedanken. Das Verbandsgebiet sei unverändert geblieben, auch die Stadt Spandau sei eingeschlossen. Die Frage des Ausgleichs der Schullasten werde am besten nicht in der zweiten, sondern erst am Schluß der dritten Lesung erörtert.

Auf Antrag des Abg. Frhr. v. Hedlich (L.) wird die Frage des Ausgleichs der Schullasten zunächst ausgeschlossen. — Bei § 1 tritt

Abg. Cassel (Sp.) das Gesetz ausführlich. Das Verbandsgebiet sei willkürlich; durch die Wahl von Verbandsvertretern aus dem Kreisstadt wird die Bureokratie hier mit hereingezogen, sogar der Regierungspräsident, dem Berlin gar nicht untersteht. Der sozialdemokratische Antrag auf Hebung der Schul-, Armen-, Waisen-, Krankenpflege und der Steuerlasten sei unbrauchbar, ebenso die direkte Wahl der Verbandsvertreter. Wir werden trotz allen Bedenken dem Verband unvoreingenommen entgegen treten.

Abg. Frhr. v. Jellich (H.): Wenn die Ankündigung des Vorredners befolgt wird, dann wird der Zweverband auch gewiß ein Segen für Berlin werden. Die sozialdemokratischen Anträge hat schon Abg. Cassel mit aller Ausführlichkeit und Gründlichkeit totgeschlagen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten, Heiterkeit rechts.)

Minister des Innern v. Dallwitz: Den freikonservativen Antrag auf Ausschaltung von Spandau aus dem Verbandsgebiet bitte ich abzulehnen. Das Groß-Berliner Bahnhöf wird bald nach Spandau ausgedehnt werden, die Beziehungen zu dem räumlich bereits so anwachsenden Spandau werden sich immer enger gestalten. Die Möglichkeit der Einbeziehung des Kreises Osthavelland muß offen bleiben; jetzt ist seine industrielle Entwicklung noch nicht so weit vorgeschritten, dürfte es aber nach der schon in einem Jahre zu erwartenden Fertigstellung des Großschiffahrtsweges werden. Da dem Zweverband nur interkommunale Aufgaben überwiesen werden sollen, die einzelne Gemeinden nicht lösen können, ist der sozialdemokratische Antrag auf Hebung der Volkschulwesen abzulehnen. Er ist wohl aus der Ansicht sekundärer Ausgleichung entstanden. Man könnte auch nicht das Volksschul- von dem mittleren und höheren Schulwesen trennen. Armen-, Waisen- und Krankenpflege sind ebenfalls Angelegenheiten der Einzelgemeinden. Die Kreiskrankenhäuser und die der Vororte entsprechenden allen Anforderungen. Das Steuerwesen ist nur Mittel zum Zweck; seine Regelung den Gemeinden zu nehmen, bedeutet, ihre Selbstständigkeit vollständig zu untergraben. Die von den Konservativen (Antrag v. Brandenkeim)

geforderter Ueberweisung des Kleinwohnungsbaues an die Gemeinden statt an den Zweckverband, bitte ich abzulehnen. Die Gemeinden Groß-Berlins haben gewiß schon alle ihnen gehörenden Flächen bebaut, es handelt sich um eine interkommunale Aufgabe im familiären Interesse.

Abg. Dr. Reil (natl.): Wir stehen auf dem Boden der nach äußerster gründlicher Beratung gefassten Kommissionsbeschlüsse. Wir lehnen den konservativen Antrag ab, der dem Zweckverband die Fragen des Kleinwohnungsbaues wieder entziehen will. (Beifall links.) Die sozialdemokratischen Anträge gehen viel zu weit und würden die Selbstständigkeit der Gemeinden zu sehr beeinträchtigen.

Abg. Dr. Wuermeling (3.) wendet sich ebenfalls gegen die sozialdemokratischen, aber auch gegen den konservativen Antrag auf Ausschaltung der Wohnungsfrage. Die Vorgesandten des Professors Oberstadt in seinem geistigen Vortrage zeigten, wie selbst auf dem Rollendortplatz im Westen der glänzenden Vorderfront feuchtdunkle Höfe entspringen. Und wie steht es in den Hinterzimmern der Berliner Wohnungen, sogar der besseren aus! (Hört! hört!) Wir sind da arg im Interesse! Entsprechen solche Zustände deutscher Ehrlichkeit und deutschem Gemüt? (Hört! hört!) Bei dem Sozialdemokraten. Bewegung.) Wir wollen unser Volk wieder heimisch machen auf seiner Heimatscholle! Manche von den Groß-Berliner Gemeinden hat sich bei Festsetzung der Bebauungspläne höchst unsozial erwiesen und deshalb muß der Kleinwohnungsbau dem Zweckverband übertragen werden. Wir hoffen, daß der Antrag v. Brandenstein abgelehnt wird. (Beifall im Zentrum und links.)

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Wenn sich die Regierung entschlossen hat, dieses Gesetz vorzulegen, so hat sie es getan, nachdem ihr das Wasser an der Quelle stand, nachdem es absolut nicht mehr weiter geht, und sie hat in der Art, wie sie diese Angelegenheit geregelt hat, gezeigt, daß sie es mit dem größten Widerstreben getan hat und nicht um ein Haar weiter gehen wollte als es absolut notwendig war. Wie man angeht diese Sache die Genugtuung über diesen Entwurf aussprechen kann, ist mir unverständlich. Richtiger wäre es, den schärfsten Vorwurf gegen die Kurzsichtigkeit einer Staatsregierung zu erheben, die Jahrzehnte hindurch die Entwicklung Berlins in äußerst schädigender, den allgemeinen Interessen nachteiliger Weise gehindert hat und der Berliner Verwaltung in einer den kleinsten Motiven entsprungenen Abneigung alle möglichen Hindernisse in den Weg gelegt hat. Die Stadtverwaltung Berlin hat allerdings, was ich gern gebe, sich längere Zeit hindurch als überaus kurzfristig auch erwiesen. Uns trifft dabei kein Vorwurf, weil unsere Freunde vom Beginn ihrer Tätigkeit an alles daran gesetzt haben, um Remedur zu schaffen. Es ist in der Tat das Gesetz nur

ein Verlegenheitsprodukt.

Es schmeißt den Haß und das Mißtrauen gegen die Selbstverwaltung Berlins aus allen Poren aus. Es ist charakteristisch, wie man die Verwaltung dieses Zweckverbandes zu regeln sich bemüht. Zunächst einmal in der Form der Zusammensetzung der Verbandsversammlung, die von uns in keiner Weise gebilligt werden kann, die den Grundfragen der Selbstverwaltung aus schärfster ins Gesicht schlägt. Diese Zusammensetzung beruht nicht nur auf dem Dreiklassenwahlrecht, sondern es ist auf dieses Wahlsystem noch aufgepfropft worden ein anderes Wahlsystem, das in doppelter Weise die bürokratischen Gesichtspunkte in den Vordergrund stellt. Wie will man sich wundern angesichts des Hausbesitzerprivilegs, daß es mit unserer Wohnungspolitik so außerordentlich miserabel steht; das ist die natürliche Frucht dieser Wurzel. Das ist auch die Frucht jener Kreise, die ein Interesse daran haben, aus dem Boden ein Spekulationsobjekt zu machen. (Abg. Hoffmann (Soz.): Wie mit dem Tempelhof?) Ich meine, daß wahrhaftig hier keinerlei Veranlassung vorhanden ist, die Grundlage dieses Gesetzes zu billigen angesichts der Zusammensetzung der Verbandsversammlung. Wie ist denn im übrigen die Organisation! Der Verbandsversammlung wird noch die Beschlußbehörde Groß-Berlin aufgesetzt, die mit königlicher Genehmigung eingesehen ist. Dieser Institution stehen wir mit äußerstem Mißtrauen gegenüber.

Das Gebilde müßte im Ministärenkabinett ausgestellt werden.

Es besteht aus dem Oberpräsidenten, den Verwaltungsgerichtsdirektoren, den Bezirksausschüssen und schließlich aus 4-6 gewählten Mitgliedern. Wie man zu einer solchen Aufsichtsbehörde Vertrauen haben soll, ist mir unklar. Gegen die Entscheidung dieser Beschlußbehörde ist aber nun in der Regel die Beschwerde gegeben, die an einen Minister geht. Das ist doch genau das Gegenteil von einer verständigen Selbstverwaltung. Wenn überhaupt von einer Selbstverwaltung die Rede sein soll, dann kann es in gewissem Umfange nur der Fall sein bei der Verbandsversammlung. Nach oben hin verschlechtert sich das fortgesetzt durch immer größere Bürokratisierung. Als Spitze, die schließlich zu entscheiden hat und die eigentlich die beste Instanz sein müßte, ist die miserabelste Instanz eingesetzt, die man sich denken kann, nämlich einfach die bürokratische Gewalt des einen Ministers, der nun machen kann, was er will. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich verstehe nicht, wie man bei einer solchen absolutistischen Befugnis eines Ministers überhaupt noch von einer Selbstverwaltung zu sprechen die Kühnheit besitzt.

Was die

örtliche Ausdehnung des Verbandes

betrifft, so stimme ich dem Minister durchaus zu, wenn er die Notwendigkeit betonte, auch Spandau einzubeziehen. Er hat die freisinnigere Anschauungen entwickelt, als die Kreise der Spandauer Stadtverwaltung, die kleinliche Kirchturnspolitiker treiben wollen. Wenn der Abg. von Jedlich meinte, daß andere Orte von Osthavelland Berlin näher ständen als Spandau, so ist das Gegenteil davon richtig. Im Interesse der künftigen Entwicklung hätte man das Verbandsgebiet überhaupt weiter ausdehnen sollen, namentlich auf Potsdam, Osthavelland. Unser Antrag auf Ausdehnung der Kompetenzen des Verbandes, den Herr von Jedlich so totgeschlagen wählte, ist vom Minister einer ausführlichen Widerlegung für würdig erachtet worden. Das ist für uns ein Beweis, daß er keine Absurdität ist, sondern einer ernstlichen Erörterung bedarf. Der Abg. Cassel belämpfte ihn zwar, aber der Grundgedanke schien ihm doch sympathisch zu sein. Nun erscheint es zwar unlogisch, daß wir einerseits die Organisation des Verbandes belämpfen, ihm andererseits aber größere Befugnisse geben wollen. Unsere Anträge bilden aber eine Einheit und wir wollen ja auch den Zweckverband zu einem wirklichen Selbstverwaltungsorgan mit vernünftigen Wahlrecht machen. Wir stimmen eben nicht den Grundgedanken der Regierung zu, daß der Verband nur gerade die Aufgaben übernehmen soll, die von den einzelnen Gemeinden auf keinen Fall erledigt werden können, sondern wir wollen uns dem Ziel der Eingemeindung nähern, der einzig vernünftigen Lösung für die Groß-Berliner Verhältnisse. Eine

einheitliche Regelung des Volksschulwesens in Groß-Berlin

ist aber dringend nötig. Wir wollen dabei dem Verband Bewegungsfreiheit lassen, aber es könnte doch sehr wohl einheitlich die Einführung von Schulärzten, Schulbädern, die Gewährung von Lehrmitteln usw. für alle Verbandsgemeinden auch bei der jetzigen Organisationsform, vorgenommen werden. Wenn der Minister meinte, konsequenterweise müßten dann auch die höheren Schulen mit einbezogen werden, so haben wir nichts gegen die weitergehende Forderung einzuwenden. Im

Armen- und Krankenwesen

ist die einheitliche Regelung ebenso notwendig, denn die Lasten der einzelnen Gemeinden sind auf diesen Gebieten außerordentlich verschieden. Es haben sich durch die wirtschaftlichen Verhältnisse Arbeiterwohngebiete gebildet, die außerordentlich große Armeelasten zu tragen haben, während den Vorteil davon diejenigen Gemeinden haben, in denen die Arbeiter beschäftigt sind, aber nicht wohnen. Hier könnte der Zweckverband einen vernünftigen Ausgleich schaffen und es würden dadurch so lässliche Schullastprozeße vermieden werden, wie sie Berlin wiederholt durchzumachen gehabt hat. Im Krankenwesen ist die einheitliche Regelung durchaus notwendig, denn in vielen Gemeinden ist die Krankenfürsorge noch nicht ausreichend erfüllt. Die

einheitliche Regelung der Steuerfrage

wird zwar schwieriger sein, aber auch sie ist bei gutem Willen durchzuführen. Unsere weitergehenden Wünsche haben wir zurückgestellt. Ich resümiere mich dahin, daß wir diesem Gesetze seinem ganzen organisatorischen Charakter nach schroff ablehnend gegenüber stehen, daß wir an Sie noch einmal in letzter Stunde den Appell richten, den Verband auf diejenige rein demokratische Grundlage zu stellen, die notwendig ist, damit er getragen wird von dem Vertrauen der gesamten Bevölkerung und damit die Durchführung seiner ersten Aufgaben garantiert wird. (Beifall links.)

Abg. v. Brandenstein (kons.): Die sozialdemokratischen Anträge sind bereits von den Vorrednern totgeschlagen worden. Spandau wollen wir in den Verband einbezogen wissen, nicht aber Osthavelland. Eine Veränderung des Verbandsgebietes wünschen wir ebenso wie eine Erweiterung der Verbandszwecke nur im Wege der Gesetzgebung, nicht auf Antrag der Beteiligten. Das Kleinwohnungswesen gehört nicht in den Rahmen des gegenwärtigen Gesetzes, die Änderung des Standpunktes der Regierung in dieser Beziehung können wir nicht mitmachen.

Abg. Lüdicke (fl.): Unser Antrag ist durchaus konsequent. Spandau braucht nicht in den Zweckverband hinein, denn es hat von jeher alles selbst getan, was der Zweckverband tun soll. Die Spandauer Stadtverordneten haben sich mit Ausnahme der Sozialdemokraten einig gegen den Anschluß an den Zweckverband erklärt, darauf sollte man Rücksicht nehmen.

Abg. Pfahler (Sp.): Das Verbandsgebiet ist nach unserer Meinung falsch gebildet. Nach Westen ist der Zweckverband zu sehr begrenzt, nach Norden und Süden zu sehr ausgedehnt. Mit den vielen Landgemeinden, die mit der großstädtischen Entwicklung nichts gemein haben, binden wir den Zweckverband einen Stein ans Bein. Um so verständlicher ist es, daß die vor den Toren Berlins liegende Stadt Spandau nicht einbezogen werden soll. (Sehr laut b. d. Volkspartei.) Die Behandlung Berlins entspringt ja auch unserem ganzen Verfassungswesen. Ist doch in der Kommission sogar beantragt worden, daß 10 von den 100 Vertretern vom König ernannt werden sollen. (Hört! hört! links.) In anderen Ländern tut man alles, um den Glanz der Hauptstadt zu erhöhen, bei uns sieht man scheel auf Berlin. (Sehr laut b. d. Volkspartei.) Dem Antrag von Brandenstein auf Herausnahme des Kleinwohnungsbaues stimmen wir nicht zu. Im Gegensatz zum Abg. v. Jedlich fürchte ich, wir werden in der Wirk-

lichkeit vielleicht mehr Recht behalten, als heute zum Ausdruck gekommen ist. (Sehr richtig b. d. Volkspartei.)

Bei der Abstimmung werden sämtliche Änderungsanträge abgelehnt und der § 1 in der Kommissionsfassung angenommen. Als sich für den sozialdemokratischen Antrag nur die Sozialdemokraten erheben, natürlich lautes Ja nach rechts.

Die §§ 2 und 3 werden debattelos unverändert angenommen.

§ 4 handelt vom dem Erwerb, Bau und Betrieb von Bahnen durch den Verband.

Abg. Cassel (Sp.) begründet einen Antrag, gegen die Entscheidung der Beschlußbehörde über die Entschädigung der Beschwerden an die Minister der öffentlichen Arbeiten zuzulassen.

Minister v. Dallwitz: Nicht aus materiellen, sondern aus formalen Gründen haben wir Bedenken getragen, Bestimmungen über die Entschädigung der einzelnen Gemeinden für Uebernahme von Bahnen zu treffen.

Abg. v. Brandenstein (l.): Wir lehnen den fortschrittlichen Antrag ab, weil wir eine zivilrechtliche Auseinandersetzung über Streitigkeiten auf diesem Gebiet für eine Verschlechterung des Gesetzes halten.

Minister v. Dallwitz: Eine Unklarheit scheint mir im § 4 nicht vorhanden zu sein.

Abg. v. Jedlich (fl.): Die Ersetzung des Oberverwaltungsgerichts durch den ordentlichen Rechtsweg würde Verschlechterung des Gesetzes bedeuten.

Abg. Cassel (Sp.) begründet einen weiteren Antrag, daß statt der Klage beim Oberverwaltungsgericht der ordentliche Rechtsweg zulässig sein soll.

Abg. Dr. Wuermeling (3.): Wir werden für den ersten Antrag der Fortschrittlichen, können aber nicht für ihren zweiten stimmen.

Bei der Abstimmung wird der erste fortschrittliche Antrag angenommen, der zweite abgelehnt und so der § 4 angenommen.

§ 5 handelt vom dem Recht des Verbandes, Bebauungspläne für Teile des Verbandsgebietes zu entwerfen.

Abg. Dr. v. Aries (l.) begründet einen Antrag, den Absatz 3 zu streichen.

Ein Regierungskommissar wendet sich gegen diesen Antrag.

Abg. Dr. Reil (natl.) belämpft gleichfalls den konservativen Antrag und begründet einen Antrag auf Streichung der Worte, daß die Bebauungspläne nicht vorgelegt werden brauchen, wenn die Pläne nur die Aufteilung einzelner Baublöcke oder die Verbreiterung bestehender Straßen betreffen.

Abg. Cassel (Sp.) beantragt auch hier die Ersetzung des Oberverwaltungsgerichts durch den ordentlichen Rechtsweg.

Herr v. Jedlich (fl.) bittet um Ablehnung aller Änderungsanträge.

Bei der Abstimmung wird § 5 unter Ablehnung aller Änderungsanträge in der Kommissionsfassung angenommen.

Das Haus verläßt sich.

Nächste Sitzung: Montag, 11 Uhr. (Fortsetzung der Beratung des Zweckverbandsgesetzes Groß-Berlin, Petitionen.)

Schluß 4 Uhr.

Witterungsübersicht vom 12. Mai 1911.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in °C	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in °C
Stommes	760	SO	3	halb kl.	17	Opavamba	766	NO	2	heiter	5
Damberg	757	D	2	heiter	16	Cetersburg	764	DRE	1	Dunst	10
Berlin	758	S	2	heiter	19	Scilla	753	DRE	1	Webel	12
Frankfurt	767	D	1	heiter	16	Werbau	758	W	3	bedeckt	10
Hannover	758	E	1	heiter	14	Varis	755	SO	1	mollert	16
Wien	759	SO	2	wolkig	16						

Wetterprognose für Sonntag, den 14. Mai 1911.

Warm und vielfach heiter, aber veränderlich bei meist schwachen südlichen Winden und fortdauernder Gewitterneigung.
Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 12. 5.		am 11. 5.		Wasserstand	am 12. 5.		am 11. 5.	
	am	seit am (ora)	am	seit am (ora)		am	seit am (ora)	am	seit am (ora)
Remel, Mühl	197	-11	197	-11	Saale, Gröblich	56	0	56	0
Regel, Jüterburg	34	-1	34	-1	Saale, Spandau	76	-4	76	-4
Regel, Thom	64	-10	64	-10	Saale, Rathenow	136	-1	136	-1
Ober, Ratibor	176	-9	176	-9	Spree, Spremberg	84	+10	84	+10
Froben	165	+8	165	+8	Westow	98	-2	98	-2
Frankfurt	164	+6	164	+6	Weser, Minden	-70	0	-70	0
Barthe, Schrum	38	-3	38	-3	Weser, Minden	4	-4	4	-4
Landberg	55	-1	55	-1	Rhein, Reginflansau	400	+4	400	+4
Rege, Borsmann	34	-1	34	-1	Rhein, Reginflansau	194	+1	194	+1
Elbe, Lohmertz	40	-1	40	-1	Rhein, Reginflansau	186	-2	186	-2
Dresden	164	-6	164	-6	Elbe, Röll	181	+1	181	+1
Bachy	160	+4	160	+4	Elbe, Röll	180	0	180	0
Magdeburg	140	-3	140	-3	Elbe, Röll	69	+10	69	+10

+) + bedeutet Hoch, - Nied. - *) Unterpost.



Halbschuhe

beherrschen die diesjährige Mode. Unsere Auswahl in farbigen Halbschuhen und Stiefeln ist in diesem Jahre eine ganz enorm grosse. Die prachtvollsten Modelle des In- und Auslandes, von der chilen französischen bis zur modernen spitz-amerikanischen Form sind in wunderbaren Farbentönen bei uns vertreten, so dass selbst dem verwöhntesten Geschmack Rechnung getragen werden kann.

Spezial-Preisliste in Halbschuhen und Stiefeln:

790 1050 1250 1550

Leiser

Cavenstr. 20
Königstr. 34
Oranienstr. 47 a

Oranienstr. 34
Rindorf, Bergstr. 7-8
Müllerstr. 3a

Zentrale und Versand: Oranien-Strasse 34 □ Leipziger Strasse 65 bedeutend vergrößert



A. WERTHEIM

G. M. B. H.

LEIPZIGER STR. 132-137 am Leipziger Platz



ROSENTHALER STR.

Wir haben in Berlin nur diese 3 Geschäfte
Bei Briefen ist genaue Adresse erforderlich
Versand-Abteilung, Berlin W. 66, Leipzigerstr. 132-37

ORANIEN-STRASSE

Montag und Dienstag:

Damen-Wäsche

Damenhemden Achselschluss, mit Langgetten besetzt . . .	1.95	Beinkleider Renforcé mit Stick.-Volant . . .	1.70 bis 2.45
Damenhemden Achselschluss, mit Stickerei . . .	1.90	Beinkleider Renforcé mit Stickerei-Ein- und Ansatz . . .	3.35
Damenhemden Achselschluss, mit Stick.-Ein- u. Ansatz . . .	2.60	Weisse Stickerei-Röcke mit Ein- und Ansatz . . .	4.75 bis 8.50
Damenhemden Achselschluss, mit Stickerei-Ansatz . . .	2.80	Kurze Röcke weiss, mit Stickerei . . .	2.25, 3.25
Damenhemden mit imit. Handstick. und Langgetten . . .	2.45	Weisse Matinees Batist, m. Stickerei-Einsatz . . .	4.25
Nachtjacken Renforcé mit Stick.-Volant . . .	2.25, 2.70	Weisse Matinees Batist, mit Stick.-Einsatz u. Spitzen . . .	6.00
Nachtjacken Renforcé mit Stick., balsafr. . .	2.10, 2.95	Untertaillen mit Stickerei . . .	1.25, 1.65
Nachthemden Renforcé mit Stick.-Volant . . .	4.40	Untertaillen mit Stickerei-Ein- und Ansatz . . .	2.90
Nachthemden mit Stickerei-Ein- und Ansatz . . .	6.25		

Garnituren:

Damenhemden mit Stickerei-Ein- und Ansatz . . .	2.85, 2.90, 5.25
Damen-Beinkleider dazu passend . . .	2.40, 2.90, 5.25
Damenhemden mit Stickerei-Ansatz . . .	2.75, mit Stickerei-Ein- u. Ansatz 3.75, 5.50, mit Stickerei und Spitze reich garniert . . .
Beinkleider dazu passend . . .	3.40, dazu passend 4.50, 6.25, dazu passend . . .
Nachthemden dazu passend . . .	4.75, dazu passend 6.50, 9.00, dazu passend . . .

Blusenhemden

Batistblusen weiss oder farbig, mit Stickerei und Spitze . . .	3.25	Bluse aus Stickereistoff, weiss, mit Stickerei-Einsatz und Spitzen . . .	5.25
Batistblusen weiss, mit dreimal Stick.-Einsatz u. Spitzen-Passe . . .	4.25	Batistblusen weiss, mit Handstickerei und Spitzen . . .	6.75
Batistblusen weiss, m. Stickerei und Spitzen-garnierung . . .	4.75, 6.00	Mullblusen weiss, mit Stickerei und Spitzen reich garniert . . .	8.75 bis 10.50

Waschstoffe

Gestreifter Zephyr für Blusen	Mtr. 35 Pz.
Baumwollmusseline moderne Muster	Mtr. 42 Pz.
Hellgestreifter Krepp für Blusen	Mtr. 60 Pz.
Original japanischer Waschkrepp	Mtr. 80 Pz.
Englisch bedruckter Voile	Mtr. 90 Pz.
Reinwollener bedruckter Voile	Mtr. 1.10
Elsasser Wollmusseline bedruckt, 80 cm breit	Mtr. 58 Pz.
Wiener Zephyr für Blusen und Oberhemden, früh. Wert 1,15	Mtr. 70 Pz.

Halbfertige Leinenroben weiss, reich bestickt 13.00, 16.50

Damen-Paletots

Halbleinener Kragen, farbig gestickt	imitierter Bast, (Halbleinen) mit Entredeux	Popeline, beige, Revers-Stulpen mit schwarz und weiss gestreiftem Pikee besetzt u. Spitzenkragen	Deutsche Bastseide, Revers-Manschetten m. glatt. Seide belegt und Spitzenkragen
9.50	11.25	25.50	36.00

Ein grosser Posten **Damenstrümpfe** gewebt, feine Farben u. schwarz 55, Fil d'Ecosse, gute Qual., schwarz 65 Pf. | Ein grosser Posten **Herrensocken** Fil d'Ecosse, bestickt oder Laufmaschen . . . 65 Pf.

Salem Aleikum
CIGARETTE DES FEINSCHMECKERS
No 3 4 5 6 8 10
3 4 5 6 8 10 gastr.

Neu! Salem Gold
Goldmundstück-Cigarette
Etwas für Sie!

Klopfe mit Luft!
Teppich-Reinigung
und sämtliche Nebenarbeiten*
Staehr & Co.
Berlin S. 42, Gitschiner Str. 80
Fernsprecher: Amt IV 216 und 226. 33/1*
*Aufbewahrung. — Entmoitung v. Polstermöbeln. — Chemische Reinigung. — Kunststopferei. — Bettfedern-Reinigung. — Vacuum-Entstaubung mit fahrbaren Apparaten.
Klopfe mit Luft!



GARTENSTADT HOFJAGDREVIER

Zeit, Geld und Ärger

ersparen Sie, wenn Sie die für die strapaziöse Reise und die entlegene Sommerfrische bestimmten Summen für die Erwerbung eines Grundstückes in der **Gartenstadt Hofjagdrevier**, zwischen dem Bahnhof Stolpe-Nordbahn und dem Kaiserlichen Hofjagdrevier verwenden. Mit demselben Betrag, den Sie sonst ebenso wie die Stadtmiete zum **Fenster hinauswerfen** würden, sichern Sie sich hier ein dauerndes Besitztum in landschaftlich reizvoller Lage und nehmen zugleich Anteil an der Bodenwertsteigerung des jetzt noch billigen Geländes. Nebst einem geringen Anlagekapital zahlen Sie in unseren 8000- bis 15 000-Mark-Häusern für

- 3 Zimmer, Küche, Veranda, Bad, Nebenglass und Garten 44.— Mark
- 4 Zimmer, Küche, Veranda, Bad, Nebenglass und Garten 50.— Mark
- 5 Zimmer, Küche, Veranda, Bad, Nebenglass und Garten 54.— Mark
- 6 Zimmer, Küche, Veranda, Bad, Nebenglass und Garten 66.50 Mark

monatliche Miete in Form von Zinsen. **Restkaufgelder bis 1921.** Prospekt nebst Broschüre „Zinsen statt Miete“ mit vielen Anerkennungsschreiben gratis und franko. Verpassen Sie nicht wieder den Anschluss wie in den anderen von uns gegründeten Kolonien. Solange die Kolonie sich noch in der Anlegung befindet, ist der Grund und Boden noch sehr billig.

Unbebaute Grundstücke D-R. von 15 Mark an. 10 pCt. Anzahlung. Stundung der Restkaufgelder bis 1921. — Kein Bauzwang. — Sommer- und Ferienheime sofort beziehbar, von 400 Mark aufwärts zu Amortisationsbedingungen.

Für Besichtigung jederzeit, auch des Sonntags: } nur **Bahnhof Stolpe** (Nordbahn), } Pavillon am Bahnhof.

Allgemeine Bau- und Ansiedelungs-Gesellschaft.
C. Winkler m. b. H.
Berlin C, 25, Dirksenstr. 20. Fernspr. Amt 7, 2524. Prospekte gratis und franko.

Gesunder Schlaf nur auf
Zu haben in allen besseren Möbel- und Bettgeschäften aus den Fabriken von
Schickler, Bohe & Co., G. m. b. H.
Eiberfeld, Berlin-Tempelhof, Breslau, Frankfurt a. M., Hamburg.

Unübertroffen an Elastizität und Dauerhaftigkeit, mit und ohne federnde Seitenkanten

„Schiboco“-Matratzen

Jede Matratze trägt diese Schutzmarke

Kein Detailverkauf

Responsible Editor: Albert Wachs, Berlin. Für den Inzeratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdrucker u. Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin SW.

General-Versammlung der Gesellschaft für Soziale Reform.

(Originalbericht des „Vorwärts“.)

Berlin, den 12. Mai 1911.

Die Gesellschaft für Soziale Reform, eine Gründung des früheren preussischen Handelsministers Dr. Freiherrn v. Berlepsch und des früheren Chefredakteurs des ehemaligen katholisch-sozialistischen „Hamburgischen Correspondenten“, Professor Dr. Ernst Brande, hielt im Bürgerloale des Rathauses die fünfte Generalversammlung ab. Es waren „Sozialreformer“ beiderlei Geschlechts und aller Richtungen in großer Zahl erschienen. Ewang. luth., kath., antisemitische und fortschrittliche Verbände, selbst die Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine, die christlichen Gewerkschaften und der antisemitische Deutschnationale Handlungsgehilfenverband waren vertreten. Kardinal-Fürstbischof Dr. Kopp hatte einen Pfarrer als Vertreter entsandt. Daß für eine solche Generalversammlung die Vertreter der Regierungen Zeit haben und sich nicht wie bei Arbeiterkongressen (Krankenkassenkongressen) entschuldigen müssen, ist selbstverständlich. Es waren folgerichtig mehrere Reichsämter, preussische Ministerien, das Kaiserliche Gesundheitsamt, der Landesgewerbeamt, das Oberpräsidium der Provinz Brandenburg, die württembergischen und bairischen Ministerien, eine Anzahl Registrator, die Deutsche Zentrale für Jugendfürsorge, die Soziale Geschäftsstelle für das evangelische Deutschland, der Verband fortschrittlicher Frauenvereine und der bei keiner bürgerlichen Veranstaltung nicht mehr zu entbehrende — Deutsche Gewerkschaften vertreten. Nachdem der Vorsitzende, Staatsminister Dr. v. Berlepsch, in der Begrüßungsrede mitgeteilt hatte, es werde von der Gesellschaft eine Erhebung vorgenommen über den Stand der Sittlichkeit und Leistungsfähigkeit der gewerblichen Jugend und deren sittliche Einflüsse, sprach Obermedizinalrat Professor Dr. v. Gruber-München über: „Der Fußschiß der jugendlichen Arbeiter“. Der Redner wies an der Hand der Statistik nach, daß die Fähigkeit des Kinderalters, die Militärfähigkeit, ganz besonders aber die körperliche Entwicklung der Arbeiterjugend wesentlich zurückgegangen sei. Auch die Sterblichkeit habe gerade im entwicklungsfähigen Alter der Arbeiterjugend, vom 15. bis 20. Lebensjahre, zugenommen. Während die Sterblichkeit an Tuberkulose im allgemeinen im Alter abnimmt, sei sie im entwicklungsfähigen Alter der Arbeiterjugend gestiegen. Selbst die Militärfähigkeit der Einjährig-Freiwilligen habe sich vermindert. Letzterer Umstand dürfe auf die immer mehr um sich greifende Syphilis zurückzuführen sein. Um ein kräftigeres und gesünderes Geschlecht der arbeitenden Klassen zu erzielen, sei es notwendig, die Jugend vor dem Alkoholmißbrauch und dem Rauchen in den Großstädten zu warnen, die Jugend zu körperlichen Übungen anzuführen und für bessere Wohnungen und bessere Ernährung soweit als möglich Sorge zu tragen. Außerdem sei es erforderlich, das jugendliche Schulalter mindestens bis auf das achtzehnte Lebensjahr auszudehnen und bei der zehnjährigen Arbeitzeit den Fach- und Fortbildungsschulunterricht einzubringen, denn geistige Anstrengung sei zum mindesten der körperlichen gleichzusetzen. Ganz besonders müsse aber die Arbeiterjugend über die Notwendigkeit hygienischer Maßnahmen aufgeklärt werden, denn ohne den Willen der Betroffenen selbst seien alle Bemühungen erfolglos. Eine Hauptaufgabe sei aber die Pflege des Familienlebens, das die Grundlage aller Kultur bilde. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.) — Es schloß sich hieran eine sehr lange, lebhaft diskutierte, in der alle möglichen Vorschläge zur Verbesserung der erwähnten mangelhaften Verhältnisse gemacht wurden. Selbstverständlich wurde mit keinem Worte der agrarischen Gesetzgebung erwähnt, die in der Hauptsache die schlechte Ernährung der besitzlosen Klassen verursacht. Das dürfte beiße auch nicht geschehen; die Regierungsvorrede und auch die anwesenden frommen Brüder beider Konfessionen hätten das jedenfalls übel genommen. Im übrigen waren die vorgeschlagenen Mittel so zahlreich wie der Sand am Meere. Es fehlte nur noch der Ausdruck: „Die Armut kommt von der Faulheit.“ Schularzt Dr. Förster-Hamburg war der Meinung, daß der Schularzt gleichzeitig Schulgesundheitsrat sein müsse. — Redakteur Schaub entwarf ein trauriges Bild von der ungeheuerlichen Ausdehnung der Musterlehrlinge, da diese eigentümlicherweise durch die Gewerbeordnung in keiner Weise geschützt seien. — Fräulein Schmidt-Berlin, Vertreterin des Verbandes katholischer erwerbstätiger Frauen und Mädchen empfahl die Erweiterung der Elternabende und Aufklärung über die Notwendigkeit des Zimmerlüftens. — Professor Dr. Rennhoff-Berlin empfahl

die Errichtung von Waldholungsstätten, in denen der weiblichen Arbeiterjugend Gelegenheit gegeben werden müsse, ohne wirtschaftlichen Nachteil die Nächte dort zubringen. Im weiteren seien Haushaltungsschulen zu errichten, in denen die Mädchen als Hausfrauen und Mütter auszubilden seien. — Abgeordneter Goldschmidt-Berlin: Die Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine haben schon vor Jahren die Ausdehnung des gewerblichen Schulalters bis zum 18. Lebensjahre gefordert. Es müssen alle Maßnahmen getroffen werden, eine kräftige und gesunde Arbeiterjugend zu schaffen; nur dadurch könne die deutsche Industrie ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt behalten. — Roth-Hamburg, Vertreter des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, wünschte die gewerblichen Schutzbestimmungen auf die in kaufmännischen Betrieben Angestellten auszudehnen, und die Anstellung von Handelsinspektoren, die über die Einhaltung der Schutzvorschriften in den kaufmännischen Betrieben zu wachen haben. Im weiteren beklagte Roth, daß die Frauen den Männern in den kaufmännischen Betrieben Konkurrenz machen. — Arbeiterssekretär Stegerwald-Köln vom Verbande christlicher Gewerkschaften, empfahl Wiedereinführung des alten Brauchs, daß die Handwerkslehrlinge im Hause des Meisters essen und schlafen. — Fräulein Agnes Hermann-Berlin, vom Verbande weiblicher kaufmännischer Angestellter: Die Frauen können aus wirtschaftlichen Gründen auf die kaufmännischen Betriebe nicht verzichten. Die männliche Bevölkerung sei im letzten Jahrzehnt um 18 Proz., in den kaufmännischen Betrieben um 78 Proz. gesunken; von einer Verdrängung der Männer durch die Frauen in den kaufmännischen Betrieben könne mithin keine Rede sein. — Fräulein Lüders: Das Wirken der Frau in den kaufmännischen Betrieben stärke ihre Selbständigkeit und erziehe die Berufstreue und Berufszueignung. — Arbeiterssekretär Beder-Berlin, vom Verband christlicher Gewerkschaften, sah alles Uebel in der „Simplicissimus“-Literatur. — Privatdozent Dr. Raup-Berlin empfahl, für bessere Wohnungsverhältnisse und bessere Löhne zu wirken. Was an höheren Löhnen gezahlt werde, werde man an der Invalidenrente sparen. — Lithograph Tischendorf-Berlin wandte sich gegen die Verweigerung der Jugendberziehung. — Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten wurde die Verhandlung auf Sonnabend vertagt.

Berlin, den 13. Mai.

In der zweiten Sitzung der „Gesellschaft für soziale Reform“ sprach Reichstagsabgeordneter Cuno über die Fortbildungsschule. Er führte aus: In dem Lande des allgemeinen Wahlrechts, in dem jeder Arbeiter Einfluß auf die Gestaltung im öffentlichen Leben habe, sei es ein Gebot der Pflicht, gute Fach- und Fortbildungsschulen zu haben. Ohne diese würde das Handwerk, an das immer höhere Anforderungen gestellt werden, verkümmern. Auch die Großindustrie müßte ein lebhaftes Interesse an leistungsfähigen Fach- und Fortbildungsschulen haben. Leider sei in den Kreisen der Großindustrie wenig oder gar kein Interesse für das Fortbildungsschulwesen vorhanden. Es komme hinzu, daß der Verfall der Gewerbeordnung nicht unterlasse. Aus diesem Anlaß gebe es in Rheinland-Westfalen die wenigsten Fortbildungsschulen. Seit 1885 habe sich die Zahl der Fortbildungsschüler von 48 000 auf 400 000 erhöht. Es werde nun die Einführung des Religionsunterrichts in der Fortbildungsschule gefordert. Er müsse dieser Forderung mit größter Entschiedenheit entgegen treten. Er gebe zu, daß die katholische Kirche das ganze Leben ihrer Anhänger beeinflusse, es sei aber kein Zweifel, der Religionsunterricht würde das bisherige friedliche Einvernehmen zwischen den Schülern aufs empfindlichste stören. Angesichts des Umstandes, daß im letzten Jahrzehnt die weiblichen Industriearbeiter um eine halbe Million sich vermehrt, die männlichen dagegen zurückgegangen seien, sei die Forderung nur gerecht, die Fortbildungsschule auf das weibliche Geschlecht auszudehnen. Allerdings müßte eine gute Haushaltungsschule damit verbunden sein. Außerdem sei es eine dringende Forderung, die Fortbildungsschule für Knaben und Mädchen vom 14. bis 17. Lebensjahre als Pflichtfortbildungsschule einzuführen. (Lebhafter Beifall.)

Pastor Gassen-Hamburg: Er könne sich den Ausführungen des Vorredners nur vollständig anschließen. Es sei nun einmal Tatsache, daß die weitaus große Mehrheit der Industriearbeiter Sozialdemokraten seien, und daß die Kinder dieser Leute, insbesondere Knaben im Alter vom 14. bis 17. Lebensjahre, die politischen Anschauungen ihrer Väter teilten. Es sei deshalb erforderlich, darauf Rücksicht zu nehmen. Schon deshalb könne von einem Religionsunterricht in der Fortbildungsschule keine Rede sein. Er habe die Beobachtung gemacht, daß seine Fortbildungsschüler vom Staatsbegriff mehr Verständnis haben

als mancher Gymnasiast und Student. Er übe auch die Methode, als führende Männer nicht bloß Bismarck und Koltze, sondern auch Bebel anzuführen. Er habe erreicht, daß seine Schüler die Notwendigkeit erkennen, sich der einheitlichen Ordnung für alle Zwecke des Lebens unterzuordnen und von der Achtung der sittlichen Unverletzlichkeit jedes einzelnen erfüllt seien. (Stürmischer Beifall.)

Erster Bürgermeister Dominicus, Schöneberg-Berlin: Er stimme dem Vorrednern im allgemeinen bei. Man müsse aber auch das Augenmerk auf den Rückgang der Militärtauglichkeit richten. Es sei erforderlich, den Turnunterricht in den Fortbildungsschulen obligatorisch einzuführen. — Frä. Margarete Henschke-Berlin betonte es als erforderlich, die Fortbildungsschule ethisch zu heben. — Gerichtsassessor Willigmann-Charlottenburg: Auch er halte eine sittliche Hebung der Fortbildungsschule für notwendig. Er unterrichte an einer Fortbildungsschule, in der zum meist Arbeitsburden sitzen, er müsse aber sagen, daß dies der Abschau der Menschheit

sei. (Lebhafter Widerspruch.) — Frä. Margarete Böhm-Berlin: Sie sei seit 25 Jahren Leiterin einer Berliner Volksschule, ihre Schülerinnen seien aber nicht der Abschau der Menschheit. (Beifall.) Viele ihrer Schülerinnen seien Heimarbeiterinnen geworden. Diese befinden sich infolge der miserablen Entlohnung in einer sehr traurigen Lage. Sie sei daher bemüht, ihre Schülerinnen zu Kameradinnen dieser Arbeiterinnen zu erziehen, damit sie nicht Lohnbrüderinnen ihrer Arbeitsweserinnen werden. An der großen Not der Heimarbeiterinnen sei die bürgerliche Gesellschaft, nicht zum mindesten die

„Herren Männer“

Schul. (Stürmische Heiterkeit und Beifall.) — Hartmann (vom Verbande der Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine): Der Religionsunterricht gehöre nicht in die Fortbildungsschule. — Redakteur Schaub-Berlin bezeichnete es als notwendig, die Pflichtfortbildungsschule auf die Musterlehrlinge auszudehnen. — Frä. Agnes Hermann-Berlin wünschte die Ausdehnung der Pflichtfortbildungsschule auf die weiblichen Angestellten in den kaufmännischen Berufen. — Dr. Rundscheid-Berlin: Den Turnunterricht als obligatorischen Lehrgang könne er nicht empfehlen. — Marx-Hamburg, Leiter des Hamburger Volksheims: Der Radwuchs in Hamburg, insbesondere der akademische, sei „ganz verflucht preussisch“. (Stürmische Heiterkeit.) — Obermedizinalrat Dr. v. Gruber-München: Ein gesundes Geschlecht lasse sich nur durch Rassenhygiene schaffen. Daß selbst verarbeitete Frauen in die Fabrik gehen müssen, finde er für unangebracht. Es sei dringend notwendig, die wirtschaftlichen Verhältnisse so zu gestalten, daß die verarbeitete Frau im Hause bleiben könne. — Pfarrer Beder-Gr. Richterfelde, Vertreter des Kardinals Fürstbischofs Dr. Kopp: Auch er halte es für erforderlich, die Fortbildungsschule sittlich zu heben. Dies könne aber nur mit Erfolg erreicht werden, wenn es auf Grundlage einer religiösen Weltanschauung erfolge. Es lasse sich die Ethik nur auf religiöser Grundlage schaffen. (Lebhafter Beifall.) — Fortbildungsschullehrer Partz-Rixdorf-Berlin: Er warne dringend vor Einführung des Religionsunterrichts in den Fortbildungsschulen. Dadurch würde das gute Einvernehmen zwischen den Fortbildungsschülern zweifellos eine arge Gefährdung erfahren. — Noch mehrere Redner und Rednerinnen, unter diesen die beiden Referenten, Oberbürgermeister Cuno und Pastor Gassen, äußerten sich in demselben Sinne. — Der Vorsitzende, Staatsminister Dr. Freiherr v. Berlepsch dankte zum Schluß allen Rednern und Rednerinnen für die gegebenen lehrreichen Anregungen. Die Gesellschaft für soziale Reform, die zur internationalen Vereinigung für geistlichen Arbeiterschutz als Mitglied gehöre, habe bei dieser Vereinigung angeregt, in allen Kulturstaaten den zehnjährigen Normalarbeitslohn, das Verbot der Nachtarbeit für Jugendliche und Frauen und die Ausdehnung des gewerblichen Schulalters vom 16. bis zum 18. Lebensjahre gesetzlich einzuführen. Die beiden ersten Forderungen seien in Deutschland bereits Gesetz, die dritte Forderung werde zweifellos sehr bald erfüllt werden. Damit schloß die Generalversammlung.

13. Generalversammlung der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tücher und Weißbinder Deutschlands.

München, 12. Mai 1911.

Am fünften Verhandlungstage referierte Tobler-Samburg über die Durchführung des Reichstarifvertrages und die Lohnbewegungen. Der Redner meinte, daß nun nach einjährigem Bestehen eine andere Auffassung über den Reichstarif unter der Kollegenchaft Platz gegriffen habe als bei seiner Einführung. Auf einen

eines Konsortiums und etwa noch das Theater des Westens, das vielleicht von der Operette zur Oper zurückkehren wird. Hoffentlich wirds dann nicht an guter Gelegenheit für neue Kompositionen und nicht an guten Kompositionen für die neue Gelegenheit fehlen.

Humor und Satire.

Reger Kommentar.

Ueber die Behandlung amtlicher Angelegenheiten ergötzt folgende Bekanntmachung des Polizeipräsidenten zu Reg: 1. Im allgemeinen genießen alle polizeilichen Maßnahmen in dieser Stadt den Schutz des § 95 (Majestätsbeleidigung betr.) und dürfen nicht zum Gegenstand von Angriffen gemacht werden. 2. Bestätigt jemand dennoch die Frechheit, solche Maßnahmen zu kritisieren, so kann ihm zunächst auf dem Gnadenwege die parlamentarische Form der Behandlung zugestanden werden (Diskussion), aber nur insoweit, als dem Polizeipräsidenten zur Erwidmung sachliche Gründe zur Verfügung stehen. 3. Endet der gesunde Menschenverstand, so beginnt die kommentarische Behandlung des Falles (Dispersion), und zwar nach folgenden Bestimmungen: a) Alle in das Ressort der Polizeiaufsicht, Räte und akademisch gebildeten sonstigen Polizeibeamten zuständigen Fälle werden ausgenommen. b) Alle dem Polizeidirektorium oder Präsidium ressortierenden Fälle werden ausgeschlossen. Die Durchschlagkraft der Gesetze ist umgekehrt proportional der Durchschlagkraft der polizeilichen Gegenstände zu wählen. Als Bureaucaum für die Erledigung dieser Akten gilt vorläufig — bis zur Errichtung eines eigenen Schießhaales im Polizeigebäude — die I. Militär-Schießschule. Als Korrektoren haben sich die I. Kreisdirektoren sowie die übrigen höheren Regierungsbeamten zur Verfügung zu halten. Gegeben zu Reg, 6. Mai 1911. R., Polizeipräsident. („Jugend“).

Notizen.

— Don Manuel in Marmor. Die ungalanten Vorurteile, die so kurzgerade sich ihres angefallenen Königs von Gottes Gnaden zu entledigen wußten, haben den Manuel nicht nur am Thron, Jivilliste und Geliebte gebracht, auch seinen Ruhm der Zukunft haben sie geschmälert. Als Manuel noch mit Krone, Dopter und Stern spielte, plagte ihn eines Tages der Ehrgeiz, sich gleich anderen gekrönten Kollegen — auszuheben zu lassen. Natürlich nur in Marmor. Der nicht unbefannte portugiesische Bildhauer Moreira Rato bekam den Auftrag, ein Denkmal des Königs zu meißeln. Der Künstler hat nun den Auftrag ausgeführt, weiß aber nicht, was er mit dem steinernen König in Generaluniform anfangen soll. Die Bildhauer, für die das Denkmal bestimmt war, sind unendlich genug, dem marmornen Manuel wie dem leblichen den Eintritt zu verwehren.

Kleines Feuilleton.

Der Ursprung der roten Fahne. Die rote Fahne wird heute in allen Ländern als das Banner der sozialen Revolution angesehen. In ihrem Reichen stehen die Rundgebungen der sozialistischen Internationalen, aber auch die rebellierenden Bauern der Campagne, die sich eigentlich nur für die Aufrechterhaltung eines für sie geschaffenen Privilegiums innerhalb der heutigen Wirtschaftsordnung erhoben, haben sie aufgepflanzt. Es ist nun von Interesse zu erfahren, wann und wie die rote Fahne ihre revolutionäre Bedeutung erlangt hat. In der Zeit der französischen Revolution hatte sie diese Bedeutung keineswegs — im Gegenteil, sie war die Fahne der Ordnung. Die konstituierende Versammlung dekretierte, daß die Gemeindebehörde im Falle der Rebellion die rote Fahne hissen sollte, als Zeichen, daß das Standrecht proklamiert sei.

Die Pierre Roland in der „Petite Republique“ ausführte, erschien die rote Fahne als revolutionäres Abzeichen zum erstenmal im Jahre 1832, beim Leichenbegängnis des Generals Lamartine, als die Beoelarter zum Ausbruch bringen wollten, daß Ludwig Philipp die dreifarbige Nationalfahne entsetzt habe. Aber in den Straßenkämpfen der Februarrevolution von 1848 war die rote Fahne kaum auf einigen Barricaden zu sehen. Erst am Nachmittag des 26. Februar erschien sie plötzlich im Vordergrund der Begebenheiten. Es gibt darüber verschiedene Versionen. So berichtete Corbon in einem Brief an den „Globe“ folgendes: Im großen Saal des Stadthauses verband ein junger Chirurg von der Nationalgarde einen Verwundeten. Er hatte die seltsame Idee, ein Stück roten Samtens aus einem der beiden Mannekes, die im Saale standen, herauszuschneiden, den Kopf des Verwundeten damit zu bedecken und es hernach in die Menge zu werfen. Man rief: „Wir müssen Fahnen daraus machen!“ Mit Hilfe von Besenstielen wurde dies ausgeführt. Das war der Anlaß, daß der Regierung gemeldet wurde, daß die „rote Partei“ vor den Toren steht. Als sich die Menge dann vor dem neuen Regenten befand, hielt Lamartine die berühmte Rede, worin er sagte: „Die dreifarbige Fahne hat mit der Republik und mit dem Kaiserreich, mit Euren Freiheiten und Eurem Ruhm die Welt gemacht — die rote Fahne ist nur, im Blute des Volkes geschleift, um das Marsfeld gereist.“

Am nächsten Morgen begann auf den Rasen Blanquis die Manifestation von neuem, diesmal mit wirklichen roten Fahnen. Es kam zu einer mehr als dreistündigen Diskussion unter den Mitgliedern der provisorischen Regierung. Louis Blanc verteidigte die rote Fahne mit dem Argument, daß ein neues Regime ein neues Emblem brauche, ihm widerlegte sich Ledru Rollin im Namen der revolutionären Tradition. Der Finanzminister Goudchaux, von Verus Vassier, unterstützte ihn in entscheidender Weise, indem er erklärte, daß die Anerkennung der roten Fahne einen schlechten Einfluß auf die Geschäfte haben würde. Die

provisorische Regierung erließ in diesem Sinn ein Dekret, das die Tricolore als Nationalfahne erklärte.

Die rote Fahne blieb auch weiter offiziell geschützt. Selbst unter der dritten Republik hat man sie nur ein einziges Mal — beim „Triumph der Republik“ am Ausgang der Dreihundert — in einem Innung zugelassen. Sie hat sich allerdings „illegalen“ Eingang verschafft. Zuletzt noch flatterte sie wochenlang auf dem Stadthaus von Bar-sur-Aube. Und nicht weniger als 2500 Soldaten unter dem Kommando eines Generals wurden im Morgengrauen aufgeboden, um in Gegenwart eines Unterpfeffers und sonstiger „Epigen der Behörden“ in einer stundenlangen Operation dieses fürchterliche Abzeichen zu entfernen.

Musik.

„Hört die graue Moritat, die der Sohn am Vater hat: Macht ihn — armes Publikum! — durch den Ruf ins Wasser stumm.“ Und dann wird an seiner Seite die Magda (eine, der man zu viel Ehre antut, wenn man sie „bämonisch“ nennt) die Bäuerin auf dem reichen Hof und will ihren Damin ganz für sich mit ihrem weißen Leib haben, stürzt sich aber, da ihn das Gewissen beißt, in den Abgrund.

„Der Teufelsweg“ ist die Schlucht, in der die Tat geschehen war; und so heißt die Oper, die am Freitag in der „Komischen Oper“ ihre Uraufführung bekam. Die Handlung spielt am Nordfuße der hohen Tatca, die aber ein Pseudonym für den Kreuzberg zu sein scheint; und der Verfasser, polnischen Namens, kreidet die breiten Auseinandersetzungen seiner Personen in leidliche deutsche Verse.

Der Komponist kreidet sie in das musikalische Gewand, das heutzutage sozuzufagen als Konfektion vorzüglich ist. Ignaz Waghalter, derzeit Kapellmeister an dem genannten Theater, kommt von seinem Orchester und von den üppig zusammengerafften Klangfarben der Instrumente nicht los; fortwährend fährt er mit ihnen bestig in die Höhe und unterbricht dann von Zeit zu Zeit die Aufregung durch lyrische Sätze oder auch durch einen markantigen Erzähler. In einigen Stellen wird die Tragik durch vorchriftmäßigen Kontrast unterbrochen; Chöre mit hübschen Akkorden und der verräterischen Heiterkeit eines Buffonens deuten an, daß der Komponist wohl das Zeug hat, auf heiterem Gebiet etwas wirklich Musikdramatisches zu leisten.

Die Sänger, im allgemeinen tüchtig an Stimme und Spiel, vor allem Annie Gura-Hummel in der Hauptrolle, gaben dem Abend einen Erfolg, den der Freundschaftserfolg des Komponisten nur wenig verstärken konnte. Und die sjenische Zeitung von Direktor W. Gura lieferte eine Ausstattung, in der die Originalintenden der Direktion Gregor noch wie ein in der Ferne verschwindender Chor nachklangen.

Winnen kurzem werden wir 2 oder gar 3 neue Opernhäuser haben: die Kurfürsten-Oper von R. Moris als vermutliche Fortsetzung der „Komischen“, die Charlottenburger als Rechnungsobjekt

Zimmererverbandes, Aremjer-Frankfurt a. M., behauptet, daß durch Lokaltarife die Ausnutzung der wirtschaftlichen Konjunktur mehr erreicht werden könne als durch den Reichstarif, behauptet Redner, daß für die Arbeiterorganisation das Gegenteil zutrefte. Nach einer Aufstellung über die Erfolge und Kosten der Jahre 1906 bis 1909 und des Jahres 1910 ergab sich, daß im Jahre 1910 nach Abschluß des Reichstarifs größere Vorteile erzielt wurden. In dem Jahre 1906 bis 1909 wurde eine Steigerung des Lohnes erzielt: für 87 980 Beteiligte um insgesamt 3 773 800 M., und im Jahre 1910 durch den Reichstarif — der bis zum Jahre 1913 läuft — eine solche für 59 772 Beteiligte um insgesamt 3 787 920 M. Die Unkosten betrugen 1906 bis 1909 für Streitunterstützung 771 531 M. und an Lohnverlust 1 556 410 M., insgesamt 2 327 941 M. Im Jahre 1910 betrugen die Unkosten der Bewegung nur insgesamt 154 961 M. (Streitunterstützung 60 284 M. und Lohnverlust 94 113 M.). Der Ueberschuß des Erzielten über die Aufwendungen an Unkosten beträgt 1906 bis 1909 1 445 429 M., 1910 aber 3 633 559 M., also 2 188 130 M. mehr. Eine Arbeitszeitverlängerung wurde erzielt 1906 bis 1909 von 1 581 960 Stunden und im Jahre 1910 von 1 008 920 Stunden. Dazu kommt noch in Betracht, daß mit dem Abschluß des Reichstarifs die Erfolge bis 1913 noch nicht beendet sind, es werden noch eine Reihe von Verbesserungen erzielt werden. Es sind also durch unsere Tarifpolitik schöne Erfolge erzielt worden. Durch einen Kampf wäre auch nicht mehr erreicht worden. Redner begründet zum Schluß seiner Ausführungen die vom Vorstand vorgeschlagenen Maßnahmen zur Durchführung der Lohnbewegung bei Ablauf des Reichstarifs. Danach soll die Aufstellung der Forderungen in den Filialen durch die Mitgliederversammlungen geschehen und sind dann diese Forderungen den Agitationskommissionen zum Zwecke der zentralen Regelung zuzustellen. Die Bezirkskonferenzen wählen dann einen Ausschuß, der in Verbindung mit den Bezirksleitern und den Vertretern des Vorstandes und Ausschusses des Verbandes über alle vor und nach den Tarifverhandlungen zu beobachtenden Maßnahmen beschließt. Diese Körperlichkeiten haben darüber Beschluß zu fassen, ob die Resultate der zentralen Verhandlungen einer Abstimmung oder den Bezirkskonferenzen eventuell einer außerordentlichen Generalversammlung zur Abstimmung zu unterbreiten sind. Für den nächsten Abschluß des Reichstarifs ist aber vor allem Einmütigkeit in der Organisation notwendig. Abspaltungen, wie in Hamburg, dürfen nicht mehr vorkommen. Es gibt nur ein Ziel: Geschlossenheit. Dann können wir den Kampf mit den Arbeitgebern mit Zuversicht aufnehmen. (Großer Beifall.)

In der Diskussion wird von mehreren Rednern verlangt, bei der nächsten Tarifberatung vor allem ein Augenmerk auf die Erhöhung des Lohnes und die Verkürzung der Arbeitszeit zu richten; ebenso müsse ein Augenmerk auf den Arbeitsnachweis und die Vergütung bei auswärtigen Arbeiten gerichtet werden. Eine Reihe notwendiger Statutenänderungen wurden angenommen. Abgelehnt wurde in namentlicher Abstimmung ein Antrag von Hamburg, daß sich die Lokalbeamten alle zwei Jahre zur Wahl zu stellen haben; ebenso wurde Ziffer 7 der Hamburger Vereinbarungen abgelehnt.

Hus Industrie und Handel.

Vertrufung.

Innerhalb des Arbeitsgebietes der europäischen Petroleumunion, die aus den Petroleumunternehmungen der Deutschen Bank, des Hauses Rothschild u. Frères in Paris und der Naphthaproduktionsgesellschaft Gebrüder Nobel in St. Petersburg besteht, vollziehen sich jetzt entscheidende Umwälzungen. Die europäische Union arbeitet darauf hin, die Verkaufsgesellschaften der drei großen Gruppen zu je einer Gesellschaft für jeden Markt zusammenzufassen, so daß immer nur eine Gesellschaft den jeweiligen Landesgesetzen untersteht. Für den deutschen Markt ist dies Ziel in der Deutschen Petroleum-Gesellschaft erreicht.

Die Transaktionen der Deutschen Tiefbohrergesellschaft bezwecken die Zusammenfassung der deutschen Erdölinteressen. Der deutsche Erdölruhr ist in Vorbereitung. Die große Gruppe der Deutschen Tiefbohrergesellschaft umfaßt Ende 1910 die Erdölunternehmungen im Elfaß, und zwar die Elfaßische Petroleumgesellschaft zu Amsterdam und Walburg, Gewerkschaft Gute Hoffnung bei Dürrenbach und die Pechelbronner Oelbergwerke.

Die Gruppe der Vereinigten deutschen Mineralölmwerke A.-G. beherrscht durch nahezu völligen Aktienbesitz die Celler-Werke A.-G., die Deutschen Erdölwerke Wilsberg, die Hannoverische Erdölraffinerie, die Mineralraffinerie Rheinau und die Bohrergesellschaft Oldau-Südbinnen; auch die Deutsche Schachtbau-Gesellschaft m. b. H. gehört zu ihrem Machtbereich. Hingzu kommen noch erhebliche Kali- und Erdöl-gerechtfame, eine Beteiligung bei der ersten Rumänischen Bohrergesellschaft A.-G., Bularest, und das Interesse an der Austria, Petroleumindustrie A.-G., die wieder galgische Engagements hat. Die jetzt geplanten Transaktionen werden voraussichtlich folgende Verschmelzungen bringen: Die Vereinigten Deutschen Mineralölmwerke A.-G. Berlin werden aufgelöst, ihre Raffinerien gehen an die Deutsche Tiefbohrergesellschaft über, den Erdölbetrieb übernimmt die Deutsche Mineralöl-industrie A.-G., Köln. Damit kommen die gesamten norddeutschen Erdölbetriebe fast restlos in eine Hand. Durch eine Aktienverschiebung wird die Majorität der Deutschen Tiefbohrergesellschaft in den Generalversammlungen der Deutschen Mineralölgesellschaft, Köln, festgelegt. Das elfaßische, das hannoversche und auch das norddeutsche Erdölinteresse wird unter einen Hut gebracht. An diese Frontstellung des deutschen Erdölruhrs gegenüber der Standard Oil Co., oder auch nur an eine völlige Unabhängigkeit von ihr, ist aber nicht zu denken. Die Raffinerien resp. die Verkaufsgesellschaften gehören durch die Deutsche Bank zur europäischen Union, die mit dem amerikanischen Petroleumruhr seit 1907 einen geheimen Vertrag geschlossen hat. Seitdem machen Unionpetroleum- und Standardöl sich keine Konkurrenz mehr. Die Deutsche Mineralölindustrie A.-G., Köln, hat übrigens ihre Kohlförderung noch für 6 1/2 Jahre an die Vacuum Oil Co. abgeschlossen.

Der zweite Teil der schwierig zu überblickenden und doch recht charakteristischen Transaktionen der Deutschen Tiefbohrergesellschaft spielt sich außerhalb Deutschlands ab. In Oesterreich-Ungarn übernimmt die ebenfalls den deutschen Interessenten nahestehende Mineralöl-Industriegesellschaft Erzebinia — ist hat vor einigen Jahren die Erste Galgische Petroleum-Aktien-gesellschaft in sich aufgenommen — die A u s t r i a , P e t r o l e u m - i n d u s t r i e - A k t i e n g e s e l l s c h a f t. Zur Bezahlung verdoppelt die Erzebinia ihr Aktienkapital, gibt neue Aktien weg, erhält dafür Papiere der Deutschen Tiefbohrergesellschaft, mit welchen sie die Austriaaktien bezahlt. Weitere neue Aktien der Erzebinia werden von der Deutschen Tiefbohrergesellschaft übernommen und mit Papieren der Deutschen Schachtbau-Aktien-gesellschaft bezahlt. Die Deutsche Schachtbau-Aktien-gesellschaft wird auf der Basis der alten Schachtbau-Aktien-gesellschaft und der Nordhäuser Werksanlagen der Deutschen Tiefbohrergesellschaft inzwischen mit 2,5 Millionen Kapital umgegründet. Dazu kommen dann noch etliche kleinere Erwerbungen.

Dieses scheinbare Zuhwabohu an Transaktionen, Fusionen, Liquidationen und Neugründungen zeigt recht deutlich, wie der Aktienkapitalismus es versteht, seine Konzentrationsbestrebungen durchzuführen. Die Duhende von Gesellschaften, die alle als selbständige Unternehmungen weiterexistieren, Aktien ausgeben, Obligationen aufnehmen und wieder Fusionen eingehen, sie sind in Wirklichkeit durch einige wenige Hände geleitet. Das für die Öffentlichkeit unentwirrbare Chaos von Gesellschaften ist für die wenigen Hände ein großartiger Apparat der Volksausbeutung.

Syndikatspolitik.

Aus dem Ruhrkohlenbezirk wird seit einiger Zeit eine lebhaft literarische Propaganda gegen den Wettbewerb der englischen Kohle entfallen. Es wird vor allem bemängelt, daß die Tarifpolitik der preussischen Eisenbahnverwaltung es der deutschen Kohle erschwere, im Wettbewerb mit der englischen Kohle diese vom deutschen Markt zurückzudrängen. Der heimische Bergbau sei in diesem Kampfe bis an die äußerste Grenze der Selbstkosten heruntergegangen, ohne daß es möglich gewesen wäre, die Einfuhr englischer Kohle abzuschwächen. Die Statistik beweist aber das Gegenteil. Die Weltmarktpreise stehen überall, wo wir mit der englischen Kohle in Konkurrenz stehen, niedriger als die Preise für englische Kohle auf dem deutschen Markt. Dabei hat die Ausfuhr deutscher Steinkohle in den letzten Jahren so stark zugenommen, daß es finanziell richtiger gewesen wäre, auf dem deutschen Markt im Kampfe gegen die englische Kohle mit den Preisen niedriger zu gehen als die Ausfuhr zu Preisen zu steigern, die im Durchschnitt jedenfalls niedriger standen als die Preise für englische Kohlen auf dem deutschen Markt. Gegenüber dem Jahre 1907 bewegte sich die Einfuhr englischer und die Ausfuhr deutscher Kohlen, in Tonnen, wie folgt:

	Einfuhr englischer Kohlen	Ausfuhr deutscher Kohlen
1907 . . .	11 952 988	20 081 400
1908 . . .	10 057 125	21 062 862
1909 . . .	10 498 198	23 350 705
1910 . . .	9 658 115	24 257 651

Gegen 1907 hat die Einfuhr englischer Kohle im Jahre 1910 um mehr als 2 Millionen Tonnen abgenommen, die Ausfuhr deutscher Kohle hat sich aber um mehr als 4 Millionen gesteigert. Berücksichtigt man diese Verschiebung, so können die Verhältnisse für die deutsche Kohle keineswegs so ungünstig bezeichnet werden, wie sie neuerdings darzustellen beliebt werden.

Aus der Frauenbewegung.

Rechtsbrecherische Frauen.

„Ist es schon schwer, einen männlichen Angeklagten auf seinen Forderungen zu folgen und zu verstehen, wie ungleich schwieriger wird es für Gericht und Richter sein, die Schuld eines Weibes zu formulieren. Zwischen Mann und Weib bestehen psychische Sonderheiten, die von den Angehörigen des anderen Geschlechts niemals ganz verstanden werden können. Welcher Mann wollte nur annähernd zu ermessen vermögen, wie die Welt im Seelenleben eines aufblühenden Mädchens sich spiegelt, oder wer wollte die Gefühle ganz verstehen, die einer jungen Mutter eigen sind? Treten nun hemmend und erschwerend Einflüsse hinzu, wie sie so zahlreich in der Natur des Weibes begründet sind, und unter denen im Strafrechtsleben Verführung, Scham, Furcht vor Schwangerschaft, eingetretene Empfängnis, Folgeerscheinungen pflegloser Geburten usw. eine besondere Rolle spielen, so vermag das Erkennen und die Würdigung der Triebfedern, die zu Handlungen geführt haben, immer mehr.“

Der weise Richter wird der Psyche des Weibes Rechnung zu tragen versuchen und Nachsicht und Milde da walten lassen, wo das Vorhandensein psychischer Verwicklungen ihm offenbar wird, aber gerade aus der Psyche des Weibes erwächst ihm das Dilemma, das ihn daran hindert, klar zu sehen und richtig zu urteilen.

Obige Sätze sind nicht der Feder irgendeiner bürgerlichen Frauenrechtlerin entflohen, auch sind sie nicht der Propagandarede irgendeiner sozialistischen Agitatoren entnommen (In welchem Fall sie die herrschende Gesellschaft ja leicht abtun könnte), nein, sie haben Wort für Wort in einem Artikel Georg Stammers (Berlin), den er unter dem Titel: „Rechtsbrecherische Frauen“ im Heft 19 der Wochenschrift „Die Gegenwart“ veröffentlicht hat.

Den betreffenden Artikel beginnt sein Verfasser mit dem Hinweis, daß alle Klassen der Bevölkerung, alle Stände und Konfessionen, jedes Alter und jeder Beruf an Verbrechen beteiligt sind. „Beide Geschlechter sind rechtsbrecherisch“, sagt er, „aber das weibliche Geschlecht in vermindertem Maße.“ Im Jahre 1907 standen den 489 291 männlichen Verbrechen nur 81 496 weibliche Rechtsbrecher gegenüber. „Diese weiblichen Rechtsbrecher haben ihrem Geschlecht eins voraus, das ist die absolute Gleichberechtigung mit dem Manne vor dem — Strafgerecht!“ sagt Georg Stammer.

Er bemerkt, nachdem er dargetan, daß sowohl im Strafverfahren wie im Strafvollzuge das Weib dem Manne gegenüber im Nachteil ist: „Die Reformgedanken, die diesen Ausführungen entspringen, sollen den Boden des Möglichen nicht verlassen.“

Rein, um Gotteswillen nicht, Herr Stammer, den Boden ihrer bürgerlichen Möglichkeiten verlassen! Wenn auch nach Ihrer eigenen Meinung 81 496 weibliche Verbrechen in einem einzigen Jahre kalten Blutes von Individuen mit anderer Psyche abgeurteilt respektive falsch beurteilt werden!

Wieso nicht Aufkäumen mit einer Rechtsprechung, die nicht anders ist und sein kann als ein Jahrhundert alte — Unrecht! Das ist bürgerliche Reform!

Eine Propagandaschrift hat der Bund für Mutterschutz kürzlich erscheinen lassen. Justizrat Dr. Rosenkral-Weisau erörtert darin die Frage: „Was heißt Neue Ethik?“ Was will der Bund für Mutterschutz? Er stellt sich die Aufgabe des Schutzes der verheirateten sowie der ledigen Mütter, und erstrebt, die Stellung der Frau als Mutter zu verbessern und eine Gefunbung der sozialen Beziehungen herbeizuführen. Die Mithstände erkennend, die aus der sozialen Achtung und rechtlichen Zurücksetzung des unehelichen gegenüber dem ehelichen Kinde entstehen, fordert er: die völlige rechtliche und soziale Gleichstellung der unehelichen mit den ehelichen Kindern, — Achtung vor der Mutterschaftleistung der Frau. Er bekämpft die heutige sogenannte „doppelte“ Moral, die einerseits jede Frau als auferhehlende Mutter achtet, dagegen dem Mann jegliche Verantwortungslosigkeit nachsetzt.

Daß durch Gesetzeszwang eine „eheliche“ Verbindung selbst dann weiter aufrecht erhalten wird, wenn die Gemeinschaft schon innerlich gelöst und der Wille der Beteiligten, statt auf Erfüllung der Ebe, auf deren Nichtachtung und Aufhebung gerichtet ist, widerspricht der Auffassung der „Neuen Ethik“. Daher bekämpft der Bund die herrschende Anschauung, nach welcher der innere Wert eines Gemeinschaftsbeziehungsbeziehungs, die Formalkatit die Hauptsache ist. Hinsichtlich einer gesunden Gattungsfortpflanzung wird die reichsgesellschaftliche Mutterschaftsversicherung gefordert. — Wir sympathisieren mit den Zielen der Bundes, jedoch erwarten wir von ihm keine Änderung der Verhältnisse. Seine Tätigkeit wird in der Hauptsache auf die praktische Arbeit beschränkt bleiben. Mit Morallehren kann man keine Umwälzung der Gesellschaftsordnung herbeiführen, seien sie noch so einleuchtend und tief begründet. Unter dem Szepter der kapitalistischen Gesellschaft, die das Weib aus dem Volke profilierend auswand und dann mit Hohn und Spott bewirft, es berodet und verfolgt, blüht die Heuchelmoral und die Prostitution. Nur durch politische Aufklärung und Erkenntnis der Frauen als Vorbedingung der Erwerbung der politischen Macht durch das arbeitende Volk, ist die Befreiung des Weibes von jeder Art Sklaverei möglich und gesichert.

Lesende.

- 1. Kreis. Montag, den 15. Mai, bei Kofke, Hensburger Str. 24. Genossin Woldt spricht über: „Mütter- und Säuglingschutz“.
- Spandau. Dienstag, den 16. Mai, 8 1/2 Uhr, bei Wöhle, Habelstr. 20. Vortrag. Genossin West-Berlin: „Witwen-, Waisen- und Mutterschafts-Versicherung“.
- Gr. Lichterfelde. Dienstag, den 16. Mai, im Kaiserhof, Kronoldplatz. Vortrag: „Reformierung der Schulen“. — Die Broschüre der Genossin Zitz wird gratis verteilt.

Gerichts-Zeitung.

Nachklänge vom vorjährigen Streik der Hamburger Werkarbeiter.

Vor der Strafkammer 4 des Landgerichts Hamburg gelangte am Montag, Dienstag und Mittwoch ein groß ausgelegener Streikprozess zur Verhandlung. Der Körperverletzung, der Nötigung und des Vergehens gegen den § 133 der Gewerbeordnung angeklagt waren die Werftarbeiter Schwemmer, Bold und Heilmann. Daß die Voruntersuchung mit großer Gründlichkeit geführt worden ist, beweist die Tatsache, daß die beiden ersten Angeklagten sich etwa sechs Monate lang in Untersuchungshaft befunden haben. Es waren 48 Zeugen geladen. Die zur Verhandlung stehenden Vorgänge sollen sich am Morgen des 19. August 1910 abgespielt haben. Als die Arbeitswilligen sich nach der Gullkommerst überfetzen lassen wollten, sollen einige von diesen nützlichen Elementen von Streikern angefallen, mißhandelt und gewaltsam noch dem Streikbureau geschleppt worden sein. Als Hauptzeuge war ein zurzeit in einem österreichischen Regiment dienender früherer Streikbrecher in voller Uniform erschienen. Dieser wiederholt vorbestrafte Zeuge, der erst vor kurzem eine ihm vom Militärgericht wegen Diebstahls zuerkannte Gefängnisstrafe von vier Monaten verbüßt hat, suchte die Angeklagten gehörig einzupaden, in welchem Bemühen er von einem Hirsch-Dunderschen und einem anderen erheblich vorbestraften Arbeitswilligen unterstützt wurde. Die Zeugenaussagen divergierten sehr stark. Zunächst sind die Angeklagten auf Grund der von den Arbeitswilligen gegebenen äußeren Beschreibung in Haft genommen worden, wobei die Kopfbedeckung des Angeklagten H. entscheidend war für dessen Mithäterchaft. Nachträglich stellte sich aber heraus, daß H. keine Röhre, sondern einen Hut getragen hat. Von H. wird sogar festgestellt, daß er die Aufforderung an die Streikenden erlassen hat, die Arbeitswilligen nicht zu berühren. Das Gericht stellte fest, daß drei Arbeitswillige einige Schläge erhalten und dann nach einer Wirtschaft geschleppt worden sind, welche Mithäter der Staatsanwalt in gepfeifter Rede mit sieben Monaten Gefängnis geahndet wissen wollte. Das Gericht verurteilte den Sch. wegen Körperverletzung, Freiheitsberaubung und Nötigung zu vier Monaten zwei Wochen und H. wegen der letzten beiden Delikte zu einem Monat Gefängnis, während D. freigesprochen wird. (D. hat ebenfalls sechs Monate in Untersuchung gesessen.)

Da die Scharfmacher dieses Streikdelikt und den damit verbundenen „Terror“ nach allen Regeln der Kunst ausschalten werden, wollen wir bemerken, daß der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. Schulze, dem einen Verteidiger, Dr. Herz-Altona, darin zustimmte, daß der große Werftarbeiterstreik, an dem sich 10 000 Personen beteiligten, im allgemeinen ruhig, ja musterhaft verlaufen sei.

Das Recht auf den Himmel.

Der § 1004 des Bürgerlichen Gesetzbuchs enthält die allgemeine Bestimmung, daß der Besitzer eines Eigentums bei Verletzung von dem Störer die Beseitigung der Verletzung verlangen kann. Eine derartige Verletzung ist die das Recht gibt, Beseitigung zu verlangen, liegt nach der Rechtsprechung auch dann vor, wenn ein Haus so nahe und so hoch an einem anderen errichtet wird, daß dem anderen Grundstücke Licht und Luft abgeschnitten werden. Nun hat das Reichsgericht unter Auslegung des § 142 Teil I Titel 8 des Allgemeinen Landrechts den auch für den § 1004 des Bürgerlichen Gesetzbuchs gültigen Rechtsgrundsatz aufgestellt, daß ein Haus mindestens in solcher Entfernung von einem anderen Grundstück errichtet werden muß, daß von dem untersten Bohnraum des einen Grundstücks ein Mensch in normaler Größe hinter geschlossenem Fenster den Himmel sehen kann. In einer jetzt ergangenen neuen Entscheidung hat das Reichsgericht diesen Rechtsgrundsatz unter Befestigung eines Urteils des Oberlandesgerichts Hamm dahin ergänzt, daß es nicht genügt, wenn man rechts oder links an dem anderen Grundstück vorbeisehend den Himmel vor Augen hat; vielmehr kommt es darauf an, daß man den Himmel in vertikaler Richtung sieht, also nicht von der Seite, sondern von oben. Dieser Entscheidung liegt folgender Sachverhalt zugrunde. Der Kläger H. besitzt am Flachsmarkt Nr. 6 in Hattungen ein dreistöckiges Haus. Diesem Hause gegenüber stand, durch eine 80 bis 85 Zentimeter breite Gasse getrennt, das Haus des Beklagten, das dieser im Jahre 1907 abreißen ließ und durch ein großes Warenhaus ersetzen ließ. Während des Baues wies der Kläger auf sein Lichtrecht hin; der Beklagte baute unbekümmert weiter. Nunmehr hat der Kläger die vorliegende Klage auf Beseitigung erhoben.

Landgericht Essen und Oberlandesgericht Hamm haben im Sinne des Klägers erkannt und den Beklagten verurteilt, daß er dem Kläger in der vor dem Neubau befindlichen Art und Weise den freien Blick auf den Himmel zu gewähren habe. In der Begründung seines Urteils tritt das Oberlandesgericht der Auffassung des Beklagten entgegen, daß es schon genüge, wenn der Himmel überhaupt zu sehen sei, was möglich sei, wenn der Kläger nach rechts oder links blicke. Das Recht des Klägers bestehe darin, daß er in vertikaler Richtung den Himmel sehe. Dieser Auffassung ist vom hygienischen Standpunkt aus durchaus beizutreten. Denn es handelt sich hierbei nicht nur um die Möglichkeit der Erlangung des nötigen Lichts, sondern auch um Zuführung frischer Luft, die ebenfalls durch den Bau großer Gebäude in allerndäster Höhe der Fenster abgeschnitten wird.

Das Reichsgericht hat die Revision des Beklagten zurückgewiesen und das Urteil des Oberlandesgerichts Hamm bestätigt. Dem Beklagten wird nun weiter nichts übrig bleiben, als das obere Stockwerk seines Warenhauses abreißen zu lassen, falls der Kläger nicht damit einverstanden ist, daß man — ein bereits von Architekten gefaßter Plan — einen Lichtschart durch das Warenhaus bricht, um so dem Kläger den freien Blick nach dem Himmel zu gewähren. (Rt. Z. V. 474/10. Urteil vom 10. Mai 1911.)

Wochen-Spielplan der Berliner Theater.

- Königl. Opernhaus. Sonntag: Die Zauberflöte. Montag: Iphigenia in Aulis. Dienstag: Iphigenia in Aulis. Mittwoch: Die Königsfinder. Donnerstag: Ariadne auf Naxos (Anfang 7 1/2 Uhr). Freitag: Die Zauberflöte. Sonnabend: Iphigenia in Aulis. Sonntag: Die Heldenmänner. Montag: Der fliegende Holländer. (Anfang 7 1/2 Uhr.)
- Königl. Schauspielhaus. Sonntag: Die Welt in der man sich langweilt. Montag: Dr. Klaus. Dienstag: Goldfische. Mittwoch: König Richard II. Donnerstag: Wie die Alten tungen. Freitag: Aus Straßburg. Sonnabend: König Heinrich IV. I. Teil. Sonntag: Richardmann als Erzieher. Montag: König Heinrich IV. II. Teil. (Anfang 7 1/2 Uhr.)
- Neues Igl. Opernhaus. Sonntag, 14. Mai: Ein Winterabend. (Anfang 7 1/2 Uhr.)
- Deutsches Theater. Sonntag: Faust 2. Teil. (Anfang 6 Uhr.) Montag: Ein Sommernachtsstraum. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Dienstag und Mittwoch: Faust 2. Teil. (Anfang 6 Uhr.) Donnerstag: Faust 1. Teil. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Freitag: Faust 2. Teil. (Anfang 6 Uhr.) Sonnabend: Othello. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Sonntag: Faust 2. Teil. (Anfang 6 Uhr.) Montag: Dantel. (Anfang 7 1/2 Uhr.)
- Deutsches Theater (Kammerstücke). Sonntag: Sumurun. Montag: Frühlingserwachen. Dienstag: Sumurun. Mittwoch: Die Königin. Donnerstag: Der verwundete Vogel. Freitag: Die Königin. Sonnabend: Sumurun. Sonntag und Montag: Die Königin. (Anfang 8 Uhr.)
- Leistung-Theater. Sonntag nachm. 3 Uhr: Hedda Gabler. Wends: Glaube und Heimat. Montag bis Sonnabend: Glaube und Heimat. Sonntag, 21. Mai, nachm. 3 Uhr: Die verfluchte Glocke. Wends: Glaube und Heimat. (Anfang 8 Uhr.)
- Kleines Theater. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Nur ein Traum. Wends: Der Leibgarbit. Montag bis Sonnabend: Der Leibgarbit. Sonntag, 21. Mai, nachmittags 3 Uhr: Nur ein Traum. Wends und Montag: Der Leibgarbit. (Anfang 8 Uhr.)
- Neues Schauspielhaus. Sonntag bis Freitag: Eine Million. Sonnabendnachmittag 3 Uhr: Sternsches Konfektorium. Wends: Eine Million. Sonntag und Montag: Eine Million. (Anfang 8 Uhr.)

Neues Theater. Täglich: Mein erlauchter Väter. (Anfang 8 Uhr.)
Berliner Theater. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Taim. Abends: Sammelstudien. Montag bis Sonnabend: Sammelstudien. Sonntag, 21. Mai, nachmittags 3 Uhr: Einer von unsere Leut', Abends und Montag: Sammelstudien. (Anfang 8 Uhr.)
Neues Volks-Theater. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Der Vielgeprüfte. Abends: Roter Lampe. Montag und Dienstag: Roter Lampe. Mittwoch und Donnerstag: Der Vielgeprüfte. Freitag und Sonnabend: Roter Lampe. Sonntag, 21. Mai, nachmittags 3 Uhr: Der Vielgeprüfte. Abends und Montag: Der Vielgeprüfte. (Anfang 8 Uhr.)
Modernes (Heddel) Theater. Sonntag bis Freitag: Dienerinnen. Sonnabend: Die Hübsche der Pandora. Abends und Montag: Dienerinnen. (Anfang 8 Uhr.)
Komische Oper. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Orpheus in der Unterwelt. Abends: Der Teufelsweg. Montag: Hofmanns Erzählungen. Dienstag: Der Teufelsweg. Mittwoch: Ein Kasernenball. Donnerstag: Orpheus in der Unterwelt. Freitag: Zum erstenmal: Nigolotto. Sonnabend: Tosca. Sonntag, 21. Mai, nachmittags 3 Uhr: Die Fledermaus. Abends: Der Teufelsweg. Montag: Ein Kasernenball. (Anfang 8 Uhr.)
Thalia-Theater. Abends: Polnische Wirtschaft. (Anfang 8 Uhr.)
Der große Name. Montag: Liebeslied. Literatur. Dienstag: Der große Name. Mittwoch: Der Traum ein Leben. Donnerstag und Freitag: Der große Name. Sonnabend: Nathan der Weise. Sonntag, 21. Mai, nachm. 3 Uhr: Die Ehre. Abends: Hufarensieber. Montag: Liebeslied. Literatur. (Anfang 8 Uhr.)
Schiller-Theater Charlottenburg. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Papstwahl. Abends: König Heinrich. Montag: Am Klüßel. Dienstag: König Heinrich. Mittwoch: Liebeslied. Literatur. Donnerstag und Freitag: König Heinrich. Sonnabend: Der große Name. Sonntag, den 21. Mai, nachmittags 3 Uhr: Papstwahl. Abends: Der große Name. Montag: König Heinrich. (Anfang 8 Uhr.)
Friedrich-Wilhelms-Theater Schauspielhaus. Sonntag: Der Götterbesitzer. Montag bis Sonntag: Kasperl. (Anfang 8 Uhr.)
Neues Operetten-Theater. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Der Gluckengel. Abends: Der Graf von Luxemburg. Montag bis Sonnabend: Der Graf von Luxemburg. Sonntag, 21. Mai, nachmittags 3 Uhr: Der Gluckengel. Abends und Montag: Der Graf von Luxemburg. (Anfang 8 Uhr.)
Theater des Westens. Sonntagnachmittag 3/4 Uhr: Der fidele Bauer. Abends und Montag: Die geschiedene Frau. Dienstag bis Freitag: Ein Walzertraum. Sonnabend: Die lustige Witwe. Sonntag, den 21. Mai, nachmittags 3/4 Uhr: Die lustigen Nibelungen. Abends und Montag: Die lustige Witwe. (Anfang 8 Uhr.)
Berliner Volks-Oper. Sonntagnachmittag 3/4 Uhr: Der Haffenschmid. Abends: Der Troubadour. Montag: Jasmin. Dienstag: Das lustige Weibchen. (Anfang 8/9 Uhr.)

Trianon-Theater. Abends: Das Prinzen. (Anfang 8 Uhr.)
Luisen-Theater. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Aus erster Ehe. Abends: Ohne Rutter. Montag bis Freitag: Ohne Rutter. Sonnabend: Der kritische Tag. Sonntag, den 21. Mai, nachmittags 3 Uhr: Aus erster Ehe. Abends und Montag: Ohne Rutter. (Anfang 8 Uhr.)
Kunstspielhaus. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Rebers. Abends: Der Feldherrnhügel. Montag bis Sonnabend: Der Feldherrnhügel. Sonntag, 21. Mai, nachmittags 3 Uhr: Der Herr Senator. Abends und Montag: Der Feldherrnhügel. (Anfang 8 Uhr.)
Koffe-Theater. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Rutterlegen. Abends: Auf nach New York. Montag: Robert und Vertram. Dienstag: Auf nach New York. Mittwoch: Rutterlegen. Donnerstag: Auf nach New York. Freitag: Robert und Vertram. Sonnabend: Auf nach New York. Sonntag, 21. Mai, nachmittags 3 Uhr: Auf nach New York. Abends und Montag: Der fremde Bild. Die Verlobung im Bett. (Anfang 8 Uhr.)
Casino-Theater. Sonntagnachmittag 3/4 Uhr: Marianne, ein Weib aus dem Volke. Abends: Zwei Wappen. Montag bis Sonnabend: Zwei Wappen. Sonntag, 21. Mai, nachmittags 3/4 Uhr: Marianne, ein Weib aus dem Volke. Abends und Montag: Zwei Wappen. (Anfang 8 Uhr.)
Metropol-Theater. Abends: Dohlet amüßert sich. Anfang 8 Uhr.
Hollid Caprice. Abends bis auf weiteres: Der Helm wird plagen. III. Klasse. Anfang 8/9 Uhr.
Pallo-Theater. Abends: Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.
Vasage-Theater. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Spezialitäten. Abends: Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.
Wintergarten. Abends: Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.
Weidhallen-Theater. Täglich: Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.
Walhalla-Theater. Abends: Prinz und Bellerin. (Anfang 8/9 Uhr.)
Herrnsfeld-Theater. Täglich: Scheidungs-Souper. Ein Verlobungsgeschäft. Die Bar-Schwester. (Anfang 8 Uhr.)
Carl-Haberland-Theater. Täglich: Spezialitäten. Anfang 7/8 Uhr.
Kaiser-Panorama. Täglich: Besuch von Wiesbaden und der Saalburg. Parolle während des Krieges.
Volgt-Theater. Montag: Der Südensied. Mittwoch und Freitag: Der Postillon von Mäncheberg.
Urania-Theater. Lindenstr. 48/49. Lebende Leis über von nah und fern. (Anfang 8 Uhr.)
Sternwarte. Invalidenstr. 57-58.

von 4 1/2 bis 6 Uhr abends halt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Aufsatz ist ein Buch und eine Zahl aus Wetzsteinen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Gütige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

§. 100. 1. und 2. Das Verfahren der Steuerbehörde entspricht dem Gesetz (§ 62 und § 19 Einkommensteuergesetz). Reklamation ist daher in beiden Fällen ausgeschlossen. — **W. R. 103. 1. 3.** Nachen. Geburtsurkunden und Militärpapiere. 2. Namensänderung erfolgt durch Erklärung dem Standesbeamten gegenüber. Im übrigen entscheidet das Vormundschaftsgericht auf Antrag. 3. Die Widrigkeit ist dem Amtsgericht mitzuteilen. Es erfolgt demnachst Verladung, der Folge zu geben ist. Kosten: 300 M. Wegen der Angelegenheit der Kostenverteilung befragen Sie Ad. Hoffmann, Blumenstr. 24. — **W. R. 100. 1.** Mit der Auflösung, 2. Wenn der Käufer von der bezeichneten Abfahrt Kenntnis hatte und die Bedingungen bewiesen werden können, ja. 3. Die Mietverträge behalten Gültigkeit. 4. 100 M. rund; wird der Reichstempel erlassen, 40 M. weniger. Die Gesamtkosten erhebt der Rotar. — **W. R. 235.** Wiederholen Sie Ihre Anfrage und teilen Sie noch mit, wann Ihre Braut in Dienst getreten ist. — **Kranke, Wesewalk.** Die Verpflichtung besteht nur nach Abgabe der Leistungsfähigkeit. Der zum eigenen Unterhalt nötige Betrag muss dem Mann verbleiben. — **15. Mai. 1. und 2.** Unveres Erachtens: nein. 3. Ja. — **W. R. 22.** Rotar oder Gericht. — **W. R. 88.** Die Frage lässt sich nur beantworten, wenn wir wissen, wieviel Renten und welcher Klasse gestellt worden sind. In der Regel ist die Invalidenrente höher; diese können Sie weiter befragen, ohne die Altersrente zu beantragen. — **W. R. 10.** Die Nachveranlagung ist zulässig. Beantragen Sie Einbindung oder Bewilligung von Ratenzahlungen. — **W. R. 5025.** Der Ehemann hat nur den einmaligen Zinsgenuss. Der Zinsanspruch ist pfändbar. — **W. R. 36.** Das Gesetz bestimmt darüber nichts. Das ist Sache der Vereinbarung unter den Parteien. — **W. R. 150. 1.** Nein. 2. Ja. — **W. R. 20. 1.** Nach dem Einkommen des Kalenderjahres 1910. 2. Leider nicht. 3. Wenn der Nachweis erbracht wird, muss die Klage abgewiesen werden sein. Alle ernsthaften Anfragen werden beantwortet; es wird daher auch Ihre frühere Anfrage beantwortet sein. — **W. R. 100.** Sie sind haftbar, Ihre Eltern nicht. — **W. R. 100.** Mittel zur kostenlosen Bestellung eines Rechtsanwalts stehen und leider nicht zur Verfügung. — **W. R. 100.** Eine Klage gegen den Vater ist aussichtslos. — **W. R. 100.** Die Vermögensverwaltung steht dem Vormund zu. — **W. R. 24.** Zwischen 10 und 6 Uhr, wenn im Verzuge nichts anderes bestimmt ist, muss die Beistellung möglich sein. Sie sind also zur Abgabe des Schließens verpflichtet. — **W. R. 3.** Das geliehene Geld kann voll herausverlangt werden. Außerdem kann der Vater ein Recht des Nachlasses als gesetzlichen Pflichtteil fordern. — **W. R. 111. 1. Ja. 2. 14 Tage. 3. Unzulässig. — W. R. 50. 1.** Beim Patentamt. 2. 50 M. anlässlich Kosten des Patentanwalts, den Sie etwa zu Rate geben. — **W. R. 100. 1. und 2. Ja. 3.** Soweit der Lohn 28,85 M. wöchentlich übersteigt. — **W. R. 1. 1. und 2.** Nein. 3. Ja. Ebenso, das Sie in einem früheren Falle 5 M. und 5 Pfennig erhalten haben. 4. u. 5. Ja

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Dienstag 6 Uhr, von vier Treppen — Poststraße —, wochentäglich von 4 1/2 bis 1/2 Uhr abends, Sonnabends

Ein warmes Nest



**„Ein warmes Nest“
Gartenstadt
Falkenhagen - West**

direkt am Bahnhof Seegefeld
Charlottenburg ab Bahnhof Jungfernheide
 30 Minuten ab Lehrter Bahnhof (Hamburger Bahn)

Wunderschönes Landschaftsbild mit bewaldeten Höhenzügen am Bricselang, an den schönsten u. größten Laub- u. Nadelwäldern anschließend. Direkter Stadtbahnverkehr steht in naher Aussicht. Die **Döberitzer Heerstrasse** liegt in nächster Nähe. Daher grosse Wertsteigerung!

Rute von 10 Mk. an

Kleinste Anzahlung. Amortisiert. - Hyp. bis 1920. Fertige Sommerhäusern 700.-, 1100.-, 1500.- M. schliessefertiger, sofort besetzbar

Nieschalke & Nitsche
 Berlin NO, Neue Königstrasse 16
 Fernspr.: Amt VII, 6576.

Verband deutscher Gastwirtsgehilfen.

Bureau: Amt III, 1474. Berlin N. 24, Gr. Hamburger Str. 18/19. Arbeitsnachweis: Amt III, 1813.

Ortsverwaltung I für Kellner, Köche, Köchinnen, Büfettiers usw.	Ortsverwaltung II Abteilung für das Hilfspersonal: Zapfer, Hausdiener, Kupferpuher usw.	Ortsverwaltung III Abteilung für Bierabzieher.
---------------------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------------------------------------------------

Die Mitglieder des Verbandes sind mit einer Mitgliedskarte zur Legitimation versehen, die jedes Quartal erneuert wird und die Farbe wechselt.

Die für das laufende Quartal gültige Karte ist von brauner Farbe mit schwarzem Aufdruck und lag dieselbe am letzten Zahlabend zur Ansicht auf. — Wahlvereinsbücher gelten nicht als Ausweis für die Zugehörigkeit zur gewerkschaftlichen Organisation.

Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, daß der „Verband deutscher Gastwirtsgehilfen“ und der „Gastronomische Gehilfenverband“ nicht identisch sind.

Der Vorstand.

Nordhäuser Kautabak

VON
Grimm & Triepel, Nordhausen.

Man verlange stets ausdrücklich unser Fabrikat — „Marke Grimm & Triepel“ — und weise die vielfach missbräuchlich — angebotenen geringwertigen Nachahmungen zurück. — Zum Zeichen der Echtheit befindet sich in jedem unserer Röllchen ein Zettel mit unserer Firma in Rotdruck, was wir beim Einkauf besonders zu beachten bitten.

Charlottenburg.
S. Hoffmann, Wilmsdorfer Straße 12
 Ecke Schulstraße
 empfiehlt sein reichhaltiges Lager von
 — guten selbstangefertigten **Sommer-Anzügen und Paletots**
 für Herren und Knaben zu sehr soliden Preisen.
 Maß-Anzüge aus den modernsten Stoffen von 45 M. an
 in eigener Betriebswerkstätte. 42511*

Heinrich Franck
 Tel.: Amt III, 4332. Brunnenstr. 22. 6-7 Uhr geöffnet.
Java-Umblatt bedeutend billiger:
 No. 1639. Bezocki-Art. Vollblatt, 3 Länge, zart, reif, sehr blattig. M. 1,70
 No. 1654. Locmadjang. Vollblatt, 2 Länge, reif, leicht sehr groß, M. 1,80

Abessinier-Brünnen
 zum Selbstausstellen für 3 m Tiefe schon v. 12 M. an; Hochpumpen, Garten- und Druckpumpen usw. 5 Jahre Garantie. Illust. Preislisten gratis. Koblank & Co., Pump.-Fab. Berlin N., Reinickendorferstr. 95

Kennen Sie sie?
 Wenn nicht, dann beschäftigen Sie die
Villenkolonie Karow,
 die ausichtsreichste Gartensiedlung a. d. Stettiner Bahn. 20 Hekt. Fabri. 300-500 M. Anz. genügt. Wäme gratis. J. Rieger, Berlin, Gontardstr. 5.

1 MARK



wöchentliche
Tollzahlungen
Herren-Garderobe

Ersatz für Mess Anfertigung n. Mass Tadellos Ausführung.

Julius Fabian
 Schneidermeister
 Gr. Frankfurter Str. 37, II
 Eingang Strausberger Platz
 II. Geschäfte
 Turm-Strasse 18
 nur erste Etage
 kein Laden

Rohtabak
 Sumatra-Decke, 2 Länge, Vollbl., schneew. Br. 3 M. Max Jacoby, Stralitzer Str. 52.

Zeun & Ellrich
 Berlin N. 31,
 151 Brunnenstr. 151
 offerieren
Roh-Tabake
 verzollt und unverzollt, zu billigsten Preisen. z. B.:
Java-Umblatt verzollt M. 1,50
 — Versand gegen Nachnahme. —

Spezialität!
!! Von 40 M. an!!
 Herrenanzug oder Paletot nach Maß, neueste Stoffe, auf Rohbaar gearbeitet, Prägn. Beschäftigung am Lager erbeten ohne Kaufzwang. Kein Vorkauf!

Wer-Stoff-hat
 fertige Herrenanzug od. Paletot von 20 M. an, feinste Rat. Zum Kauf nehmen bitte um Ihren Besuch.

Für guten Sitz bekam gold. Medaille
 Ein Versuch führt zu dauernder Kundsch. **Ludwig Engel,** Breng-lauer Straße 23, II (Hilfenderplatz). Begr. 1892. 73/4

Frack-Verleih-Institut:
 Friedrichstr. 115/1, a. Draßg. Tor. Eleg. Frack, Gehrad 1,50, Dose 1,00, Welle 50 Pf.

Sophien-Säle Sophienstraße 17/18
 Querstraße der Rosenthaler Straße — am Hackeschen Markt —
 Inhaber: **Johann Heidrich**
 empfiehlt seine von 60-2000 Personen lassenden Säle zu Hochzeiten, Versammlungen, Vorträgen, und Kunstausstellungen usw. Vorzügliche Musik. Kulant. Entgegenkommen. — Die Regelstunden sind noch einige Tage frei.
Großer Saal noch Sonnabende im September, Oktober, November und Dezember frei.

Für Restaurateure u. Wursthändler.
 Alle Schweineschlächtereien sucht Abnehmer in prima Ia Wiener, Knob-länder, 40 Saare 3,00 M., in prima Ia Postmarkte, mild, 9 Stk. 1,00 M., sowie alle anderen Sorten Wurst, nur bester Qualität, billig.
 Offerten unter **M. G. 100,** Postamt 61. 17588

Billige und schöne Einzimmer-möblierung sofort od. Juli, 20 M. Zweisimmerwohnung, vorn, n. Gart. 27 M. (Zull). Stoglitz, Gerberstr. 5.

Mieter!
Wer gesund, modern und billig wohnen will,
 der beschaffe die Wohnungen an der
Schloß-Allee am kgl. Schloßpark Pankow-Niederschönhausen
 4 Zimmer v. 750 M., 3 Zimmer v. 620 M., 2 Zimmer v. 400 M. an. Für 10 Wfrung direkt zu erreichen mit der Stettiner Vorortbahn (Stat. Pankow-Feinewald), mit der Siemensbahn von der Mittelstraße sowie der Linie 49. In die Nähe führen noch mit Zugang durch den Schloßpark Linie 47, 48 und 57. Näheres Niederhöfchen, Schloß-Allee 40. Fernspr. Amt Pankow Nr. 200. 09/10*

Ich habe mich
Motzstr. 75, part.
 (am Nollendorf-Platz)
 niedergelassen. 73/11*
 Telephon: Amt VI 3608.
Werner Freudenberg,
 prakt. Zahnarzt.
Stoffe
 für Anzüge, Paletots, Meter 3, 4, 5 M. aus direkter Quelle, daher am billigsten. Tuchlager Koch & Soeland G. m. b. H. Gertraudenstr. 20-21. Petrifische.

+ Magerkeit +
 schwindet durch Haufe's Nährpulver „Thallosin“. Preisgekrönt Berlin 1904. In 6 Wochen 24 Pfund ärztl. kontrollierte Zunahme. Gar. unschädlich. Viele Anerk. Karton 2 M., bei Postvorsand Porto und Nachnahmespesen extra. H. Haufe, Berlin N., Greifenhagenstr. 70. Depots in folgenden Apotheken: Lothringerstraße 50 (am Rosenthaler Tor), Elefant-Apothek, Leipzigerstr. 74, Weissenburgerstraße 53, Potsdamerstr. 29, Köpenickerstr. 119, Bornburgerstr. 3, Frankfurter Allee 74, Rosenthalerstraße 61, Reinickendorferstr. 1. Charlottenburg: Bismarckstr. 81. Spandau: Potsdamerstraße 40. Best.: Pfl. Eiw. Haemogl. Lecith. Bann. Natronchl. Cac. Zucker. *

Enorm billig!
 Vorjährige feinste
Ulster-Anzüge
 von 25-60 M.
 Billige Rosenwoche.
Versandhaus Germania
 Unter den Linden 21. 73/9

Hermann Fischers billigste Stärke
 Berlin, Urbanstr. 111. Ede Fabrik, früher Rigdorj. Tel.: Amt IV, 13450.

Mahlsdorf,
 Cu.-R. von 8 M. an, 20 Hekt. J. Rieger, Gontardstr. 5.

Wandlitz!
 Gesellschaftshaus von Georg Rohan. Erstes freies Lokal der Umgegend. Großer Saal und Garten. Regelmäßig und Fremdenlogis. 17285*

Gelegenheitskauf!

2000

Damen-Leder-Hand-Taschen

in den verschiedensten Ausführungen
2.85 3.75 4.75

A. Jandorf & Co

Spittelmarkt Belle-Allianzstrasse Grosse Frankfurterstrasse Brunnenstrasse Kottbuscher Damm

Billige Woche

Somit Vorrat

Damen-Konfektion

- Kostümröcke** aus imitiert Leinen mit Einsätzen und Knöpfen garniert..... 2.45, 3.95
- Matinees** aus üblich gemustertem Waschstoff, mit Kimonoärmel und Band garniert 1.75
- Paletots** aus imitiert Leinen, Revers mit farbigem Paspel und Einsätzen garniert..... 4.95, 6.75
- Unterröcke** aus gestreiften Waschstoffen, mit verschiedenen Volant-Garnierungen 1.75, 2.45
- Kostüme** aus imitiert Leinen, reich mit Einsätzen und Knöpfen garniert 12.75, 16.50
- Staubmäntel** aus leichten modernen Sommerstoffen, mit garnierten Revers 5.50, 7.75
- Weisse Batistblusen** mit Stickerei und Einsätzen garniert 1.45, 1.95, 2.95, 3.95

Herren-Waschwesten moderne Muster, in vielen Weiten..... 1.95
Panama-Hüte für Herren „Stumpfen“ 2.85, 3.90, 5.75, 6.90

Herren-Artikel

- Herren-Oberhemd** farbig Perkal mit festen Manschetten 1.90
- Herren-Matlot-Hut** moderne Form, mit breitem Band 1.45, 1.95
- Herren-Oberhemd** einfarbiges Rampf, mit Zephyreinsatz und festen Manschetten 3.25
- Herren-Hut** Panama-imitation, mit farbiger Bandgarnitur 1.60
- Herren-Oberhemd** weiss, mit Pique-Falten-Einsatz 3.75
- Herren-Sport-Mütze** in englischen Dumas, mit seidnenem Futter 1.25
- Herren-Oberhemd** mit waschendem Einsatz, festen, und 1 Paar Ersatz-Manschetten 4.35
- Hosenträger** aus starkem Gummiband 75, 90 Pf.
- Garnitur** bestehend aus: Serviteur mit passenden Manschetten, „Waschseide“, in hübschen Farben 1.45
- Binder und Regattes** „Reine Seide“ 90 Pf.
- Westengürtel** in modernen Farben 95, 1.95
- Lüster-Jacket** schwarz oder gestreift, in vielen Grössen 2.85
- Herren-Sporthosen** aus weissem Kopenstoff in allen Längen 2.75
- Knaben-Blusen** hell oder dunkel gestreifte Tennis-Stoffe, für 3-8 Jahre durchweg 95 Pf.
- Knaben-Hosen** mit Leibchen, aus blauem Waschstoff, für 3-8 Jahre durchweg 75 Pf.

Gelegenheitskauf 50.000 paar **Kindersöckchen**

1, 2, 3, 4 5, 6, 7, 8
einfarbig, weissgrundig oder dunkelgrundig mit Ringel- oder Jacquard-Band 28 Pf. 38 Pf.

Bös

Sind ohne Frage alle Hautunreinheiten und Hautauschläge, wie Mitesser, Miltchen, Finnen, Rote des Gesichts etc. Daher gebrauchen Sie nur die allein echte **Steckpferd-Teerschwefel-Seife** von Bergmann & Co., Halle/Saale.
A Stück 50 Pf. Ferner macht der **Cream-Dada** (Lilienmilch-Cream) rote und spröde Haut in einer Nacht weiss und sammetweich. Tube 50 Pf., überall zu haben.

Rauchertrost

in schweren Zeiten.

Monti-Zigarette

10 Stück 15 Pf.

Hervorragende Qualität.

Nur in den realen Zigarrengeschäften.

Berlins grösstes Kredithaus
„ALLE TAGE ANDERS“
dicht am Nettelbeckplatz.

Auf Kredit

Herren-Garderobe
Damen-Garderobe
Kinder-Garderobe

für Knaben und Mädchen
Wöchentliche Teilzahlung nur 1 M.

Sport- und Kinderwagen
Kolossale Auswahl
Preise so billig wie nur möglich!

Gratiszugabe: Herren: eleganter Hut oder moderner Stock.
Damen: elegante Lederwase usw. usw.
bis zum Pfingstfesten Verabfolgung der doppelten Anzahl der Original-Sparmarken des Rabatt-Sparvereins „Norden“ oder 10 Prozent Rabatt in der 100 Mark.

Einziges Waren-Abzahlungs-Geschäft, das zur Verabfolgung der Sparmarken des Rabatt-Sparvereins „Norden“ berechtigt ist.

Waren- und Möbel-Kredit-Haus
„ALLE TAGE ANDERS“

Grösstes Haus a. Nettelbeckplatz
Pank-, Gericht- und Reinickendorfer
Strassen-Ecke
partiere, I., II., III. und IV. Etage.

Auf Teilzahlung
wöchentlich nur 1 Mark
Grammophone

mit und ohne Nadel zu spielen.
Harmontums, Zithern auf unterlegtem barren Notan, Mandolinen, Gitarren, Geigen, Wiener Handharmonikas usw.

M. Jahre's Musikspezialgeschäfte



I. Geschäft: Brunnenstr. 117, II. Geschäft: Moabit, Gotakowskystr. 31, III. Geschäft: Woldenberger Str. 2, an Grolfwalder Str.

Möbel, Spiegel **Julius Krause** Kastanien-Allee u. Polsterwaren Nr. 40
Komplette Wohnungseinrichtungen
zu anerkannt soliden Preisen. — Teilzahlung gestattet.

Steppdecken in sauberster Ausführung empfiehlt sich am besten zu kaufen nur direkt in der Fabrik
Bernhard Strohmandel
Berlin, Wallstr. 72 und Spittelmarkt, Seydelstr.
(Zweiggeschäft: W., Joachimsthaler Straße 25/26, Reparaturen u. Aufarbeitungen billig. Qualitätsrichtiger Preislisten gratis u. franco.)



Persil

Waschmittel

Millionenfach im Gebrauch! Unerreicht in Wasch- und Bleichkraft.
Wäscht von selbst

ohne Reiben und Bürsten, ohne Zusatz von Seife und Waschlauge. Nur einmaliges 1/4-1/2 stündiges Kochen. Garantiert unschädlich! Erhältlich nur in Original-Paketen.

HENKEL & Co., DÜSSELDORF.
Alleinige Fabrikanten auch der weltberühmten

Henkel's Bleich-Soda

Fabrik-Niederlage für Berlin und Vororte:
Joh. Schmalzer, Berlin N. 4, Tieckstrasse 11.

Gerichts-Zeitung.

Um den jungen Grafen Kwisled.

Gestern hatte das Reichsgericht zu entscheiden, ob der jetzt vierzehn Jahre alte Graf Joseph Kwisled weiter diesen Namen führen oder von nun an Leo Franz Parza heißen soll.

Ein Raubanfall

auf einen Kaufmannslehrling, der Geld von der Reichsbank geholt hatte, beschäftigte gestern das Schwurgericht des Landgerichts III. Wegen Straßenraubes hatte sich der bisher unbefristete Jünger Hermann Bölle zu verantworten.

Ein Chemiker als Kurfürscher und Betrüger.

Vom Landgericht Altona ist am 4. Februar der Chemiker Bernhard Heyden wegen Betruges zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden.

und es gegen 12,80 M. und 30 Pf. Kaution verhandelt. Er ist dann zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Aus aller Welt.

Der Halbmond von Marokko.

Das Sehnen aller respektablen Bürger, das leere Knopfloch des Fracks mit irgend einem glitzernden „Spielzeug“ zu schmücken, hatten sich seit einiger Zeit mehrere Pariser Gauner zunutze gemacht.

Christliche Moral.

Aus Rom wird uns geschrieben: In einem hierischen Skandal erster Ordnung entwickelt sich eine geheimnisvolle und anfänglich als Kirchenschändung verschrieene Versammlung eines Christusbildes in Villafranca bei Verona.

erschien wenig glaubwürdig, da der Zweck der Verhöhnung allzu dreist zutage getreten war. Vor einigen Tagen hat man nun wirklich unter einem Haufen Unkraut den unbeschädigten Christus-Kopf gefunden und hat somit einen Beleg dafür in der Hand, daß der Künstler gelogen hat.

Zunmer standesgemäß.

Der „Pravo Lidu“ veröffentlicht folgendes Kulturdokument:

Der „Pravo Lidu“ veröffentlicht folgendes Kulturdokument: Dienstbefehl J. 152. In der Nacht vom 1. zum 2. Mai wird von Brünn nach Wien Staatsbahnhof ein Sonderzug von Pferden des Hofes nach dem beigefügten Fahrplan mit Anschlag von Kladrub abfahren.

Kleine Notizen.

Krieg im Frieden. Während einer Feldübungsübung des französischen 28. Dragoner-Regiments in der Nähe von Rilly rannten zwei Schwadronen aufeinander.

Opfer eines Viebesturmes. Die in Antwerpen erscheinende „Tribune Congolaise“ meldet, daß infolge eines Tornados in Lokandu am Kongo zwei mit Soldaten besetzte Boote gelentert sind.

Wie man den Hunger stillt. Aus der von Hungersnot heimgesuchten chinesischen Provinz Supeih in Gulau eingetroffene Flüchtlinge verjachten, das Amtsspal des Bezirksamts, der ihnen Verpflegungsmittel verweigerte, zu zerstören.

Marktpreise von Berlin am 12. Mai 1911, nach Ermittlung des königlichen Polizeipräsidiums. Markthallenpreise (Kleinhandel.) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00-50,00.

Gegründet 1867

Stiller



Zentrale und Versand: Jerusalemer Str. 38-39

Potsdamer Strasse 2 Friedrich-Strasse 75 Tauentzien-Strasse 19a König-Strasse 25-26

Tauentzien-Strasse 7b Mark 12.50 Spezial-Verkauf

Demnächstige Eröffnung: Charlottenburg Wilmersdorfer Strasse 45

Reich illustrierter Haupt-Katalog gratis

Braune Schuhe und Stiefel

Unsere Auswahl in farbigen Schuhwaren ist noch nie so gross gewesen wie in der diesjährigen Saison

Neue Farben □ Neue Modelle □ Neue Fassons

Aparte Halbschuh-Neuheiten für Damen

Tennis-Schuhe und Ruder-Schuhe

Vorschriftsmässige Turnschuhe □ Sandalen in modern, u. antiken Formen

Leinen-Stiefel und Leinen-Schuhe

für Herren, Damen und Kinder in weiss, grau und mode

Ledergeflochtene Stiefel und Schuhe

Berg-, Touren- und Jagd-Stiefel

in besonders grosser Auswahl

Haus-, Garten- und Reise-Schuhe

für Herren, Damen und Kinder

Haupt-Preislagen für Herren- und Damen-Stiefel

8⁷⁵ 10⁵⁰ 12⁵⁰ 15⁵⁰ 18⁰⁰

Naturgemäße Kinder-Stiefel

Theater und Vergnügungen

(Siehe Wochen-Spielplan.)

Freie Volkshöhle:

Sonntag, den 14. Mai, nachmittags 3 Uhr.

Thalia-Theater: 3/4. Abteilung (Gruppe 11-15): Roral.
Neues Schauspielhaus: 11. Abteilung (Gruppe 45-50): Agnes Bernauer.
Stern-Theater: 2. Abteilung (Gruppe 7-10): Am des Reiches Forten.

Montag, den 15. Mai, abends 8 Uhr:

Neues Schauspielhaus: 15. (II.) Abteilung: Eine Million.

Neue Freie Volkshöhle:

Sonntag, den 14. Mai, nachm. 3 1/2 Uhr:

Deutsches Theater: Simson und Delfa.
Kammerspiele: Saman.

Rachm. 3 Uhr:

Neues Volks-Theater: Der Vielgedrülte.

Schiller-Theater O.: Die Ehre.

Schiller-Theater Charlottenburg: Kapfenreich.

Metropol-Theater: Mameli Ritouche.

Kleines Theater: Nur ein Traum.

Neues Operetten-Theater: Der Glückselige.

Neues Theater: Tarkoff. — Die Geschwister.

Abends 8 1/2 Uhr:

Neues Volks-Theater: Sonntag, Montag, Dienstag, Freitag, Sonnabend: Roter Lampe. Mittwoch, Donnerstag: Der Bielegrünte.

Volks-Theater: Sonntag: Jasmim. — Das lustige Felleisen.

Schiller-Theater O. Theater:

Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Die Ehre.

Sonntag, abends 8 Uhr: Der große Name.

Montag, abends 8 Uhr: Liebele. Hierauf: Literatur.

Dienstag, abends 8 Uhr: Der große Name.

Schiller-Theater Charlottenburg:

Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Zapfenstreich.

Sonntag, abends 8 Uhr: König Heinrich.

Montag, abends 8 Uhr: Im Klubessel.

Dienstag, abends 8 Uhr: König Heinrich.

Berliner Theater:

Abends 8 Uhr: Bummelstudenten.

Morgen: Bummelstudenten.

Neues Theater:

Täglich: Mein erlauchter Ahnherr.

Anfang 8 Uhr.

Theater des Westens:

Abends 8 Uhr: Die geschickene Frau.

Sonnt. 3 1/2 Uhr: Der fidele Bauer.

Luisen-Theater:

Sonntag, den 14. Mai, nachm. 3 Uhr: Zum 50. Mal: Aus erster Ehe.

Abends 8 Uhr: Ohne Mutter.

Freigelegtes Sensations-Schauspiel in 3 Akten von Benjamin Depoite.

Montag: Ohne Mutter.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus:

Sonntag, den 14. Mai, 8 Uhr: Zum ersten Male: Der Hüttenbesitzer.

Montag und folgende Tage: Raritätenkaffee.

ROSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 132. Nachmittags 3 Uhr: Mutterjegen.

Abends 8 Uhr: Auf nach New York.

Montag: Robert und Vertram.

Lustspielhaus:

Rachm. 3 Uhr: Meyers.

Abends 8 Uhr: Der Feldherrnhügel.

Folies Caprice:

Täglich 8 1/2 Uhr: Wertheim

wird plätzen! Bunter Solo-Teil.

III. Klasse.

Apollo Theater

8 1/2 Uhr: Das neue Programm der Attraktionen.

9 1/2 Uhr: Berlin Sensation:

Am ein Weib.

Großes amerikanisches Lustspielungs-Sensationsstück in acht Bildern.

Die geschickte Ehefrau.

Urania.

Wissenschaftliches Theater. Taubenstraße 48/49.

Abends 8 Uhr: Lebende Tierbilder von nah und fern.

Montag 8 Uhr: Lebende Tierbilder von nah und fern.

Reise

Ausstellung am ZOO

Geöffnet 10-3 Eintritt 1 Mk. Loos 3 Al.

ZOO

LOGISCHER GARTEN

Heute Sonntag 50 Pf. Eintritt der Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Abends 8 Uhr: Gr. Militärkonzert.

Morgen sowie täglich: Großes Konzert.

Passage-Panoptikum

Lebend! Hede Kosch

das Mädchen aus Steinezeit!

Das Urbild der Menschwerdung, und die anderen Schaustellungen.

Ohne Extra-Entree!

Passage-Theater.

Kammerspiele der Hunde.

Ota Gygi, Violinvirtuose.

Alt-Bonner Studenten und das große Mai-Programm!

Trianon-Theater.

Waltspiel des Neuen Schauspielhauses.

Täglich abends 8 Uhr: Das Prinzen.

Liebesroman in 3 Akten v. R. Rich.

WINTERGARTEN

Neues Programm! LA TORTAJADA.

The surf bathers eine Idylle am Meeresgestade.

De Dio

in ihren neuesten Schöpfungen von Phantasietänzen und der von Publikum und Presse glänzend beurteilte Mai-Spielplan.

Rauchen gestattet. — Noacks Theater.

Direktion: Robert Dill. Berlin N., Brunnenstraße 16.

Die Hochzeitsreise.

Lustspiel in 3 Akten von R. Benedig. Vorher: Ein bengalischer Tiger.

Anfang 8 Uhr. Der Garten ist eröffnet!

Zentralverband der Hausangestellten.

Sonntag, den 14. Mai, im „Deutschen Hof“, Ludauer Str. 15: Stiftungsfest.

Programm: Frau Luise Zietz: Feltrede. — Herr Ford, Kaiweit, Kammerfänger (Wieder für Xenor). — Frau Elsa Kordetz und Herr Emil Kühne vom Residenztheater (Meditation und dramatische Aufführung). — Herr Rudolf Tobias (Klavier). Ball.

Anfang 6 Uhr. — Beginn des Programms 7 1/2 Uhr.

Neue Welt.

Große Spezialitäten-Vorstellung

Auftreten der spanisch. Nationaltänzerin Sennorita Dolina und der indischen Schönheit Miß Lala-lea.

Im Kinema ausgewähltes Programm. Heute Eintrittspreis 10 Pf. Täglich nachmittags

Großes Promenaden-Konzert.

Wasserrutschbahn — Liebesmühle — Lachkabinett. Heute Eintrittspreis 25 Pf.

„CLOU“

BERLINER KONZERTHAUS

Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90-91

Täglich: nachmittags und abends

Große Konzerte

ausgeführt von Garde-Regiments-Kapellen bei freiem Eintritt.

Vorzüglihe Küche. Spezialauschank von Münchener Mathäuser-Bräu.

Trabrennen.

Sportplatz Berlin-Ost a. Bahnhof Stralauer Rummelburg.

Sonntag, den 14. Mai, nachmittags 3 Uhr: 8 Rennen. U. a. 2 Rekordrennen.

Preise 3000 Mark.

Preise der Plätze: 1. Platz 2 Mark, 2. Platz 1 Mark, 3. Platz 60 Pfennig.

Stroßenbahnverbindungen: Linien 26, 76, 79, 92. 17506

Nächstes Rennen 21. Mai.

Schwarzer Adler

Richard Arnold. Frankfurter Chaussee 5.

Sonntag, den 14. Mai: Promenaden-Freikonzert.

Großer Ball.

Vergnügungspark Jungfernheide

Tegeler Weg 74/75. 6000 Sitzplätze.

Schönstes und größtes Vergnügungs-Etablissement Charlottenburgs.

Heute sowie jeden Sonntag: Militär-Konzert, Feuerwerk, Gr. Ball.

Im Sommer-Theater: Die Spree-Athener. Max Zerner. Anfang 4 Uhr. Entree 10 Pf., Kinder frei.

Kaffeeküche. Volksbelustigungen.

Bereiten, Gewerkschaften, Fabriken usw. zur Abhaltung von Sommerfesten, Kinderfesten usw. bestens empfohlen.

Achtung! Achtung!

Bitte ausschneiden.

Diese Annonce berechtigt zum freien Eintritt für 4 Personen am

Sonntag, den 14. Mai 1911

in

Neumann's Volksgarten

Früher: Straße 28/29 früher Mente Am Bahnhof Landsberger Allee

Wir empfehlen sich den geehrten Vereinen, Fabriken usw. Gewerkschaften zur diesjährigen Dampf- resp. Landpartie (bei größeren Gesellschaften Kaffeefocher 0,50).

Ebenso empfehle ich meine Personendampfer. Klahrt Stralauer Tor, Hochbahnstation, Stadtbahn, Städtische Straßenbahn Warschauer Brücke.

Friedrich Saewert. Vertellungen am Dampfser auch dort Schultheisenkassant. U. 7. 729 o. 11563.

Wirtshaus Schloß Woltersdorf

bei Erkner, Fuhrweg.

empfehlen sich den geehrten Vereinen, Fabriken usw. Gewerkschaften zur diesjährigen Dampf- resp. Landpartie (bei größeren Gesellschaften Kaffeefocher 0,50).

Ebenso empfehle ich meine Personendampfer. Klahrt Stralauer Tor, Hochbahnstation, Stadtbahn, Städtische Straßenbahn Warschauer Brücke.

Friedrich Saewert. Vertellungen am Dampfser auch dort Schultheisenkassant. U. 7. 729 o. 11563.

Excelsior-Lichtspielhaus, Rixdorf, Passage, Bergstr. 151-152, Richardstr. 12.

Die Programme des Lichtspielhauses bleiben doch unerreich.

Illustrierte Wochenübersicht.

Der Teppichleger.

Abraham Linkolns Großmut. Charleys Tante.

Unter dem wechselnden Himmel. Drama aus der Gegenwart.

Der Courier von Lyon.

In 2 Abteilungen. In 2 Abteilungen.

Gescheitert. Lebensbild aus der Großstadt.

Japanischer Ringkampf.

Die Milchflasche. Erate und Zubereitung der Kokospast.

Farbkinematographie. Tonbild.

Ben Ali Bey

Klassische Zauberkunst des Orients.

Tanagra-Theater. Lachhaus

Der harte Schädel u. a. Translatour- und Militär-Konzerte.

Eintrittspreis 50 Pfennig.

Stadt-Theater Moabit

Alt-Moabit 47/48. Sonntag, den 14. Mai 1911: Die Anna-Lise.

Anf. 8 Uhr. Kassenöffn. 6 1/2 Uhr. Nach der Vorstellung: Tanz.

ZirkusBusch

Sonntag, 14. Mai 1911: 2 große Gala-Vorstellungen 2 nachmittags 3 1/2 Uhr und abends 8 Uhr.

Um 3 1/2 Uhr hat jeder Erwachsene ein angehöriges Kind unter zehn Jahren auf allen Sitzplätzen frei, weitere Kinder unter 10 Jahren halbe Preise. Galerie volle Preise.

In beiden Vorstellungen angefürt in voller Ausführung die neue große Frühjahrs-Pantomime:

Ein Jagdfest am Hofe Ludwig XIV.

In beiden Vorstellungen: Ermaloo, der Reiter indischer Kriegstruppen. Der urkom. Nandj-Nandj. Die berühmte Reiterfamilie Frediani. Dorf u. Reiten der bedröht. Schul, Freiheits- u. Springpferde. Sämtliche Clowns.

Metropol-Theater.

Heute nachmittags 3 Uhr: Mameli Ritouche.

Abends 8 Uhr: Rauschen gefallert. Hoheit amüsiert sich!

Operette in 3 Akten von J. Freund. Musik von Rudolf Nelson.

In Szene gesetzt vom Dir. R. Schulz.

Königstadt-Kasino.

Holmarktstr. 73. Sensationeller Erfolg: Flachshaar als Erzieher.

The 3 Luissots. Otto Bayer. Duett Heugrich. Anita Ravera usw.

Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr.

EDEN

Kottbuser Damm 2/3

Neues Programm!

PALAST

Beginn: Wochentags 6, Sonntags 8 Uhr.

Casino-Theater

Lothringers Straße 87. Täglich 8 Uhr. Letzter Spielmonat vor den Ferien.

Beste d. berühmte Theatertruppe: Leben und Treiben im Kantafus.

Dazu d. gr. Lachserfolg in dieser Saison „Zwei Wappen“.

Sonntag 3 1/2 Uhr: „Marianne“.

Berliner Prater-Theater

Kastanien-Allee 7-9. Theater und Spezialitäten-Vorstellung.

Konzert und Ball. Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger. Britton als Wiehe im Hosenrod.

Anfang wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.

Burgtheater-

Festale und Kinematograph vom. Groterjan, Inhab.; Rud. Morz, Schönhauser Allee 129. Tel. 3, 9353.

Beste für Versammlungen, Hochzeiten u. Vereine, 4 hochelegante Kegelbahnen. Mittagsstück zu billig. Preisen. Lebende Photographien.

Eintritt 30 und 40 Pf., Kinder 10 Pf. Anfang 7 Uhr. Sonntags 4 Uhr.

Herrnfeld Theater

Das Scheidungs-Souper. Ein Verlobungs-Geschäft. Die Bar-Schweizer.

Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.

Böhmisch, Brauhaus

Landsberger Allee 11/13

Heute Beginn d. täglichen Sommer-Konzerte.

Jeden Sonntag: Gr. Militär-Konzert.

Ober-Musikmeister Najork. Im Garten-Ball.

H. Giesemann, Oekonom.

Nibles Fest-Säle

Dennewitzstraße 13. Jeden Sonntag: Tanzkränzchen.

16075 C. Nible.

Mila-Säle

Schönhauser Allee 130. Jeden Donnerstag und Sonntag: Cavalier-Ball.

Entree, Garderobe u. Tanz 20 Pf. Anf. 8 Uhr. Carl Elsner.

Markgrafen-Säle

34, Markgrafen-Damm 34. In der Stralauer Allee.

Jeden Sonntag: Großer Ball. Im Restaurant täglich musikalische Unterhaltung. Vorzügliche Küche, ff. Weine u. Biere, Billard u. Regatta.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Vereinsbrauerei Rixdorf
 Hermannstr. 214. X X X Inhaber: Max Wendt.
Heute: Eröffnung der Sommer-Saison!
 Jeden Abend:
Großes Militär-Konzert.
 Anfang: Sonntags 4 Uhr, wochentags 7 Uhr.
 Großer schattiger Garten ☐ ☐ ☐ Kaffeeküche

Moerners Blumengarten
 Oberspree-Dampferstation „Stern“.
 Täglich: **Gr. Konzert.**
 Sonntag und Donnerstag: „Grand Ball“.
 Avis! Empfehle meine großen Festsäle Koppenstr. 29 vorm.
 Keller zu Festlichkeiten jeder Art.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands
 Zahlstelle Groß-Berlin.
 Bureau: Engelauer 15. Geöffnet v. 9-1 u. 4-8 Uhr. Tel. Amt IV, 11443.

Bezirks-Versammlungen

- Sonntag, den 14. Mai, vormittags 9 1/2 Uhr:
 für **Adlershof** bei Kaul, Blümlerstr. 19.
 Mittwoch, den 17. Mai, abends 8 1/2 Uhr:
 für **Südost u. Süden** bei Fisch, Forster Str. 9.
 für **Schönhauser Vorstadt** bei Glesche, Koppenhagenstr. 74.
 für **Rixdorf** bei Gellert, Steinmehlf. 93.
 für **Spandau** bei Böhle, Gabelstr. 20.
 Im Rosenthaler Vereinshaus, Rosenthalerstr. 57
Gruppe der Schallplattenarbeiter
 (Presser, Schleifer und Stoffarbeiter)
 Donnerstag, den 18. Mai, abends 8 1/2 Uhr:
 für **Norden** in Raabes Festsälen, Kolberger Str. 23.
 für **Nordwest** bei Kirschkowski, Denselstr. 9.
 für **Osten** bei Ziets, Warschauer Straße 61.
 für **Charlottenburg** im Volkshaus, Rosinenstr. 3.
 für **Ober-Schöneweide** bei Rabe, Wilhelmshofstraße.
 für **Schöneberg und Umgegend** in Steglitz, Doppelstr. bei Clement.
 für **Tegel** bei Kalkes, Berliner Str. 92.
 für **Weißensee** bei Content, Lehderstr. 5.
 Sonntag, den 21. Mai, vormittags 9 1/2 Uhr:
Gruppe der Kunststeinarbeiter
 bei Haberland, Linsenstr. 73.
 für **Rummelsburg** bei Blume, Alt-Borghagen 56.
 für **Reinickendorf** bei Wohlfahrt, Eichbornstr. 18.
 Sonntag, den 21. Mai, nachmittags 2 Uhr:
 für **Blankenfelde** im Lokal Staab.
 Tagesordnung in allen Versammlungen Vortrag, Diskussion und Bericht von der Gewerkschaftsversammlung.
 Zweck: Ausübung einer Kontrolle über Teilnahme an den Bezirksversammlungen wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Mitglieder ihre Bücher mitbringen sollen, um den Besuch der Versammlung durch Stempel im Mitgliedsbuch eintragen zu können.
 Zahlreiches und pünktliches Besuch erwartet
 Die Ortsverwaltung.

Verband der Stukkateure, Gipsler und verw. Berufsgen.
 Filiale Berlin.
 Montag, den 15. Mai 1911, abends 8 Uhr:
Versammlung
 bei Wille, Sebastianstraße 39.
 Tagesordnung: 1. Der Verbandstag in Dresden. Angliederung an den Bauarbeiterverband. Gewerkschaftsunterstützung. 2. Wahl der Delegierten. 3. Gewerkschaftsbesuch. — Mitgliedsbuch legitimiert.
 Um zahlreiches Erscheinen bitten
 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
 Verwaltungsstelle Berlin.
 Arbeitsnachweis: Sol I. Amt III, 1239. Charitéstraße 3. Hauptbureau: Sol III. Amt III, 1067.
 Dienstag, den 16. Mai, abends 8 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlung
 der in den Eisenkonstruktionswerkstätten beschäftigten Arbeiter
 im großen Saale der Brauerei Friedrichshain, Am Friedrichshain 16/23.
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht über die mit den Unternehmern gepflogenen Verhandlungen und unsere Stellungnahme dazu. 2. Diskussion.
 Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!
 Pflicht aller Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.
 Die Vertrauensleute werden ersucht um 7 Uhr anwesend zu sein.
 Die Ortsverwaltung.

Verein für Frauen u. Mädchen der Arbeiterklasse.
 Mittwoch, den 17. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten, Heganderstraße 27 a:
 Vortrag von Frau Wally Zepier über: „Sozialismus und Individualismus“.
 Gäste willkommen. 55/11 Der Vorstand.

Marmorarbeiter!
 Mittwoch, den 17. Mai, abends 8 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
 im „Engl. Garten“, Heganderstr. 27 a
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht der Tarifkommission über den vorläufigen Abschluß der Tarifverhandlungen.
 2. Beschlußfassung über die vom Verband der Steinmetzgeschäfte angebotene Minimalstundensätze. 171/19*
 Kein organisierter Kollege darf fehlen!
 Die Ortsverwaltung Berlin des Zentralverbandes der Steinmetz.

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipsler, Weißbinder u. Stukkateure Deutschl.
 Grundstein zur Einigkeit
 Verwaltungsstelle Berlin.
 Mittwoch, den 17. Mai, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal 11:
Mitglieder-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Stoffenbericht vom 1. Quartal. 2. Wahl von sechs Abgeordneten zur Generalversammlung (Stichwahl). 3. Kassenangelegenheiten. 149/5*
 Die Ortsverwaltung.

Artikel für
Kinder-, Sommer- und Verleasfeste!
 Zylinderlampen, Stocklampen etc.
 Ballenlampen, Girlanden etc.
 Artikel f. Tombola, Artikel f. Laubkolonien.
 Verlangen Sie Sommerkatalog 1911.
 Billigste Bezugsquelle! Riesenwahl!
Versandhaus M. Liemann
 Berlin C. 25, Prenzlauer Straße 46 V.*

Alhambra
 Theater-Theaterstraße 15.
 Jeden **Großer Ball**
 Sonntag:
 Großes Orchester. Anfang Sonntag 8 Uhr.
 A. Zameitat.
 Allen Gewerkschaften und Parteigenossen zur Kenntnis, daß ich das Lokal
Gesellschaftshaus Nordend,
 gegenüber dem Gethosmann-Friedhof, übernommen habe.
 Stelle denselben jederzeit meine großen Lokaleitäten freundschaftlich zur Verfügung.
 Hochachtungsvoll
W. Blessin.

Anton Boekers Festsäle
 Weberstr. 17. Tel.: Amt 7, 13 414.
 Empfiehlt seine Säle zu Versammlungen und Festlichkeiten jeder Art. Kleine und große Säle, großer Garten mit feststehender Theaterbühne sowie große Vereinszimmer stehen den geehrten Gewerkschaften und Vereinen jederzeit zur Verfügung. Ergebnis
Anton Boeker, Weberstraße 17.

Syphilis-Nachweis
 in allen frisch u. veraltet zweifelhafte Fälle durch wissenschaftl. Untersuchung, sofort; desgl. Harn- (1904 auf Gonorrhoe-Häden) u. Sputum-Analysen.
 Dr. Homeyer & Co., Spezial-Laborat., Friedrichstr. 189, im Kronen- und Rosenkranzstr. I. 5724. Pers. Rückfr. bistr. u. telefon. Geöffnet von 8-8 Sonntags von 12-1.

Orts-Krankenkasse der Schlosser
 und verw. Gewerbe zu Berlin.
 Montag, den 22. Mai d. J., abends 8 Uhr:
Außerordentliche General-Versammlung
 in den Musiker-Sälen, O. Kaiser-Wilhelm-Straße 18m.
 Tages-Ordnung:
 Gemeinschaftliche Sitzung der Arbeiter und Arbeitnehmer.
 1. Vortrag des Herrn Dr. Plehner über: „Rechenarbeiten in ihrer sozialen Bedeutung“.
 2. Bericht über den Allgemeinen Krankentagungsbericht zu Berlin am 20. April d. J.
 3. Wahl eines zweiten Kandidaten.
 4. Antrag von Delegierten betreffend Herabsetzung der ärztlichen Besoldung der Kassenmitglieder.
 Die Herren Delegierten werden ersucht, zahlreich zu erscheinen. Die zugehörige Legitimation ist am Eingang vorzulegen. 276/6
 Der Vorstand.
 Gustav Sabatsch, Vorsitzender.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund
 Gau Berlin und Umgegend.
 Sonntag, den 21. Mai, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshause (Saal 1):
Ausschuß-Sitzung.
 Tages-Ordnung:
 1. Aufnahme von Vereinen. 2. Bundesangelegenheiten.
 Der Vorstand.
 Ausgabe der Billets zum Sommerfest.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 Zahlstelle Berlin.
 Donnerstag, den 18. Mai 1911:
Außerordentliche Versammlungen
 in folgenden Lokalen:
 „Concordia“, Andreasstr. 64 (um 6 1/2 Uhr, gleich nach Feierabend).
 „Festsäle des Ostens“, Frankfurter Allee 151 (um 6 1/2 Uhr, gleich nach Feierabend).
 „Boekers Festsäle“, Weberstr. 17 (um 6 1/2 Uhr, gleich nach Feierabend).
 „Swinemünder Gesellschaftshaus“, Swinemünder Straße 42 (um 6 1/2 Uhr, gleich nach Feierabend).
 „Hoffjäger“, Hasenheide 52 (um 6 1/2 Uhr, gleich nach Feierabend).
 „Gewerkschaftshaus“, Engelauer 15 (Saal 4, pünktlich um 6 1/2 Uhr).
 Tages-Ordnung:
 Die neuere Entwicklung der Arbeitsverhältnisse und der Lohnbewegungen im Holzgewerbe. Diskussion.
 Referenten: Ehrlich-Breslau, Gorgas-Magdeburg, Heinemann-Bremerhaven, Neumann-Groß-Rüben, Schleicher-Schlitz, Werner-Frankfurt a. M.
 Das Erscheinen sämtlicher Holzarbeiter ist dringend erforderlich!
 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband
 Bezirk Groß-Berlin.
 Bureau: Engelauer 14/15. Arbeitsnachweis: Engelauer 15. IV. 3348, 1906.
 Fernsprecher: Amt IV, 2382, 4747. Alte Leipziger Str. 1. I. 2632, 2300.

Mitglieder aus allen Branchen und Distrikten Groß-Berlins!
 Mittwoch, den 17. Mai 1911, abends 8 1/2 Uhr:
Ordentliche General-Versammlung
 in Kellers Festsälen, Köpenicker Str. 96.
 Tages-Ordnung:
 1. Mitteilungen. 2. Geschäftsbericht pro erstes Quartal a) des Vorsitzenden; b) des Kassierers; c) des Arbeitsschlichters. 3. Diskussion. 4. Anträge der Funktionär-Versammlung auf Einführung des Delegierten-systems für die Generalversammlungen und andere Anträge. 5. Geschäftliches.
 Das Mitgliedsbuch ist mitzubringen und als Legitimation vorzulegen. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Wer länger als 10 Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstande ist, hat ebenfalls keinen Zutritt.
 Die Bezirksverwaltung Groß-Berlin. S. u.: Aug. Werner.

V. Wahlkreis.
 Dienstag, den 16. Mai, abends 8 1/2 Uhr:
General-Versammlung
 in den „Königs-Sälen“, Neue Königl. 26, Eingang Badestrasse.
 Tages-Ordnung:
 1. Antrag des Vorstandes: den Bezirksführern eine Entschädigung zu gewähren.
 2. Vortrag des Genossen Dr. Weinberg über: „Arbeiterschaft und Strafreform“.
 3. Diskussion. 4. Vereinsangelegenheiten.
 Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder bitten
 Der Vorstand.
 223/7*

Deutscher Kürschner-Verband.
 Filiale Berlin.
 Bureau u. Arbeitsnachweis: NO. 48, Weinstr. 8. Fernspr.: Amt 7, Nr. 6780.
 Mittwoch, den 17. Mai d. J., abends präzise 8 Uhr:
Außerordentliche Generalversammlung
 in den „Musiker-Sälen“, Kaiser-Wilhelm-Straße 18b.
 Tages-Ordnung:
 1. „Unsere Taktik bei Kämpfen“. Referent: Kollege W. Leisler-Hamburg. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom 1. Quartal 1911. 4. Beschlußfassung über die lokale Beitragserhöhung. 5. Erziehung eines Vorstandsmitgliedes. 6. Verschiedenes.
 In Anbetracht der äußerst wichtigen Tagesordnung ersuchen wir um zahlreiches Erscheinen.
 Von 7 1/2 Uhr ab findet am Eingange des Saales die Urabstimmung zur Wahl eines Delegierten zum Gewerkschaftskongress statt.
 Nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches können die Kolleginnen und Kollegen an der Wahl teilnehmen.
 Die Ortsverwaltung.
 102/11

Achtung! Deutscher Tabakarbeiter-Verband Achtung!
 Zahlstelle Berlin.
 Donnerstag, den 18. Mai 1911, abends 8 1/2 Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11/12:
Mitglieder-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Abrechnung vom 1. Quartal. 2. Wahl eines Delegierten zum Gewerkschaftskongress. 3. Verschiedenes. 187/2*
 Beiträge werden im Saal entgegengenommen.
 In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist zahlreiches Erscheinen geboten.
 Die Ortsverwaltung.

Charlottenburg!
 Mittwoch, den 17. Mai, abds. 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Rosinenstraße 3 (kleiner Saal):
Oeffentliche Holzarbeiter-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 Die neuere Entwicklung der Arbeitsverhältnisse und der Lohnbewegungen im Holzgewerbe. Referent: Kollege Albert Gorgas-Magdeburg.
 Das Erscheinen sämtlicher Holzarbeiter ist dringend erforderlich!
 Im Auftrag: Otto Storch.
 83/11

Deutscher Arbeiter-Sängerbund
 Gau Berlin und Umgegend.
 Sonntag, den 21. Mai, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshause (Saal 1):
Ausschuß-Sitzung.
 Tages-Ordnung:
 1. Aufnahme von Vereinen. 2. Bundesangelegenheiten.
 Der Vorstand.
 Ausgabe der Billets zum Sommerfest.

Wundervoll gestickte

abgepaßte **Portièren**

(Uebergardinen für Fenster und Türen)

in Qualität: M. pro Fenster:

Filztuch . . . 3,35 bis 10,50

Naturleinen . . 5,35 „ 20,00

Velvetplüsch . 6,85 „ 75,00

Persisch ^{dopp.} _{seitig} 10,50 „ 36,00

in hell. ^{Empire} _{seidenart} 10,85 „ 48,00

Kochelleinen . 13,50 „ 60,00

Pa. reinw. Tuch 16,50 „ 150,00

Nach Künstler - Entwürfen!

Nach auswärts per Nachnahme.

Teppich - Spezialhaus

Emil Lefèvre

Berlin S. Seit 1882 nur

Oranienstr. 158.

Unterhalte nirgends Filialen!

Spezial-Katalog

mit etwa 600 Abbildungen

in künstlerischer Ausstattung

auf Wunsch gratis und franko.

Spezial-Arzt

für Haut- und Harnleiden

Rosenthaler Str. 70.

Dr. Popke, Spr. 9-2, 6-9, Sonnt. 9-3

Herren-Garderobe

liefere nach Maß auf

Teilzahlung

von 10 M.

an monatlich, Anzahlung

1/2, bis zur Lieferung sehr

billige Preise, Anzahlung von

55 M. an, Paletot von

48 M. an, feinste tadellose

Ausführung.

J. Tomporowski,

Schneidermeister, Lindenstraße 110.

Rmt IV 6293. — Auch englische

Damenleiste und Paletots, wer

Stoff hat, billigste Kassapreise.

Albessinier-Pumpen

zum Selbstausstellen für

Gartenbesitzer u. Landkolonisten von S.W. an

Flügelpumpen,

Gartenpumpen,

Filter, Röhren,

Schläuche usw. billige

Erdböhrer leihweise.

Carl Köchlin & Co.,

Berlin SW.

(IV 1676.) Alte Jakobstr. 18/19

Gneisenaustraße 10,

S. Grau, billigste u. beste

Bezugsquelle für

Möbel jeder Art.

Kassa und Teilzahlung.

Alttestes Spezialhaus Berlins!

F. Bergmann & Sohn

Hauptlager: O. Andreasstr. 53.

2. Lager: Charlottenburg, Kiehlstr. 15.

3. Lager: Weissenhof, Berliner Allee 229.

4. Lager: Wilmersdorf, Berlin Str. 24.

Modernere Kastenwagen mit Gummi-

rädern und Porzellangriff 26,00. —

Klappfahrstühle 6,75, in Gummirädern

9,00. — Kinderbestuhle, 140 x 70,

abklappb. Seitensitz, Kofferhöhung

mit Dreiholmatratze 18,50. — Bett-

stellen für Erwachsene in Zugfeder-

boden 13,00. Polsterbestuhle 4,75.

— Größere Raten Kassapreise.

Josefetti
ADMIRAL

Die neue Marke!

Beste 4-Pfennig-Cigarette.

Beeilen Sie sich W. Kube's Festsäle früher Feuerstein

10 Pf.-Lohn, Electr. Pahn. Barzellen 2000 R. an, Anzahl. 300. — Täglich, Rigdorf, Reuterstr. 17.

Alte Jakobstr. 75. Fernsprecher Amt 1 No. 867.

Empfehle meine Säle zu Versammlungen und Festlichkeiten. Prachtvoller Garten mit Bühne zu Sommerfesten. Einige Sonnabende und Sonntage noch frei.

Drehbank, Schabing, Feilschmiede, Rindos, die Werkzeuge, Portier Alexandrinerstr. 135.



Reisen

und Ausflüge erfüllen bekanntlich wegen ihres allzugrossen Aufwandes an Muskel- und Nervenkraft nicht immer ihren hygienischen Zweck. Unbestreitbar ist dagegen der gesundheitliche Wert eines bequemen, ruhigen Sommeraufenthaltes, wie ihn unsere Eigenhauskolonie Gartenstadt Hoppegarten (26 Minuten von Berlin) bietet.

Sie

können in unserer 700 Morgen grossen Gartenstadt, die sich zurzeit noch in der ersten Aufteilung befindet, Grundstücksparzellen schon von 15 Mark an per Route bei 100 Mark Anzahlung Sommerhäuser von 800 Mark und feste Wohnhäuser von 8000 Mark aufwärts erwerben. Restkaufgelder bis 1921. Grosse Wertsteigerung durch fortgesetzte Meliorationen. Ausserdem wird die Ostbahn mit zwingender Notwendigkeit viergleisig ausgebaut. Wer zur Zeit

nicht

bauen will, findet inzwischen grossartige Gelegenheit zur Pflege von Gartenkultur und erspart zunächst die Pflasterungskosten.

Für freie Besichtigung wende man sich an unser Zweigbureau Hoppegarten, Eichenallee 5. Vertreter sind auch des Sonntags anwesend.

Allgemeine Bau- und Ansiedelungs-Gesellschaft.
C. Winkler m. b. H.
Berlin C 25, Dirksenstr. 20. Fernspr. Amt 7, 2524. Prospekte gratis und franko.

Wir machen ausdrücklich darauf aufmerksam, dass die Personen, die unsere Interessenten am Bahnhof oder auf der Strasse ansprechen, nichts mit unserem Unternehmen zu tun haben, und wolle man sich daher nur an das obige Auskunftsbureau wenden.

Beim Vorzeigen dieses Inserats 4% Rabatt.

Damen sparen Geld!

Im Engros-Lager vormittl. v. 10 Uhr ab: „Einzelverkauf“.

Schlechte Poiret-Mäntel, elegant, Kimonos 7 bis 50 M. Anschließende Tuch-Paletots Tailor made in allen Längen 12-35 M. Hochelegante Satin-Mäntel 5-30 M. Regen-

Gelegenheitskauf hochleganter Modelle Tuch- Etamine- Paletots Tüll- Liberty- Paletots bedeut. unter Herstellungspreis. Spez.: Extraweit f. starke Damen.

Aparte Frauen - Spitzen- Einmino- Capes u. Fichüs 10-25 M. Wister u. Raglans, engl. Art. 6-25 M. Elegante Frauen-Paletots aparte Stückerleien 15-50 M. Loden-Pelerinen, 135 cm lg. 6-50 M. Mädchen-Kleider Paletots 3-10 M. Hochleg. Kostüme blau u. Kammgarn englische Art. Bast und Leinen. 15-50 M.

Max Mosczytz **Kein Laden**

Engros-Lager Berlin C. Landsberger Str. 59 am Alexander-Platz, 1 Treppen. Achten Sie im eigenen Interesse auf die Hausnummer.

Eine Mark wöchentliche Teilzahlung elegante Herren-Moden fertig und nach Mass, feinste Verarbeitung.

S. Boltuch Herren-Schneider **nur** Frankf. Allee 75, 1 Eingang Thierstr.

Coburger Geld-Lotterie

Ziehung 26-31 Mai.

Gewinne M. 360 000, 100 000, 50 000, 10 000, 5000, 2000, 3 x 1000 usw.

Lose a M. 3,03. 5 Lose M. 16, — Porto u. Liste 30 Pf. extra versendet

Peter Linden, Fortuna-Glücks-Bank, **Bonn.**

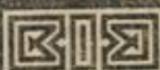
Reste Damastuche, schwarz und farbig. Kostüm-Stoffe, neueste Muster. Trikots-Stoffe, Seiden-Plüsch, Sammet, felle etc.

Konfektion Paletots, Jacketts, Regenmäntel, Kostüme und Kostüm-röcke in grosser Auswahl.

C. PELZ Kottbuserstr. 5.

Scherz-Vereins- Verlosungs-Artikel, Papier-Mützen, Lampons, Radau-Instrumente in aussergewöhnlich reicher Auswahl. Verlose erhalten auf die obenhin schon sehr billigen Preise — **Rabatt.**

Bernhard Keilich Spielwarenhaus — 19 Schaufenstr. Grosse Hamburgerstrasse 21-23.



Todes-Anzeigen



Sozialdemokratischer Wahlverein Charlottenburg.

Den Genossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Kunstzeichner Albert Schmidt am 12. Mai, vormittags 11 Uhr, an Herzschlag gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 15. Mai, nachm. 6 Uhr, von der Leichenhalle des Sühnstifts in Stahnsdorf aus statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeigen. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Former Hermann Faerke am 11. d. Mts. an Nervenleiden gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 15. Mai, nachmittags 3 Uhr, in Landsberg auf dem Friedhof der dortigen Irrenanstalt statt.

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter.

Filliale Groß-Berlin. Durch den Tod ist uns einer unserer Kämpfer, der Kollege J. Patzwahl von der Sektion VII, Vieh- und Schlachthof, entzogen worden.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Bestattung findet am Montag, nachmittags 1/4 Uhr, von der Halle des Georgenkirchhofs, Landsberger Allee, aus statt.

Richard Baltz

Am 11. Mai verschied nach längerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, der Vater Richard Baltz im 51. Lebensjahre.
Dies zeigen tiefbetrübt an Luise Baltz nebst Kindern.
Die Beerdigung findet heute, Sonntag, den 14. Mai, nachmittags 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Vorklagen, Grünberger Str. 13, aus nach dem Himmelsburger Gemeinde-Friedhof, Lützstraße statt.

Luise Schmidt

am 9. d. Mts. freiwillig aus dem Leben geschieden ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 15. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Reinkendorfer Kirchhofs in Reinkendorf, Humboldtstraße, aus statt.

Verband der Buch- und Steindruckerei-Bilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin. Am 10. d. Mts. starb nach kurzem, schwerem Leiden unser Mitglied, die Anliegerin Martha Kreischer im Alter von 29 Jahren.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 14. Mai, nachmittags 1/3 Uhr, von der Leichenhalle des Reinkendorfer Kirchhofs in Reinkendorf, Humboldtstraße, aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein Kreis Nieder-Barnim Bezirk Rummelsburg.

Am 11. Mai verstarb unser Mitglied, der Vater Richard Baltz Grünberger Str. 13 (N. Bezirk).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Sonntag, den 14. Mai, nachmittags 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Vorklagen, Grünberger Str. 13, aus nach dem Himmelsburger Gemeinde-Friedhof, Lützstraße, statt.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Filliale Groß-Berlin. Durch den Tod ist uns einer unserer Kämpfer, der Kollege Paul Schulz (von der Gasanstalt Gählinger Straße) entzogen worden.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Bestattung findet am Montag, den 15. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Michaelis-Kirchhofs, Mariendorfer Weg, aus statt.

Karl Pätz.

Dies zeigen tiefbetrübt an sein Neffe Martin Sakowski nebst Familie.
Frau Wegener geb. Brunner.
Die Beerdigung findet am Montag, den 15. Mai, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Michaelis-Kirchhofs, Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.

Luise Schmidt geb. Heinrich

im 81. Lebensjahre am 9. Mai, 7 1/2 Uhr, plötzlich verstorben ist.
Rixdorf.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen Max Schmidt.
Die Beerdigung findet statt am Montag, den 15. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes (Mariendorfer Weg).

Karl Schiebler

im 30. Lebensjahre.
Dies zeigen tiefbetrübt an Alwine Schiebler nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am Montag, den 15. Mai, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des alten Elisabeth-Kirchhofes, Alexanderstraße, aus statt.

Anna Herrmann geb. Wölke

am Dienstag, den 9. d. M., durch einen Blutschlag getötet wurde.
Die Beerdigung findet heute nachmittags 1/2 Uhr auf dem Sühnstifts-Kirchhof, Fürstendamm, Weg, statt.
Um stilles Beileid bitten
Bodenleger Robert Herrmann 17455 nebst Kindern.

Magdalene Swenn

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau
Magdalene Swenn
sage ich allen Bekannten und Verwandten, insbesondere der Frau Fahrtenwald für die trostreichen Worte am Sarge meinen herzlichsten Dank.
1171b Friedrich Swenn.

Wilhelm Binder

im 42. Lebensjahre.
Sein lauterer Charakter und tollkühnliches Wesen sichern ihm dauerndes Gedenken.
Verbandsmitglieder von Liebheit & Thiesen.
Beerdigung: Montag, nachmittags 3 1/2 Uhr in Staaken.

Die Harnleiden

Ihre Gefahren, Verhütung und Beseitigung von
Dr. med. Schaper,
BERLIN - Preis 1 Mark.
7 tes Tausend.
Verlag Max Richter Frankfurt, Oder
Bismarckweg.

Advertisement for Engelhardt-Cigaretten. Includes a landscape illustration and a list of cigarette brands: Leuco 2 Pf, Dux 3 Pf, Cato 3 Pf, Leo 4 Pf, Mazeppa 5 Pf. Text: Engelhardt-Cigaretten, Leopold Engelhardt, GmbH, Cairo-Bremen.

Advertisement for Dr. Simmel, Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Advertisement for Die Hausfrau praktisch, wie immer, kauft die ganze Familie Florians Zahnpflege-Kasten, Zahnpulver, Zahnbürste, Mundwasser. Preis nur M. 1.-. Zu haben in Konsumvereinen, Genossenschaften und einschlägigen Geschäften sowie direkt 10 Stück M. 8,50, 24 Stück M. 18.- franko Nachnahme durch Arthur Wasservogel, G. m. b. H., Berlin W. 50, oder durch die Chemischen Werke Florian & Co., Britz-Berlin.

Advertisement for Westmanns Trauermagazin Extra-Abteilung. I. Gesch.: Berlin W., Mohrenstraße 37a (2. Haus von der Jerusalemer Straße). II. Gesch.: Berlin NO., Große Frankfurter Str. 115 (2. Haus von der Androssstraße). Sehr gr. Ausw. fert. Kleider, Hüte, Handschuhe, Schleier etc. v. einfachsten bis zum hochelegantesten Genre zu äußerst niedrigen Preisen. Sonder-Abteilung: Maßanfertigung in 10 bis 12 Stunden.

Advertisement for Der Verkauf der Abonnements-Garderoben des größten Abonnementshauses Berlins J. Stock & Co. erfolgt direkt an Private Chausseestraße 1, Eingang Elsasser Straße. Anzüge und Paletots von 10 Mk. an.

Advertisement for Neu! Kolonie Dahleim! Neu! Fredersdorf. Biesdorf - Stadtb. 10 Pf. Tour-Land, Wasser, 100jährige Hochwald, offer. billige Grundstücke, herrl. Lage, vorzüglicher Boden, keine Kuchigk. Charlottenburg, Dannebergstr. 38.

Advertisement for WESTMANN. Mohrenstrasse 37a (nahe Jerusalemer Str.) Gr. Frankfurter Str. 115 (nahe Androssstr.) 4 Ausnahme-Angebote: 1. Gesellschaftskleider 25 M. 2. Gebirgskostüme 27 1/2 M. 3. Wasserdichte Loden-Capes 12 1/2 M. 4. Poiret-Mäntel 1. Seiden-Dach v. M. 25 M., in Popeline v. M. 12 M., in Battinen v. M. 10 M. Zum Teil bis auf den dritten Teil herabgesetzt: 1 Posten eleg. Kammg., Cheviot-, Tuch-Kostüme; 1 Posten engl. Paletots, z. T. in deutschen Stoffen; 1 Posten Leinen-Kostüme; 1 Posten Staubmäntel i. Komoseid, etc., (s. Artk. Fig.) In den Preis-Mark 6.- bis Mark 120.- Sonntag geöffnet 8-10, 12-2 Uhr.

Large advertisement for Central-Leihhaus Jägerstr. 71. Headline: Central-Leihhaus nur allein Jägerstr. 71 Ecke Kanonierstraße. Text: Elegante Monatsgarderoben, teils in prima Seide, jetzt zum Pfingstfest. Frühjahrs-Paletots und Ulster teils in wenig gebr. guter Seide Monatspaletots für M. 9, 10, 12, 15, 20, 25. Eleg. Herren-Jackett und Rock-Anzüge gebrauchte Maß-Anzüge: Monatsanzüge für M. 9, 10, 12, 15, 20, 25. Abt. II: Täglicher Verkauf von neuen eleganten, modernen Anzügen u. Paletots in engl. Mustern u. Fassons zu billigsten Preisen; Kammgarnanzüge, Hochzeits- sowie Jünglings- u. Knaben-Anzüge. Tausende eleganter Herrngarderoben sind zum Verkauf gestellt, auch selbst für die korpulentesten Herren passend, alles äußerst preiswert. Knabenanzüge und Paletots von 4 M. an. Jünglingsanzüge und Paletots. Schuhwaren und Teppiche sehr billig. Helle leichte Sommergarderobe. Helle leichte Anzüge. Auch Sonntags geöffnet von 7 bis 10 und 12 bis 2 Uhr.

med. Karl Reinhardt's Spezial-Arztliche Institute für
Dr. Geschlechtskrankheiten
 Haut- und Harnleiden.
 Naanderstraße 12 nahe Jannowitzbrücke
 Sprechst. 5-7 Uhr.
 Potsdamer Straße 117 an der Lützowstraße 11-2 Uhr
 und 1/2, 9 bis 1/2, 10 Uhr abends. :: :: ::
Für Frauen von 3 bis 1/2, 5 Uhr,
Sonntags 11-12 Uhr.
 Vollkommenstes kombiniertes Heilverfahren. Nachweislich
 unerreichte Dauererfolge in verhältnismäßig kurzer Zeit.
 Um sich vor zwecklosen evtl. schädlichen Kuren zu schützen,
 verlange man ausführliche Broschüre in meinen Instituten
 oder durch die Post (verschloss. Kuvert) gratis und franko.
EHRlich-HATA-
 Behandlung ohne Berufsstörung.
Der nächste Herren-Vortrag
 findet statt am Donnerstag, den 18. Mai, abends 1/2, 10 Uhr,
 in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59, über das
 neue Heilmittel
Ehrlich-Hata 606 u. Harnröhrenleiden
 sowie über kurpfuscherhafte und wirksame Be-
 handlungsweise, mit Demonstrationen von naturge-
 treuen Wachsmoellen. Eintritt frei. Fragenbeantwortung.

Kadda



SCHUTZ- MARKE.

Spezialmarke: Kadda Gold, beste 2 Pfg.-Cigarette
 Cigarettenfabrik „Kadda“
 Berlin N. 37.

10000 M. Strafe

verpflichten wir uns an die Armen Berlins zu zahlen,
 wenn dieses Angebot nicht reell ist und auf
 Wahrheit beruht. Wer sich billig und gut
 kleiden will, der kaufe uns die von unserer Kund-
 schaft nicht abgenommenen neuen Maß-Anzüge und
 Paletots ab, die wir 33 1/2 bis 50 pCt. unter Preis
 abgeben, damit wir unsere guten Sachen nicht zu
 veramschen brauchen. Andere Sachen kommen mit
 zum Verkauf. Anzüge aus englischen und deutschen
 Stoffresten, von unseren Maß-Schneidern in der stillen
 Zeit angefertigt, zu spottbilligen Preisen.

Sonntags während der Verkaufszeit geöffnet.
Gebr. Heinemann, Engl. Herren-Moden
 Behrenstr. 26a, vis-à-vis der Passage, ^{Klein}Laden
 Bitte, ausschneiden und bei Bedarf nachfragen.

„Hoffnung“

Berliner Schneiderei-Genossenschaft
 E. G. m. b. H.
 Zwischen Rosenthaler Tor u. Invalidenstr. **Brunnenstr. 185** Tor u. Invalidenstr.
 Gegr. i. Februar 1906 v. organisiert. Schneidergehilfen Berlins.
 Empfiehlt sich allen **Arbeitern, Parteigenossen**
 und **Mitbürgern** zur Anfertigung eleganter
Herren- u. Knabengarderobe
 Großes Lager fertiger Herren-, Knaben- u. Kinder-Anzüge.
 Große Auswahl in
Sommer-Paletots, Ulster, Radfahranzügen u. Fant.-Westen
 in allen Größen und Preislagen sowie
Arbeiter-Berufs-Kleidung.
 Die Herstellung unserer Fabrikate erfolgt in
 eigenen **Betriebswerkstätten** unter den von
 unserer Organisation festgelegten Bedingungen.
 Lieferanten 103/1*
 der **Konsum-Genossenschaft Berlin u. Umgegend,**
 des **Charlottenburger Konsum-Vereins** sowie des
Arbeiter-Radfahrerbundes.
 NB. Wir weisen besonders darauf hin, daß wir nur für
 eigenen Bedarf fabrizieren und unsere Waren in keinem
 anderen Geschäft zu haben sind.



Ringfreie
 Biere nach
 Pilsener-Münchener Art
 in Fässern und Flaschen.
Erstklassige Biere!

Neu erschlossen

Nur kurze Zeit verkaufe ich
Billige
Land- und Wasserparzellen
 in
Staaken an der Heer-Strasse
 am Bahnhof Staaken
 Rute von 26 Mark an
Seefeld 5 Min. v. Bahn-
 hof Seefeld
 Rute von 25 Mark an
Neue Mühle 10 Minuten vom
 Bahnhof Königs-
 wusterhausen !!!
 Billige Land- u. Wasserparzellen in bester Lage, herrlicher
 Eichen- und Nadelwald, eine der schönsten Gegenden der Mark.
 Verkäufer auf den Terrains
C. Schulz, Charlottenburg, Windscheidstr. 34
 Amt Charl. 1003.

Laferme
REDOUTE
 Cigaretten
 2-5 Pfennig
 Vorzügliche Qualitäten.

Seifix

Dr. Thompsons selbsttätiges
Bleichmittel
 gibt durch einmaliges Kochen
 blendend
weisse Wäsche
 Preis 15 Pfg.

Tadellos

1 M.
 wöchentliche Teilzahlung
 liefert elegante
Herren-Moden
 fertig u. nach Mass, a. haltbaren
 Stoffen, neueste Muster, beste
 Passform, feinste Verarbeitung.
 zu
billigsten Preisen
J. KURZBERG
 Maß-Schneiderei
 Rosenthaler Str. 40-41 || Frankfurter Allee 104
 am Haakeschen Markt. Ecke Friedenstrasse.




Was ich mir
 zum Putzen
 hol?
 Einzig und
 allein
Blendol
 in Glasfl. zu 10, 15 u. 25 Pf., Blechl. zu 20, 30 u. 50 Pf.
 überall erhältl. Fabr.: Urban & Lemm, Charlottenburg.

Zum Küssen schön
 ist ein Mund mit

Zähne
1 80
 M.
 Fast gänzlich schmerzloses Zahnziehen in örtlicher
 Betäubung pro Zahn **1 M.**
Reform Zahn-Praxis
 Carl Rudolph.
 Deutschlands größtes zahntechnisches Unternehmen.
 20 Filialen.
 1. Praxis: Eisenstr. 17/18 4. Praxis: **Lichtenberg,**
 2. Praxis: Oranienstr. 61. Frankfurter Allee 109.
 3. Praxis: Charlottenburg, 5. Praxis: **Spandau,**
 Wilmersdorfer Str. 117. Neuendorfer Straße 100.
 6. Praxis: **Potsdam,** Charlottenstr. 86 I.
 Fürstenwalde, Friedrichstr. 2 I, nur Mittwoch und
 Sonnabend von 9-5 Uhr.
Teilzahlung! Eisenstr. 17-18, wöchent-
 liche und monatliche Teil-
 zahlungen zugelassen. — Verlangen Sie kostenlosen
 Besuch eines Vertreters!

Ohne Anzahlung!

Liefere an Jedermann
Möbelauf Kredit
 bei Zahlung einer Monatsrate laut Vereinbarung und
 bequemster Abzahlung
Komplette Wohnungseinrichtungen
 sowie einzelne Möbelstücke, Polsterwaren, farbige
 Küchen, Portieren, Teppiche, Gardinen, Leib- und
 Bettwäsche, Steppdecken, Betten, Kransen, Kinder-
 wagen etc. in modernster Ausführung. Ferner
Garderobe f. Herren, Damen, Kinder
 neueste Fassons, grösste Auswahl.
Wochenrate von 1 Mark an.
S. DORN, Alte Schönhauser Str. 3
 Ecke Linienstrasse.

Bettfedern-Fabrik

Lustig
 Gustav
 :: BERLIN S. 100 ::
 Prinzessstraße 46-47
 Größtes Spezial-Geschäft Deutschlands für
Bettfedern, Daunen
 Fertige Betten, Bett-Julette
 Metall-Bettstellen, Matratzen
 Daunen-
 Steppdecken
 und alle anderen
 Bett-Artikel
 Beste Bettenfüllung
 Monopol-Daunen
 (gesetzl. gesch.)
 Pfd. 2.85 M. 3-4 Pfd.
 zum
 großen Oberbett.



MANOLI

Cigarettes

Beliebte Specialmarken

Abbas Dandy Gibson Girl



Wir

bleten Ihnen Kredit an, und zwar bei geringer Anzahlung und kleinen wöchentlichen oder monatlichen Raten. Jedermann, ob Herr od. Dame, erhält Kredit und

verkaufen

wir Möbel — einzelne Gegenstände und ganze Einrichtungen, erstere von 3.— Mark und komplette Zimmer von 10.— Mark Anzahlung an. Unsere Spezialität sind: Herren- und Schlafzimmer, Salons, Wohnzimmer und Küchen

Auf

Jeden einzelnen Gegenstand übernehmen wir Garantie. Die Auswahl in unseren Abteilungen Herren- und Damen-Konfektion ist unerreicht und sind sämtliche Gegenstände aus prima Stoffen nach neuesten Modellen gearbeitet. Die Preise sind trotz der bequemen

Teilzahlung

äußerst solid und können Sie sich die Raten nach Ihrer Bequemlichkeit einrichten. Wir laden Sie zur Besichtigung ohne jeden Kaufzwang ein.

Max Friedeberg

G. m. b. H.

Bülowstrasse 24

an der Potsdamer Strasse
(Hochbahnstation)



Wollburgs Moden sind die wahre Freude für die beiden Paare.

Nur

56 Brunnenstrasse 56.

Durch Selbstfabrikation in großem Stil, ohne jeden Zwischenhandel,

konkurrenzlose Preise.

Unerreicht große Auswahl in:

Kostüme, Paletots, Ulster, Frauenmänteln, Kimonos, Röcken, Blusen, garnierten Kleidern etc.

Für die Reise:

Ein großer Posten

Staubmäntel 6⁰⁰ 11⁰⁰ 16⁰⁰.

Ein großer Posten

Bast- u. Leinen-Kostüme,

in allen Farben, 12⁰⁰ 21⁰⁰ 34⁰⁰.

Loden-Pelerinen u. -Mäntel

5⁰⁰ 7²⁵ 9⁰⁰ - 18⁰⁰.

Eleg. Ulster,
130 cm lang,
19.50.

Kostüm
36.50.

Liberty-
Mantel
39.50.

Kostüm
24.00

Gratis: 2½ m Stoff, 130 cm breit, zum Rock oder Paletot, beim Einkauf von 15.00 M.

Beinkranke

Dr. Strahl's
Institut.

Operationslose Behandlung ohne Berufshörung. Ueber 2500 Dank-schreiben. Prospekt gratis. Sehr billige Kurkosten.

Charlottenstr. 22.

Charakterist. bei Leptopler- und Psoriasis-Strahlen. Spezialität 12-13 und 5-3 Uhr. Besuche nur 10-15. Prospekt gratis.



Selbstgepflücktes Obst im eigenen Garten

Ist frischer, gesünder und schmeckt viel besser als vom Händler im Laden gekauft. — Im eigenen Heim und Garten verleiht man die schönste Ferienzeit und spart die teure und unbequeme Sommerreise.

Wir verkaufen Grundstücke mit fertig angelegten Obstgärten und Ferienhäusern

sehr billig in:

Biesdorf Station der Ostbahn Rute von 20 Mark an

Neu-Sadowa Stat. Sadowa, a. d. Strasse n. Biesdorf Rute von 15 Mark an

Kaulsdorf am Bahnhof Rute von 12 Mark an

Stienitzburg Station Fredersdorf a. d. Ostbahn Rute von 4 Mark an

Kleinste Anzahlung. Auch 10jährige Amortisations-Hypothek. Verkaufsstellen auf den Geländen und Bahnhöfen

Nieschalke & Nitsche

Berlin NO 43, Neue Königstrasse 16.

Fernsprecher: Amt VII, 6376.

Die reellsten und billigsten

Möbel

und Polsterwaren auf Teilzahlung zu Kassenpreisen und Zinsvergütung erhält man in der seit 32 Jahren bestehenden Möbel-fabrik unter 10jähriger Garantie

A. Schulz, Reichenberger Straße 5.

64L*

RICHTIG

ist unter allen Umständen, dass Sie zum Feste Ihre

Herren- und Damen-Garderobe auf Credit

kaufen und zwar nur in dem ältesten Credithaus

Julius Glogau

G. m. b. H.

3

von Anzahlung

3 Anzüge, Paletots, Ulster, Damen-Kostüme, Jackette, Röcke, Blusen

1 Täglich Eingang von Saison-Neuheiten!

Mark an

1

Julius Glogau

I. Geschäft: Oranien-Str. 145-146 am Moritzplatz

II. Geschäft: Große Frankfurter Str. 137 zwischen Prusht- und Koppenstrasse

Elegante Gratis-Zugaben!

Reinigt Euer Blut im Frühjahr!

Viele Krankheiten haben ihren Ursprung im unreinen Blute, deshalb reinige man sein Blut mit Reichels

Wacholder-Extrakt „Medico“

einem wirklich anerkannten, natürlichen Blutreinigungsmittel von speziell harntreibenden, Ursubstanz ausweisenden Eigenschaften. Er mildert die Natur unterstügend, nach vielen Richtungen hin auf die inneren Organe in wohltätiger, erleichternder Weise ein und überzeugt man sich leicht durch einen Versuch von der vielseitigen Wirkung. Niemals angewogen, garantiert rein und frisch, und nur in Originalpackungen mit Marke „Medico“ à R. 0,75, 1,50 und 2,50. In den meisten Drogerien, auch Apotheken erhältlich, wo nicht, zu beziehen durch

Otto Reichel,
Man verlange aber ausdrücklich Marke

Eisenbahnstr. 4,
Berlin 13.

F-Hinshliffe
IV 4751, 4752, 4753
und nehme keinesfalls andere Packungen.

Wasserparzellen

Neu! von 200 M. an. Neu!

Beständig gelegen, ca. 50 km östlich von Berlin. See, Wald, Fließ- u. Landparzellen (potthilf). Pläne gratis.

J. Rieger, Berlin, Gontardstr. 3.

Achtung!

100 Cigarren gratis

Sammeln Sie Prämienscheine.
H. Preuß BERLIN N. 18.
Zigarren-, Zigaretten- u. Tabak-Fabrik
und Versand-Haus.
Engros-Preisliste kostenfrei.

Partei-Angelegenheiten.

Wilmersdorf-Galense. Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, findet im Gesellschaftshaus, Wilhelmstraße 112, eine Volksversammlung statt...

Lichtenberg. Dienstag, den 16. Mai, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung im Lokal des Herrn Arnold, Frankfurter Chaussee 3-5...

Friedenau. Am Dienstag, den 16. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Medelle, Handwerkerstr. 60/61: Mitgliederversammlung des Wahlvereins...

Steglitz (Südender Ortsteil). Dienstag, den 16. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Wederer, Südend, Richterfelder Str. 13 (Ecke Rangstr.)...

Treptow. Am Dienstag, den 16. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im „Sportrestaurant“, Effenstr. 115/116: Mitgliederversammlung...

Baumgartenweg. Dienstag, den 16. Mai, abends pünktlich 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung des Wahlvereins bei Speer, Baumgartenstr. 78...

Brig-Endow. Dienstag, den 16. Mai, abends 8 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung im Gesellschaftshaus, Chausseestr. 97...

Niedererschneeweide. Am Dienstag, den 16. d. M., abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung des Wahlvereins, beim Genossen Krenast...

Ober-Schönweide. Dienstag, den 16. Mai, in Wilhelmshof, abends 8 Uhr, öffentliche Versammlung. Thema: Die Wahrheitsliebe des Zentrums...

Reinickendorf-West. Dienstag, d. 16. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Genossen Wohlfahrt, Eichbornstr. 18, Mitgliederversammlung des Bezirks-Wahlvereins...

Borsigwalde. Zur Beerdigung der Genossin Sucht versammelt sich nachmittags 3 1/2 Uhr der 1. Bezirk bei Hütele, der 2. Bezirk bei Sejelze...

Legel. Am Dienstag, den 16. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Jul. Klippenstein, Spandauer Str. 4: Mitgliederversammlung...

Falkenhagen-Seegefeld. Mittwoch, den 17. Mai, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Lokale des Herrn Nicolai...

Sozialdemokratischer Zentralwahlverein für den Reichstagswahlkreis Jütlichau-Schwiebus-Krossen-Sommerfeld (Kreisverein Berlin). Dienstag, den 16. Mai, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung bei Böhm, Koppentstr. 47.

Berliner Nachrichten.

Schildhorn.

Von dem Menschenstrome, der sich allsonntäglich Zug auf Zug aus dem Bahnhof Grunewald wälzt, wählt ein beträchtlicher Teil regelmäßig den Schildhornweg...

Uebrigens hat der Weg seine Schönheiten trotz alledem. Wo rechts noch zwanzig Minuten der Teufelssee in einer Senkung erscheint, lohnt es sich, ihm einen Besuch zu machen...

Man kann bis Wannsee wandern oder lange vorher wenden und mit Hilfe der Karte über Saubacht oder Baulshorn mit seinen blühenden Kastanienbäumen heimkehren...

Eine Arbeiterwohnung im Gewerkschaftshause.

In den Ausstellungsräumen des Berliner Gewerkschaftshauses hat sich eine Arbeiterwohnung aufgetan. Der Raum ist durch provisorische Wände aufgeteilt und hat so eine für Berliner Verhältnisse recht geräumige Zweizimmerwohnung ergeben...

Auf den ersten Blick erscheint uns das unwohnlich, weil ungewohnt, aber schon ein Betreten des Wohnzimmers verschleudert etwaige schwarze Gedanken. Ins Auge fällt zunächst die Farbenfreudigkeit, welche unbewußt den Sinn aufheitert...

Die Küchenmöbel sind ebenfalls gestrichelt und lackiert. Im Bohn- und im Schlafzimmer sind die Wände durch einige wenige künstlerische Zeichnungen belebt. Küchen- und Waschküchen passen sich den Forderungen der Zweckmäßigkeit und leichten Handhabung durchaus an.

In einem freigebliebenen Teile des Ausstellungsraumes sind einige empfehlenswerte Wandbilder sowie Porzellan und Stoffmuster untergebracht.

Die Möbelausrichtung der Zweizimmerwohnung erfordert einen Betrag von rund 900 M., eine Summe, die auf den ersten Augenblick für Arbeiterverhältnisse hoch erscheint...

Ein kleiner Führer, der den Besuchern für 10 Pf. an die Hand gegeben wird, erläutert die Grundzüge, die zu dieser Zusammenstellung führten, und gibt Auskunft über die Preise der einzelnen Stücke. Der Einführung des Publikums in die Absichten der Veranstalter diene auch ein Lichtbildervortrag über: „Vorbildliche Arbeiterwohnungen“, den Kunstfotograf Dr. Dreuer am Freitagabend im Gewerkschaftshause hielt...

Die Arbeiterwohnung im Gewerkschaftshause ist ein Versuch, die Arbeiterwelt auf diesem Gebiete auf eigene Füße zu stellen. Als Versuch kann die Wohnung noch nicht in allen Punkten endgültige Resultate zeitigen, sie dürfte aber weiten Kreisen willkommene Anregung bieten...

Aus dem Arbeitsnachweis der Metallindustriellen.

Von allen Nachrichten, die die Innungen und Unternehmerverbände aller Art einbringen, steht der Nachweis der Kühnemänner, des Verbandes der Metallindustriellen, in dem schärfsten Geruch bei den Arbeitern. Wer bei einer Firma, die diesem Verbande angehört, in Arbeit treten will, muß den Nachweis der Kühnemänner bemerken, und ist er durch einen Meister direkt eingestellt worden, so muß er noch nachträglich sich einen Zettel, einen Erlaubnisschein von dem Arbeitsnachweis holen...

Wenn ein Arbeiter sich eifrig um Arbeit bemüht, will er nicht wie ein Bettender behandelt sein. Er bringt seine wertvolle Ware Arbeitskraft und bietet sie an, aber er kann es nicht als eine Gunst und Gnade ansehen, wenn der Unternehmer bereit ist, diese Arbeitskraft in seinen Dienst zu stellen.

Hier, auf dem Nachweis der Unternehmer, wird durch die den Arbeitssuchenden zuteil werdende Behandlung dem Arbeiter so recht die Unternehmerrmacht zu Gemüte geführt. Das sollte manchen die Wichtigkeit und Notwendigkeit der Organisation einbläuen.

Verhandlungen zwischen Berlin und Treptow. Gestern fand im Rathaus eine Sitzung von Vertretern des Magistrats von Berlin und des Gemeindevorstandes von Treptow statt. Es wurden die Vorschläge der Treptower Kommission wegen Aufschliebung des Berliner Grundbesitzes in der Gemeinde

Treptow, ein hierfür ausgearbeiteter Bebauungsplan, die Verbesserungen der Verkehrsverbindungen zwischen beiden Gemeinden und die Frage eines Beitrages seitens Berlins zum Bau der von Treptow für wünschenswert erachteten zwei Bahnhöfe eingehend erörtert. Nach mehrstündiger Verhandlung wurde eine Einigung auf der Grundlage der Treptower Vorschläge erzielt. Die Angelegenheit wird demnächst die beiderseitigen Gemeindebehörden weiter beschäftigen.

Der Bilderhändler!

Aus Anlaß unserer Mitteilungen über einen Bilderhändler, der Bestellungen auf Bilder des Genossen Singer sammelte und dabei den Schwindel probierte, fiel als Beauftragter der sozialdemokratischen Partei einzugreifen, sind neue Zuschriften an uns gelangt. Einen der Briefe, der nur mit „Frau B., Rigdorf“ unterzeichnet ist, müssen wir leider beiseite legen, weil anonyme Angaben nicht benutzt werden können...

Gleichfalls aus Rigdorf ist und ein anderer Brief von der Frau eines Maurers L. zugegangen, die wir dann noch persönlich über den Sachverhalt befragt haben. Sie berichtet über Erfahrungen, die sie schon Anfang Februar mit einem Bilderreisenden gemacht hat. Es muß dahingestellt bleiben, ob es sich um denselben Bilderreisenden handelt, dessen im Mai verübte Schwindeleien wir kürzlich geschildert haben...

Die Bilderhändler haben und bezahlen will, das solle er selber bestimmen, so sagte L. Vertrauen zu ihm und bestellte zwei Bilder. Jetzt aber rückt der Reisende mit der Mitteilung heraus, daß 2 M. anzuzahlen seien. Nach einigem Hin und Her gab Frau L. 1 M. her, und es wurde verabredet, daß die Bilder zu Ende April geliefert werden sollten. Nach etwa einer Woche kam der Reisende wieder und verlangte als Rest des anzuzahlenden Betrages noch 1 M. Als ihm gesagt wurde, jetzt habe man kein Geld drüber, antwortete er der Frau grob, es sei doch heute Montag, da müsse sie doch noch Geld haben; sie solle sich was schämen. Auf eine Erwidrerung, die die Frau wagte, schimpfte er sie ein frohes Frauenzimmer, und als sie ihm sagte, jetzt tue es ihr leid, bei einem Reisenden bestellt zu haben, ging er rücheln davon...

Ein weiterer Fall, der offenbar demselben Reisenden aufs Konto zu setzen ist, wird uns von einer Frau K. aus Berlin-Südost gemeldet. Bei ihr fand sich Anfang April ein Reisender ein, der Bilder von Singer, Webel, Liebschütz usw. anbot. Er machte darauf aufmerksam, daß die Probeprodukte schon angeschaut waren, und fügte die wohl wichtig sein sollende Bemerkung hinzu, die zu liefernden Bilder würden sich von den Probeprodukten unterscheiden, wie von einer schmutzigen Unterhose eine saubere. Da Frau K. nicht gleich bestellen wollte und ihm sagte, sie dürfe das nicht ohne Wissen ihres Mannes tun, so fragte er, der Mann sei wohl nicht dafür, er sei wohl gar nicht organisiert. Als Frau K. das bejahte, fügte er hinzu, er käme im Auftrage der Partei; er selber sei ja im Vorstand; sie solle nur ruhig das Bild des Genossen Singer nehmen. Frau K. meinte jetzt, daß er tatsächlich von der Partei komme, und bestellte ein Bild. Während der ganzen Verhandlung benahm sich der Mann fast so, wie wenn er zu Hause sei. Er war sehr geschwätzig und redete von allem Möglichen, so daß Frau K. ihn für angeheitert hielt. Sie schildert sein Auftreten als ziemlich dreist, auch habe sie es als sehr ungebührlich empfunden, daß er sie fragte, wie lange sie denn schon verheiratet sei. Als sie am Abend ihrem Gatten davon erzählte, nahm der sofort an, daß der Mensch nicht ein Beauftragter der Partei gewesen sein könne. Frau K. sagt uns, das bestellte Bild sei dann von einer Firma Kumpf geliefert worden. In demselben Hause hat der freche Bursche noch bei einigen anderen Frauen, denen er Bilder anbot, durch sein Auftreten Verwunderung hervorgerufen. Hier erzählte er, welche Erfolge er bei manchen von ihm aufgesuchten Frauen gehabt habe, und was er sich zuweilen habe erlauben dürfen.

Ueber ein geradezu tolles Stück, das er sich Ende März leistete, berichtet uns eine gleichfalls in Berlin-Südost wohnende Frau B. Als er hier seine Bilder vorlegen wollte, schnappte er zufällig auf, daß der Ehemann einen Rechtsstreit hatte. Sofort ließ er sich die Angelegenheit erzählen, stellte sich als Sachkenner vor und bot sich zur Klageanfertigung an. Frau B. sagte ihm, er solle hierüber mit ihrem Mann sprechen, wenn der da sei. Darauf legte er seine Bilder vor, sprach viel von „Genossen“ und rühmte seine Teilnahme an der Arbeit zur Aufklärung des Volkes. Als Frau B. ablehnte, weil sie jetzt kein Geld habe, beruhigte er, sie brauche die Bilder erst liefern zu lassen, wenn sie Geld habe. Daraufhin erklärte sie sich zur Bestellung von zwei Bildern für zusammen 8 M. bereit, und nun erst erfuhr sie, daß sie 2 M. anzuzahlen habe. Nach einigen Einwendungen, die er zurückwies, zahlte sie. Am Abend kam er wieder, verhandelte mit dem Mann über den Rechtsstreit, machte sich Notizen, äußerte seinen langen nach einer Tasse Kaffee, ließ sich dazu auch eine Schokolade

Stulle schmecken und empfahl sich um 11 Uhr. Am nächsten Tag gegen Abend, als die Frau allein zu Hause war, kam er wieder, um sich nochmals Notizen zu machen. Inzwischen mußte Frau P. zu einer in demselben Hause wohnenden jungen Frau laufen, die in die Wochen kam. Als Herr P. heimkehrte, beendete der „Rechtskundige“ seine Aufzeichnungen und spielte nunmehr darauf an, daß er klingende Münze wünsche. P. ärgerte, aber der andere mahnte: „Na, nu man los, zählen Sie Geld auf!“ P. gab 5 M., sagte aber seiner Gattin davon nichts, wie auch sie ihm nichts von der Bilderbestellung sagte. Am nächsten Morgen war der „Rechtskundige“ schon wieder da. Nach einigen Verhandlungen über den Rechtsstreit fragte er Frau P. plötzlich, ob sie warmes Wasser habe, er wolle die Strümpfe wechseln, sich aber zuvor die Füße waschen. Frau P. wunderte sich nicht wenig, aber sie dachte, da er die Klage umsonst, wie sie annahm, anfertigen wollte, so dürfe er schon als Gegenleistung eine Gefälligkeit fordern. Sie ging zur Wäscherin, um eine geeignete Wanne zu leihen. Als sie zurückkehrte, stand der nach einer Reinigung verlangende Besucher schon barfuß in den Pantoffeln der Frau P. bereit. Er bat sich auch etwas Seife aus, weil er, wie er treuherzig eingestand, so sehr an Fußschweiß leide. Unten lag die Wäscherin in Sorge, daß oben der Fremde, den sie für verückt hielt, Frau P. abmurksen werde. Aber er tat's nicht, sondern genoss sich mit Behagen sein Fußbad und empfahl sich dankend. Als am Abend Herr P. von dem Fußbad erfuhr, sagte er, eigentlich habe er sich schon den ganzen Tag über den Menschen geärgert, besonders darüber, daß er ihm gestern 5 M. gegeben habe. Entsetzt schlug die Frau die Hände über dem Kopf zusammen. Aus dem über die Bilderbestellung ausgefertigten Schein erlah sie, daß der wunderliche Bildermann für die Firma „Erich Kumpf, Berlin K.O., Wüschingstr. 21“ reiste. Sie lief zu Kumpf, aber hier wurde ihr gesagt, auf diese Bestellung hin würden die Bilder richtig geliefert werden, und das geschah dann auch nach Zahlung der Restsumme. Auch mit der Klageanfertigung hatte es seine Richtigkeit, das Schriftstück wurde besorgt und abgeschickt. Allerdings kam es später zurück mit dem Bemerkten, daß die Klage zum größten Teil unverständlich sei.

Herr Kumpf hat uns erklärt, daß er von dem geschilderten Treiben dieses Reisenden selbstverständlich keine Ahnung gehabt habe, und daß er ebenso selbstverständlich es aufs schärfste mißbillige. Der Reisende — es handelt sich, wie Herr Kumpf uns mitteilt, um einen Mann namens Raed, der im Hause Schreinerstraße 42 wohnen soll — ist schon nicht mehr für die Firma tätig. Wir wundern uns nur darüber, daß unter den so belästigten Frauen nicht eine den Mut gefunden hat, den unerschämten Patron die Treppe hinabzubefördern.

Traktatverteilung vor der „Sittē“. Gewisse Verkommungsgesellschaften haben jetzt auch schon jenen Teil der Dirksenstraße, wo das Polizeipräsidium liegt und die Halbweltlerinnen ein- und ausgehen, zu ihrem Arbeitsfeld erkoren. Ältere Damen machen sich hier an Prostituierte, die sich der Polizeikontrolle stellen und meist schon äußerlich ihr Gewerbe verraten, heran und übergeben ihnen gedruckte Traktatchen. Ein solches, das in unsere Hände geraten ist, trägt die wunderliche Aufschrift „Du bist in einer betrogenen Gewalt“ und triest von Frömmigkeit.

Mit solchen Mitteln wird man natürlich nicht die einzige Gefallen wieder auf den rechten Weg bringen. Die das Blatt nehmen, lesen es wohl auch und denken einen Moment über ihre Gesunkenheit nach, aber für sie gibt es kaum mehr ein Zurück. Weniger durch Leichtsinne als öfter durch soziale Mißverhältnisse, durch bitterste Not sind sie der Prostitution verfallen. Wenn sie wirklich ein geordnetes Leben anfangen wollten, würde ihnen der Fluch des jetzigen Gewerbes auf Schritt und Tritt nachfolgen. Die frommen alten Damen sollten sich lieber in Berlin WW zu schaffen machen, wo die Prostitution, mag sie auch ziemlich geheim gehalten werden, am üppigsten wuchert. Dieselben Gesellschaftskreise, die hier bessern wollen, tragen an dem Unglück der Gefallenen die Hauptschuld und sind die besten Kunden.

Aus der städtischen Verwaltung.

Die erledigten Dezernate der Stadträte Dr. Münsterberg und Rugdan sind wie folgt verteilt worden: Den Vorsitz der Armenverwaltung hat Stadtrat Kalisch definitiv übernommen. An seiner Stelle hat Stadtrat Hamburger den Vorsitz in der Steuerdeputation, Abteilung II (Einkommensteuer) erhalten. Der Vorsitz im Plenum der Steuerdeputation ist für den aus der Steuerdeputation ausscheidenden Stadtrat Kalisch Stadtrat Sausse übertragen worden, sodas letzterer jetzt den Vorsitz im Plenum Abteilung I und III (Realsteuer und Steuerfasse) der Steuerdeputation führt. Stadtrat Dr. Franz ist als Mitglied in die Armenverwaltung eingetreten und Mitglied der Tiefbaudeputation geblieben. Den Vorsitz des Stadtausschusses hat Stadtrat Hamburger an Stelle des Stadtrats Düring übernommen.

Eröffnung des Straßenbahnbetriebs auf dem Südwest-Korso. Südwest-Korso nennt sich ein neuer Straßenzug in Friedenu, der jetzt ausgebaut ist. Er erhält auch Straßenbahnbetrieb. Die Große Berliner Straßenbahn wird diesen in Gemeinschaft mit der Berlin-Charlottenburger und der Westlichen Vorortbahn schon am nächsten Montag, den 15. Mai, eröffnen. Ueber die neue Strecke werden die beiden Linien 69 Friedrichsfelde-Friedenu und O Kupfergraben-Friedenu verlängert. Beide Linien gehen dann bis zur Raubacher Straße durch. Die Linien 69 und 71 ergänzen sich zwischen der Möllendorff- und der Wilowstraße, 69 und 70 zwischen dem Berliner Rathaus und Friedrichsfelde zu einem Betrieb von 7½ Minuten. Die Linien O, S und G ergänzen sich zwischen dem Auguste Viktoriaplatz und dem Kupfergraben zu einem Fünfminutenbetrieb. Vom Südwest-Korso geht der erste Wagen nach dem Kupfergraben 6,24, nach Friedrichsfelde 7,01. Der letzte Wagen geht nach dem Kupfergraben 11,28, nach Friedrichsfelde 11,46, bis Hubertusstraße 1,31. Der Fahrpreis für die verlängerten Linien über die Strecken aller beteiligten Gesellschaften beträgt 15 Pf. Zeitstrecken zu 10 Pf. sind Friedrichsfelde-Alexanderplatz, Hubertusstraße-Vobelsberger Straße, Alexanderplatz-Südwest-Korso, Kupfergraben-Kaiserallee und Corneliustrasse-Südwest-Korso.

Mord und Geisteskrankenkontrolle. Wie wir nachträglich erfahren, sind aus Anlaß des Mordes an der Schlächtermeistersfrau Nidel zahlreiche ehemalige Insassen von Irrenanstalten, selbst absolut harmlose Leute, durch die Kriminalpolizei kontrolliert worden. Am Tage nach dem Mord erschienen in der Wohnung der Betroffenen Kriminalbeamte oder uniformierte Schutzeute und verlangten einen Ausweis, wo der ehemalige Anstaltsinsasse die Mordnacht zugebracht habe. Vereinzelt waren die Beamten so anständig, sich zu entschuldigen, da sie nur einem Befehl von oben über nachkamen. Die meisten in solchen Fällen kontrollierenden Beamten sind aber in ihrem Auftreten so plump, daß sie mit der Tür ins Haus fallen und die Auszuforderten empfindlich verletzen.

Wenn in ganz bestimmten Vorfällen, wo als Täter mit hoher Wahrscheinlichkeit ein Geisteskranker in Frage kommt, ehemalige Anstaltsinsassen, soweit man ihnen nach ihrer Vergangenheit die Tat zutrauen kann, unter Beobachtung genommen werden, so haben wir hierfür Verständnis. Das heißt, die Beobachtung muß so gechehen, daß für die Beobachteten daraus nicht der geringste Nachteil entsteht. Es geht aber zu weit, wegen jedes Mordes, wie es jetzt Mode geworden zu sein scheint, sämtliche oder fast sämtliche Irrenanstaltsinsassen, die in Berlin wohnen, aus Korn zu nehmen und belästigen

zu lassen. Man sieht auch daran wieder, wie ungeheuer ungeschickt unsere Kriminalpolizei arbeitet.

Zur Nachahmung empfohlen.

In weiten Kreisen der Einwohnerschaft wird immer wieder lebhaft Klage geführt über die Behandlung, die dem Publikum durch die verschiedenen Behörden — seien es Polizei- oder städtische Beamten — oft zuteil wird. Diesen Behörden möchten wir eine Bekanntmachung zur Beachtung empfehlen, die dieser Tage der neue Bürgermeister von Teltow in der „Teltower Zeitung“ erlassen hat. Es heißt da:

Ich bringe hierdurch zur öffentlichen Kenntnis, daß ich in der Regel, von Not- und Unfällen abgesehen, in denen ich stets zur Verfügung stehe, vormittags auf meinem Amtszimmer — Eingang durch Nr. 2 — zu sprechen bin.

Es wird mir angenehm sein und dient häufig dem Interesse der Sache, wenn sich ein recht reger persönlicher Verkehr zwischen den Stadteingewohnten und mir entwickelt, und ist es mir namentlich lieb, wenn die minder bemittelte Klasse der Bevölkerung mich mit ihren Sorgen und Nöten vertraut macht.

Ich wies bereits in meiner Einführungsrede darauf hin, daß je ärmer und geringer jemand in der Stadt ist, er desto mehr der Fürsorge, der Hilfe und des Rats der Behörde bedarf, und daß er desto bereitwilliger mich finden wird, mit ihm durchzusprechen, wo es ihm fehlt, wenn ich auch leider nicht immer und überall werde helfen können.

Auch bin ich gerne bereit, im Interesse einer ausreichenden Befriedigung des Begrüßtes Unbemittelter nach Rechtsbelehrung diese zu erteilen.

Die Beamten sind mit gleicher Anweisung versehen, auch streng unterrichtet, niemals Schwierigkeiten zu machen, wenn jemand mich persönlich sprechen will.

Ein freundliches Entgegenkommen gegen jedermann ist sämtlichen städtischen Beamten zur Pflicht gemacht.

Teltow, den 5. Mai 1911.

Der Bürgermeister. Palleske.

Viele Beamte in Berlin und anderswo könnten sich diese Bekanntmachung zu Herzen nehmen. Es tut dringend not!

Der verunglückte Radfahrer. Ein schwerer Straßenbahnunfall hat sich, wie uns nachträglich gemeldet wird, am Freitagmorgen in der Turnstraße zugetragen. Der Hausdiener Albert Wittschr, Halensee, Lilienstr. 10 wohnhaft, führte aus Gefälligkeit einen Zweiradfahrer, an dessen Maschine die Kette gerissen war, den genannten Straßenzug entlang. Als ihnen ein Straßenbahnwagen der Linie 9 entgegenkam, wollten die beiden Radfahrer nach rechts ausbiegen, gerieten aber dabei mit ihren Maschinen gegeneinander und stürzten beide zu Boden. Wittschr geriet mit der rechten Hand unter das Zweirad, auf dem dessen Führer lag. Dem bedauernswerten Radfahrer wurden dabei drei Finger der Hand vollständig abgequetscht. Der Verunglückte fand im Krankenhaus Noobit Aufnahme.

Die Arbeiter-Bildungsschule veranfalet heute einen Nachmittagsausflug nach Ravenstein Mühle. Absahrt vom Alexanderplatz 1,59, Schlesischen Bahnhof 2,05 Uhr bis Hirschgarten. Nachzügler fahren bis Friedrichshagen. Zahlreiche Beteiligung der Mitglieder und Gäste wird erwartet.

Eine unbekannt weibliche Leiche wurde vorgestern nachmittag im Jagd 280 der Friedrichshagener Forst aufgefunden. Es handelt sich um eine etwa 45jährige gutgekleidete Frau, die zweifellos Selbstmord verübt hat. Die Unbekannte hatte sich zunächst mit einem Messer, das neben der Leiche lag, die Pulsadern zu durchschneiden versucht und sich dann an einem Baume erhängt. Bei der Verstorbenen wurden keinerlei Verfassungen, auch keine Legitimationspapiere vorgefunden, so daß die Persönlichkeit der Toten noch nicht festgestellt werden konnte. Bekleidet ist die Lebensmilde mit einem dunklen Kostüm, schwarzem Strohhut mit Rosen, schwarzen Strümpfen und Knöpfschuhen; die Unterwäsche ist mit dem Monogramm G. B. versehen. Die Leiche wurde beiseitegenommen.

Selbstmord verübte am Sonnabendabend gegen 9 Uhr in einem Lokale in der Stallstraße die 21jährige Aufwärterin Rinna Wagner aus der Jüdenstraße 22. Aus einem Revolver schoß sie sich eine Kugel in die rechte Schläfe, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Das Motiv der Tat soll Liebesummer sein.

Öffentliche Bibliothek und Lesehalle zur unentgeltlichen Benutzung für jedermann, SO, Adalbertstraße 41. Geöffnet werktäglich von 5½—10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9—1 und 3—6 Uhr. In dem Refektorium liegen zurzeit 640 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus.

Der Zentral-Krankenpflege-Nachweis für Berlin und Umgebung (Steglitzer Str. 57, Amt 6, 2849) ist bemüht, für alle Kreise der Berliner Bevölkerung unter ärztlicher Leitung gutes Pflegepersonal für Krankenpflege und Krankenpflege zu beschaffen. Der Herr Minister des Innern, dessen Ressort dieser Teil der Krankenfürsorge jetzt zugehört, hat eine Beihilfe von 500 M. gewährt; ebenso haben die städtischen Behörden das Institut auch für das Jahr 1911 durch eine Subvention von 600 M. unterstützt. Diese Beihilfen sollen auch fernernhin dazu verwendet werden, die Beschaffung guter Krankenpflege auch für minderbemittelte und arme Kranke in erhöhtem Umfang zu ermöglichen. Mit diesen geringen Mitteln dürfte nur nicht allzuviel anzufangen sein.

Arbeiter-Samariterkolonne Groß-Berlin. In dieser Woche finden folgende Lehrabende abends 9 Uhr statt: Am Montag, Braunstr. 154, Restaurant Dase, am Donnerstag, Lichtenberg, Schwanenbergr. 60. Neue Mitglieder werden jederzeit aufgenommen. — Am nächsten Sonntag, den 21. Mai, vormittags 11 Uhr, pünktlich, im Pathologischen Institut: Vortrag des Herrn Professor Dr. Kaiserling. Gäste willkommen.

Verloren hat am Freitagabend in der Oberberger Straße gegen 10 Uhr ein stellungloser Hausdiener sein erspartes Geld. Enthalten war dasselbe in einem braunen Herrenportemonaie; es bestand aus einem Zehn- und einem Zwanzigmarkstück und einigem Kleingeld. Außerdem befand sich darin noch eine Radfahrkarte, auf den Namen des Inhabers lautend. Der ehrliche Finder wird höflich gebeten, dasselbe abzugeben an Max Dumoulin, Oberberger Str. 56 vorn im Keller beim Friseur.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Die Grundsteinlegung des neuen Rathauses, das an der Martin-Luther-Straße, Ecke Stadtpark, errichtet wird, soll am 28. d. M., dem Geburtstag des verstorbenen Oberbürgermeisters Wilde, vor sich gehen. Eingeladen sind über 1000 Personen. Nach einigen unaussprechlichen Ansprüchen werden sich etwa 450 Teilnehmer in den Gesellschaftssälen des Westens, Conspitzstraße, zusammenfinden, um sich an einem Festessen von den Strapazen zu erholen. Ferner findet an demselben Tage ein Margeritentag statt, an dem eine größere Anzahl junger Mädchen Blumen selbsttun werden. Die Hälfte der Bruttoeinnahme soll der Deputation für Wohlfahrtspflege überwiesen werden als Grundfonds zu einem Kinderheim, das unbedingt errichtet werden muß. Das Protektorat hat der Erste Bürgermeister Dominiens übernommen. Wäre es nicht ratfamer, die Kosten für das Festessen dem Kinderheim zur Verfügung zu stellen und von demselben überhaupt Abstand zu nehmen. Damit wäre der Wohlfahrt und den Kindern ein viel größerer Dienst erwiesen.

Ein Zusammenstoß zwischen einer Automobildrohle und einem Straßenbahnwagen, bei dem eine Person leicht verletzt wurde, ereignete sich gestern vormittag gegen 11 Uhr in der Köpferstraße. Als die Automobildrohle 9314 die genannte Straße passierte, geriet sie an der Ecke der Martin-Lutherstraße ins Schleudern und sich gegen den

Dinterhron des Anhängewagens eines an der dortigen Haltestelle stehenden Straßenbahnzuges der Linie 91. Der in dem angefahrenen Wagon sitzende Kaufmann Abrahamsohn aus der Köpferstraße 33 erlitt eine leichte Quetschung an der rechten Hand und begab sich nach seiner Wohnung. An dem Bahnwagen wurde der Herron eingeklemmt, an der Automobildrohle das Spritzblech verbogen. Eine Störung trat infolge des Zusammenstoßes nicht ein.

Ober-Schöneweide.

Ein schwerer Automobilunfall ereignete sich vorgestern mittag in der Edisonstraße. Als das Privatautomobil des Bankiers Pariser aus Berlin auf dem Wege nach Karlshorst den Straßenzug passierte, versuchte plötzlich der fünfjährige Sohn des Schlossers Wagemann aus der Edisonstraße 89 unmittelbar vor dem Kraftwagen über die Straße zu laufen. Obwohl der Chauffeur mit aller Kraft bremste, konnte er das Unglück doch nicht verhüten. Der Knabe wurde ungerissen und geriet unter das Automobil, dessen Vorderräder über ihn hinweggingen. Der Junge erlitt eine schwere Gehirnerschütterung, einen Bruch des linken Unterschenkels und erhebliche Hautabschürfungen im Gesicht. Der Verunglückte wurde in bedenklichem Zustande in das Krankenhaus eingeliefert.

Mariendorf.

Aus der Gemeindevertretung. Die Vertretung verhandelte zunächst über einen von unseren Genossen eingebrachten Antrag, der den Beginn der Gemeindevertretersitzungen anstatt wie bisher auf 4 Uhr auf 6 Uhr abends festgesetzt wissen wollte. Vom Genossen Ginter wurde bei Begründung des Antrages ausdrücklich betont, daß dieser Antrag nicht etwa im Interesse der Vertretung der dritten Wählerklasse gestellt sei, sondern längere Beobachtungen hätten ergeben, daß gerade die bürgerlichen Herren vielfach nicht der ganzen Sitzung beiwohnen. Genosse Weber, der eine Entzweiung aufgenommen hatte, bewies, wie außerordentlich notwendig die Verlegung der Sitzungszeit sei. Von der Notwendigkeit der Absehung haben sich die Herren wohl durch die Ausführungen des Herrn Rood überzeugen lassen, der da sagte, daß er ja den Herren Antragstellern gern entgegenkommen möchte, aber er wisse dann nicht, wenn er sein Abendrot einnehmen soll. Nachdem unser Genosse gebührend geantwortet hatte, wurde der Antrag von der Vertretung abgelehnt. Eine immer noch nicht erledigte Angelegenheit ist der Bau des Feuerwehrdienstgebäudes. Weinahe ein Jahr zieht sich jetzt diese Angelegenheit hin und immer ist dieselbe noch nicht soweit perfekt, daß endlich mit dem Bau begonnen werden kann. Dabei ist die Frage durch das vollständig unzureichende Feuerlöschwesen so dringend, daß jedes weitere Hinausschieben eine immer größere Gefahr für die Bewohner wird. Nachdem nun schon zwei Projekte verworfen bzw. vom Landrat abgelehnt worden sind, hat jetzt die hierzu eingesetzte Kommission einen neuen Plan vorgelegt, in welchem die Errichtung des Gebäudes auf dem der Gemeinde gehörenden Grundstück neben dem Gymnasium gedacht ist. Der Plan würde ungefähr der Forderung des Landrats gerecht, da von dieser Stelle der Radius 250 Meter beträgt. Wenn nun der Landrat hierzu seine Zustimmung gibt, so soll endlich die Zeichnung angefertigt und dann mit dem Bau schleunigst begonnen werden. Wie wenig sich die Gemeindeverwaltung um das Feuerlöschwesen kümmert, bewiesen die eingebrachten kleineren Anträge der jetzt bestehenden freiwilligen Feuerwehr. Bei der Bewilligung von neuen Schlauchleitungen prüften die bürgerlichen Herren, ob denn solche Schlauchleitungen jetzt noch notwendig seien, da wir doch bald (?) ein eigenes Gebäude mit neuem Inventar errichten. Als ihnen zugesichert wurde, daß ja diese Schlauchleitungen nachher mit hinüber genommen werden können, gaben sie ihre Zustimmung. Genau ebenso war es bei der Forderung von zwei Fahrträdern für die jetzige Feuerwehr zu Dienstzwecken. In der vorigen Sitzung wurde eine lebhafte Debatte geführt über die Nachscheidung eines Dispens beim Regierungspräsidenten, der das vorübergehende Beziehen von den sogen. Portierwohnungen in Siedende für Gemeindefürsorge forderte, die im dortigen Ortsteil Feuerwehrdienst verrichten. Beim Verlesen des Protokolls, wo nur noch unsere Genossen anwesend waren, stellte sich heraus, daß darüber gar nicht abgestimmt war. So mußte auf Antrag des Genossen Reichardt darüber in der letzten Sitzung nochmals verhandelt bzw. abgestimmt werden. Mit Recht wurde von unserem Genossen betont, daß, wenn die Herren pflichtgemäß bis zum Schluß bleiben würden, die nochmalige Verhandlung nicht notwendig wäre.

Trebbin (Kreis Teltow). Aus der Stadtverordnetenversammlung. Zunächst wurde der ab Erlassmann für Herrn Göde gewählte Stadtv. Schottmüller eingeführt. Abdann beschloß die Versammlung einstimmig, der Witwe Bolter jeden nur mit Pferden besetzten Markttag das Standgeld um 20 M. zu erlassen. Der Anschluß der Postener Straße an das städtische Wasserwerk wurde einstimmig beschlossen und die Kosten in Höhe von etwa 3300 M. bewilligt. Der Arbeiterturnverein „Vorwärts“ hat den Antrag um Ueberlassung des Turnplatzes zur Abhaltung eines Gruppenturnfestes am 8., 9. und 10. Juli d. J. gestellt. Der Magistrat gewährte diesen Antrag mit dem üblichen Modus, daß die Stadt das Standgeld einzieht und daß keine politischen Zwecke und Demonstrationen dabei zutage treten dürfen. Gen. Richter meinte, die letzte Bemerkung hätte man doch wohl weglassen können, denn der Turnverein „Vorwärts“ hätte den Platz doch schon öfters gehabt. Der Bürgermeister bestätigte, daß alle bisher von sozialdemokratischer Seite veranstalteten Festlichkeiten zu Klagen keinen Anlaß gegeben hätten, aber der Magistrat habe es so für richtig gehalten.

Schenkendorf bei Königs-Wusterhausen.

Die Freie Turnerschaft von Schenkendorf veranfalet von Sonntag ab jeden Sonntagnachmittag von 3—4 Uhr Kinderspiele. Sammelplatz ist im Garten des Herrn Otto Pätzsch. Admarck von Otto Pätzsch 1½ Uhr nach dem Spielplatz. Heute, Sonntag, den 14. Mai, feiert die Freie Turnerschaft im genannten Lokale ihr sechstes Stiftungsfest. Da der Verein bei Arbeiterfesten mitwirkt, werden die Genossen gebeten, das Fest zu unterstützen.

Cossenblatt (Kreis Beeskow).

Zu einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel hatten sich, trotz verschiedentlich schwieriger Umstände, gegen 100 Personen aus den umliegenden Ortsteilen eingefunden. Ueberhalb des Dorfes, verstreut zwischen Wald und Ader, war der Versammlungsort, zu dem die Besucher, mancher von 1½ Stunden weit entfernt, gekommen waren, um einmal ihren Reichstagsabgeordneten Frey zu beil kennen zu lernen und seinen Vortrag über „Die Sünden des Reichstags und die bestehenden Wahlen“ zu hören. Eine derartige öffentliche freie Kritik über die bestehenden Verhältnisse war den meisten Anwesenden etwas Neues und mancher hat daraus erst die Ursachen der hohen Steuern und der verteuerten Lebensmittel kennen gelernt. Starke Beifall beschloß den Gen. Zubeil für sein 1½ständiges Referat.

Weißensee.

Ein Straßenbahnunfall ereignete sich am Freitagabend gegen 10 Uhr vor dem Hause Berliner Allee 28. Dort versuchte der fünfjährige Sohn des in der Sedanstraße 108 wohnhaften Arbeiters Sadova vor einem herannahenden Straßenbahnwagen der Linie 73 über das Gleis zu laufen, wurde jedoch umgestoßen und geriet mit dem linken Arm unter den Schuttrahmen. Der Wagen wurde mit Hilfe von Passanten angehalten und das verunglückte Kind in kurzer Zeit befreit. Der kleine S., der Hautabschürfungen am linken Arm und im Gesicht erlitten hatte, erhielt von einem in der Nähe wohnenden Arzt die erste Hilfe und wurde dann nach der elterlichen Wohnung gebracht.

Das Anturnen des Arbeiterturnvereins Weißensee (Mitgl. d. A.-T.-V.) findet heute, nachmittags pünktlich 2 Uhr, auf dem an der Falkenbergstraße gelegenen Sportplatz statt. Der Platz ist der erste auf der linken Seite. Gezurmt wird in folgender Ordnung: Fünfkampf der Männerabteilung, Dreikampf der Lehrlingsab-

